

autoau

DAS JÜDISCHE MAGAZIN — SEIT 1934



*„Probleme kann man niemals
mit derselben Denkweise lösen,
durch die sie entstanden sind.“*

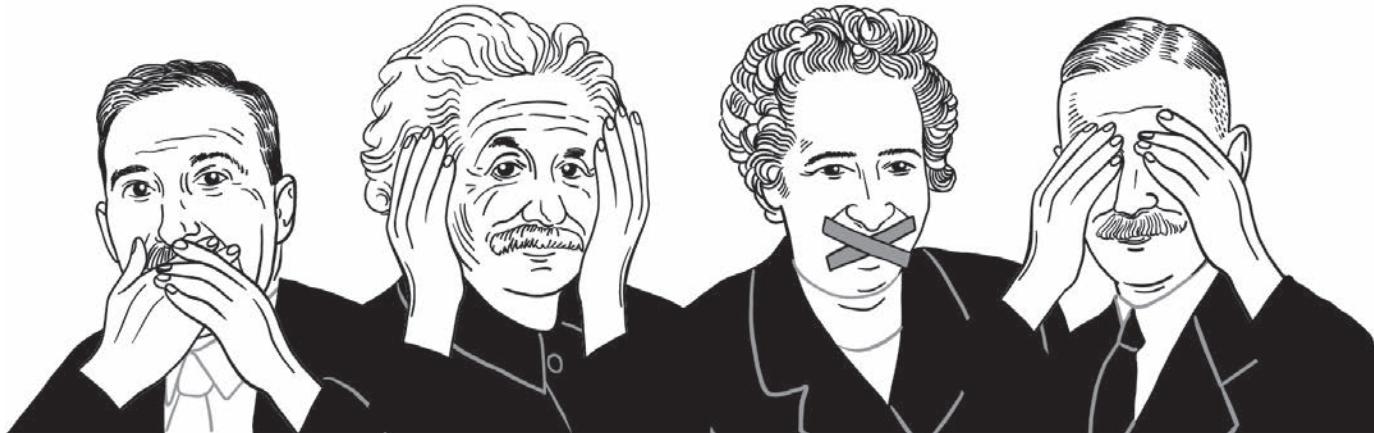
Albert Einstein*

Dafür braucht es freie Presse.
Dafür braucht es freie Wissenschaft.
Dafür braucht es Aufbau.

*Albert Einstein publizierte im Aufbau zwischen 1934 und 1955.



Taunus
Sparkasse



Stefan Zweig

Albert Einstein

Hannah Arendt

Thomas Mann

Verbotene Bücher

Anfang März legte PEN America eine neue Analyse zu Buchverboten an Schulbibliotheken in den USA vor. Konservative Aktivisten und Geldgeber hatten diese auf junge Geister zielende Zensur noch unter der ersten Trump-Präsidentschaft aufgegleist. Inzwischen ist die Liste verbotener Bücher auf knapp 5000 einzelne Titel gewachsenen und macht auch vor öffentlichen Leihbibliotheken nicht Halt. Doch was als extreme Attacke auf geistige Freiheiten wirkt, war nur der Anfang. Seit Ende Januar kürzt die US-Regierung drastisch Mittel für Wissenschaft und Forschung, während öffentlich-rechtliche Medien wie der legendäre Sender «Voice of America» von einem auf den anderen Tag stillgelegt werden.

Der aufbau avancierte vor 90 Jahren zum Sprachrohr der freien Welt und wurde nach dem Krieg eine transatlantische Brücke. Verantwortlich zeichneten Exilanten aus Europa. Aus dieser Zeit, den 1950er Jahren, stammt unser Fund in der Kolumne «Aus dem Archiv» – sehr persönliche, aber gerade deshalb heute um so relevantere Einsichten zum «Schicksal der Bücher» vom legendären Verleger Gottfried Bermann Fischer. Damals schrieb die aufbau-Redaktion unerschrocken gegen den «Kommunistenjäger» Senator Joe McCarthy an. Aber unsere Vorgänger hätten sich wohl kaum vorstellen können, dass die zur MAGA-Bewegung mutierte Rechte nun eine solche breit aufgestellte Kampagne gegen das Grundrecht auf Debatte, öffentlich-rechtliche Medien, Bildung, Wissenschaft und Forschung fährt.

So blickt die vorliegende Ausgabe hinter die Schlagzeilen und setzt einen Schwerpunkt zum Thema Buchverbote. Beiträge schauen über die USA hinaus auch nach Europa. Zu Wort kommt eingangs Juergen Boos. Der Direktor der Frankfurter Buchmesse macht seine Wahrnehmung des weltweiten Ringens um Meinungsfreiheit klar. Boos geht dabei auch auf das Medium Buch in einer zunehmend digitalisierten Welt ein.

Erkennt die Berliner Literaturwissenschaftlerin Melanie Möller den «Kampf ums Buch» als «Stellvertreterkrieg» gegen geistige Freiheiten, erklärt die amerikanische Historikerin Diane Ravitch Grundlinien der aktuellen Debatten um Zensur an Schulbibliotheken und bettet diese in länger laufende Ziele der Rechten ein – dazu zählt nicht zuletzt die Aushöhlung des öffentlichen Schulwesens in den USA. Tief recherchierte Beiträge zu Reaktionen grosser Verlage wie Penguin Random House, des Autorenverbandes PEN America und jüdischer Aktivistinnen und Aktivisten machen die Debatten anschaulich.

Leihbüchereien sind in den USA allerorten nicht nur Orte des Wissens, sondern auch der sozialen Begegnung. Gerade weil sie allen Menschen unabhängig von politischer Überzeugung oder sozialem Hintergrund offenstehen, geraten sie zunehmend ins Visier rechter Agitatoren, die ihre Arbeit behindern oder ihre Bestände beschränken wollen. Den Blick zurück auf Washington lenkt der in Connecticut lebende Jurist Andrew Feinstein. Zunächst als Kader am Repräsentantenhaus in Washington tätig, ist Feinstein für den Zugang von Heranwachsenden zu Bildung engagiert. Er analysiert das Amerika-Bild in der neuen «Executive Order» Trumps zur öffentlichen Bildung, die angefangen bei der Versklavung von Afrikanern grundlegende Fragen von Geschichte und Gegenwart der USA ausblendet.

Doch auch Europa und die an Auseinandersetzungen um das Medium überreiche Geschichte des Buches kommen mit Beiträgen von Emile Schrijver, Tobias Müller, Sven Fund, Katja Behling und Andreas Kilcher nicht zu kurz. Die Osteuropaexpertin Regula Heusser-Markun beleuchtet überdies den Krieg Russlands gegen die Ukraine und den demokratischen Westen. Dazu gibt im Gespräch mit Chefredaktor Yves Kugelmann auch Paul Lendvai Auskunft. Er hat den Holocaust als Junge in Ungarn überlebt und wurde nach der Flucht aus dem Sowjetblock einer der bedeutendsten politischen Publizisten Österreichs .

Die Redaktion



12	JUERGEN BOOS «Die Grenze ist schlicht das Grundgesetz»
16	MEALNIE MÖLLER Das Buch als Stellvertreter
24	ANDREAS MINK Oasen für Bürger
30	ANDREW FEINSTEIN Mobbing im grossen Stil
34	DIANE RAVITCH Gebete als Grundrecht
40	ANDREAS MINK Lesen in Freiheit
44	EMILE SCHRIJVER Von BdS zu BDS
48	TOBIAS MÜLLER In der Grauzone der Autokratisierung
54	SVEN FUND Zensurclowns
58	ANDREAS KILCHER Verboten und verbrannt
62	DOUG CHANDLER «Wir müssen immer Partei ergreifen»
68	KATJA BEHLING Vom Scheiterhaufen zur Bücherverbrennung
74	REGULA HEUSSER-MARKUN Europas Krieg
78	PAUL LENDVAI Die Veröstlichung des Westens

Auf in den Widerstand

Blick in die wirklichen Welten der Literatur.

Buchmendel wollte eigentlich Rabbiner werden. 1882 kam er aus Galizien nach Wien. Doch dann entdeckte er Bücher und Wissen. Er wurde der geniale, kauzige Buchhändler. Die Geschichte von Jakob Mendel spielt im Ersten Weltkrieg; Stefan Zweig hat sie 1929 geschrieben.

Seinen Büchertisch hat Buchmendel in einem Kaffeehaus in Wien eingerichtet. Er bestellt Bücher aus ganz Europa, schreibt Briefe an ausländische Buchhändler, wird als feindlicher Spion verdächtigt, dann interniert und verliert während seiner Haft alles – seine Bücher, seinen Lebensinhalt und seine geistige Klarheit. Als er nach dem Krieg zurückkehrt, ist er nur noch ein gebrochener Mann, den niemand mehr erkennt oder wertschätzt.

Zweigs Novelle hat – wie Franz Kafkas Erzählung «In der Strafkolonie» von 1914 – vorweggenommen, was kommen wird. Sie zeigt auf eindringliche Weise, wie Krieg, Bürokratie und Gleichgültigkeit gerade die klügsten und friedlichsten Menschen zerstören. Bedeutende Literatur ist stets auch eine über die Zeit, in der sie gelesen wird – ein Seismograph der Zukunft.

«Mendel, der Buchhändler» liest sich in diesen Tagen wie eine Geschichte aus der Gegenwart: Bücher, Wissen, die Freiheit der Literatur gelten als Bedrohung. Wöchentlich schreitet die McCarthy-Matrix mehr und mehr voran – in Verboten, Beschränkungen, Gesinnungspolitik, Entlassungen und der Destabilisierung von Rechtsstaat und liberalen Grundwerten. Willkür und Angst machen sich zusehends breit, Geschichte wird umgeschrieben.

Als ob George Orwell die digitale Macht gekannt hätte, nimmt er in «1984» die Kontrolle durch das System vorweg. Albert Camus beschreibt in «Die Pest» die Mechanismen des Faschismus, Éric Vuillard schildert in «Die Tagesordnung», wie die deutsche Wirtschaftselite am 20. Februar 1933 mit Hitler und Göring zusammensetzt und die finanzielle Basis für den Nationalsozialismus sichert. Er beschreibt den Anschluss Österreichs 1938, der nicht als triumphaler Einmarsch, sondern als eine Mischung aus Inkompetenz, Opportunismus und Feigheit geschildert wird.

Geschichte wiederholt sich nie, lässt sich nicht vergleichen. Literatur legt Mechanismen frei, seziert Entwick-

lungen und benennt Despotismus oder Barbarei. Vuillard liefert eine dichte, scharfsinnige Abrechnung mit Opportunismus und stiller Komplizenschaft, die den Aufstieg des Faschismus als Ergebnis von Kalkül und Ignoranz entlarvt.

Die grosse Literatur von Liebe, Hass und Krieg hatte Buchmendel im Sortiment – bis sie ihm zum Verhängnis wurde, bis freies Denken ihm zum Verhängnis wurde. Zweig lässt uns im Ungewissen darüber, ob der Jude Mendel, der Buchnarr Mendel oder letztlich der zugewanderte Fremde verraten und wieder zum heimatlosen Ankömmling gemacht wurde.

Buchmendel hätte um die Bücher von Hannah Arendt, Karl Popper, Primo Levi, Jean Améry oder später Timothy Snyder und Anne Applebaum gerungen – Schriften, in denen letztlich nicht nur die offene Gesellschaft und damit der Gesellschaftsvertrag immer wieder neu verhandelt werden, sondern auch Antisemitismus betrachtet wird. Doch selbst dieser wird heute zum Spielball der Ideologien und diffus.

Der Pakt autokratischer Despoten in Europa, Israels rechtsextremer Regierungsmitglieder mit Vertretern rechtsextremer Politiker gegen eine weltweit mehrheitlich politisch liberale jüdische Gemeinschaft zeigt, wie verheerend die Abkehr von Vernunft und Freiheit sein kann und in welches Dilemma ideologischer und identitären Nationalismus jüdische und andere Minderheiten stürzen kann.

Zweig schreibt: «Er lebte in einem unsichtbaren Reich, in der grenzenlosen Welt der Bücher, und kannte nichts von dem, was um ihn vorging.» Doch: «Er kannte nicht die Menschen, nur ihre Bücher.» Die Menschen haben ihn verraten, interniert und nach seiner Rückkehr verfemt. Geblieben sind ihm die Bücher – und die Erkenntnis daraus. War es das wert?

Hannah Arendt gibt in «Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft» vielleicht eine Antwort: «Das Wesentliche ist nicht, was die vielen tun oder nicht tun, sondern dass der Einzelne sich weigert, mitzumachen.»

Die Zeiten für den Widerstand haben längst begonnen. Also vorwärts!

Von Yves Kugelmann

Yves Kugelmann ist Chefredaktor des *aufbau*.

Dialektik der Gegenwart



«Von allen Welten, die der Mensch erschaffen hat, ist die der Bücher die Gewaltigste», soll Heinrich Heine einst gesagt haben. Recht hatte er, was sich auch in der Angst der Mächtigen vor dem Buch zeigt. Die Mächtigen aus Religion, Totalitarismus, Könige, Päpste, Imame und Menschenverächter. Das Buch hat Macht. Gibt Macht: dem Leser, der Leserin.

Bücher haben Revolutionen ein- und begleitet. Sie können Menschen in alle Richtungen mitnehmen. Zur Gewalt. Zum Frieden. Zum Denken. Zum Fühlen. Das Wort. Was für eine Kraft. Bücher informieren oder manipulieren. Sie erklären oder verwirren.

Das Wort, die Sätze, das Buch erzählen. Über Menschen und Geschichten. Gefühle als Worte sind die Brücke zwischen Menschen. Sie sind ein Beitrag zum gegenseitigen Verstehen, zum gegenseitigen Erklären.

Die Wissenschaft braucht das Buch. Bücher sind Wissenschaft. Millionenfach in vielen Sprachen erklären und erzählen sie über Kulturen, Landschaften, Ereignisse. Das Leben.

Die Alphabetisierung des Menschen ist die Grundlage seiner Selbstbestimmung. Sie macht es möglich, dass er sprechen und lesen, dass er kommunizieren kann. Lesen ist eine der Höchstleistungen des menschlichen Gehirns. Menschen können durch Worte Gerüche riechen, Städte sehen, Oberflächen fühlen. Das Buch ist der Schlüssel zur Fantasie. Lesen ist Anregung.

Diktatoren mögen gebildete Menschen nicht. Denn sie stellen Fragen. Sie haben Wissen. Das Buch vermittelt genau diese Emanzipation. Selbstermächtigungen sind nur durch Bildung und Kultur möglich. Zeugen der Zeit. Zeitzeugen. Geschichte – aus der Perspektive der jeweiligen Gegenwart. Kindern, denen man aus Büchern vorliest, zeigen unmittelbar, wie bedeutend dies für ihre Zukunft ist. Das geschriebene Wort ist verbindlich. Steht da. Schwarz auf Weiss. Bücher waren auch für mich als Kind

oft meine Überlebensretter. Demokratien bauen Bibliotheken. Zensur findet nicht statt. Die Kunst ist frei. Auszuhalten. Nicht auszuhalten. Buchhandlungen überall. Buchhandlungen, E-Books. Hauptsache Schreiben und Lesen. Wenn Bücher verboten werden, wird es gefährlich für die Freiheit.

Wenn Trump, Orban, Xi und Co. bestimmen, welche Bücher erlaubt sind, klingen alle Alarmglocken.

Sie klingeln immer häufiger und immer lauter. In illiberalen Demokratien, Scheindemokratien, Diktaturen.

Bücherverbrennungen sind nicht nur im Nationalsozialismus eine hilflose Machtgeste gewesen. Doch Menschen schreiben weiterhin, haben immer aufgeschrieben, was sie erleben. Was sie sehen.

In den sowjetischen Gulags, in den Konzentrationslagern, auf Gefängnismauern. Überall.

Schriftsteller und Journalisten werden wieder in Gefängnisse geworfen, wie in der Türkei. Schriftsteller werden drangsaliert und bedroht. Getötet. Müssen ins Exil. Flüchten.

Denn sie schreiben, was ist, was sein könnte. Sie schreiben, was die Armen und Verstossenen erleiden.

Bücher, die politisch sind, wie «J'accuse» von Émile Zola, sind heute längst Weltliteratur, Teil des menschlichen Wissenskanons und von Enzyklopädien. Im digitalen Zeitalter ist der Geist der Bücher neu herausgefordert und ebenso unverzichtbar. Millionen Bücher. Neue Gedanken. Analysen. Meinungen. Erzählungen.

Wehret den Anfängen? Der Angriff auf das Buch ist mittendrin. Unter uns.

«Das war ein Vorspiel nur, dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen», schreibt Heinrich Heine im Jahr 1821. Vor zweihundert Jahren. Er sollte Recht behalten. Die Despoten haben nicht viel dazugelernt. Doch wir Lesenden schon – und sind wachsamer geworden.

Von Michel Friedman

Michel Friedman ist Herausgeber des *aufbau*.



ZEUGNISSE

Anna-Patricia Kahn

Chien Chi Chang, der taiwanesische Fotograf und Mitglied der Agentur Magnum Photos, befindet sich in diesen Tagen irgendwo zwischen Odessa und der Donbass-Region. Es ist das zehnte Mal, dass er seit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 in die Ukraine gereist ist. Bei jeder seiner Unternehmungen stelle ich ihm die gleiche Frage: «Warum? Für wen bringst du dich in Gefahr?» Mit stets sanfter Stimme sagt er seit drei Jahren: «Ich muss es tun, wir müssen die Bilder zeigen», und erklärt, dass man diesen Krieg globaler verstehen muss und er uns alle bereits erreicht hat. «Die unerbittliche Flut an Fehlinformationen hat den Krieg in der Ukraine verändert. Er zielt auf die Psyche statt auf den Körper.

Gefälschte Bilder und falsche Erzählungen infiltrieren die sozialen Medien, verändern die Wahrnehmung, untergraben das Vertrauen und hüllen unsere Wahrnehmung in einen Nebel, der die Gesellschaften weltweit destabilisiert. Der Kampf reicht über das geographische Territorium hinaus in die psychische Realität hinein und erschüttert Glauben und Moral. Wenn man das miterlebt, wird klar, dass diese digitalen Werkzeuge genauso zerstörerisch sind wie Raketen», sagt Chang.

Im August 1961 wurde der amerikanische Fotograf Leonard Freed (1929–2006) nach Deutschland geschickt, um den Bau der Berliner Mauer zu dokumentieren. Freed war in Brooklyn in eine Familie



jüdischer Arbeiter geboren, die aus Osteuropa geflohen waren.

Der Fotojournalismus befand sich zu dieser Zeit im Aufschwung. Die Fotografen notierten auf der Rückseite ihrer Abzüge Texte, die zum besseren Verständnis des Gesehenen beitrugen: wichtige historische Zeugnisse für das Verständnis der Situation, in der sich der Fotograf befand, sowie des Ereignisses selbst. Leonard schrieb auf die Rückseite des Abzugs, den wir hier sehen: «Zur Verteidigung der westlichen Zivilisation legt ein amerikanischer Soldat vor der Berliner Mauer die Hand auf seine Waffe.»

Freed erzählte später, dass es diese Begegnung und dieses Foto waren, die ihn dazu veranlassten,

sich eingehend mit der Situation der Afroamerikaner in den USA zu beschäftigen. 1968 schrieb er einleitend zu seinem Buch «Black in White America» über den Soldaten, den er getroffen hatte: «Wir, er und ich, zwei Amerikaner. Wir treffen uns schweigend und trennen uns schweigend. Zwischen uns, uneinnehmbar und so tödlich wie die Mauer hinter ihm, steht eine weitere Mauer. Sie steht dort auf den Straßenbahnschienen. Sie kriecht über das Kopfsteinpflaster, über Grenzen und Ozeane hinweg und reicht zurück nach Hause, zurück in unser Leben und tief in unsere Herzen. Sie trennt uns, wo immer wir uns begegnen. Ich bin weiß und er ist schwarz».

SPEKTRUM

Bibliothek

Aus dem Umfeld der deutschen Hacker-Initiative hinter dem auf die 1990er Jahre zurückgehenden «Chaos Communication Congress» kommt eine «Bibliothek der verbotenen Bücher», die ausgehend von den Kernbereichen Digitalisierung, Recht und Hacker-Kultur nun auch ein «grösser angelegtes Forschungs-, Bildungs- und Kunstprojekt» betreibt. Daraus entsteht eine laufend als Reaktion auf Zensur und Verbote erweiterte Sammlung von Titeln. Getragen von der Stiftung «Erneuerbare Freiheit» nimmt das Projekt aktuelle Entwicklungen in den Blick, betrachtet aber auch historische Attacken auf geistige

und damit bürgerliche Freiheiten. Die Stiftung plant vielfältige Veranstaltungen und bleibt dabei stets nahe an der Realität. Dazu zählen Untersuchungen zur Umgehung von Zensur – also zum «verdeckten Schreiben» – und alternativen Verbreitungsmöglichkeiten. Ein zunehmend wichtiges Thema dürfte aber auch die Diskussion der «Widerstandsfähigkeit» von Ideen in repressiven Umfeldern werden.

www.erneuerbare-freiheit.de

Sowjetmenschen

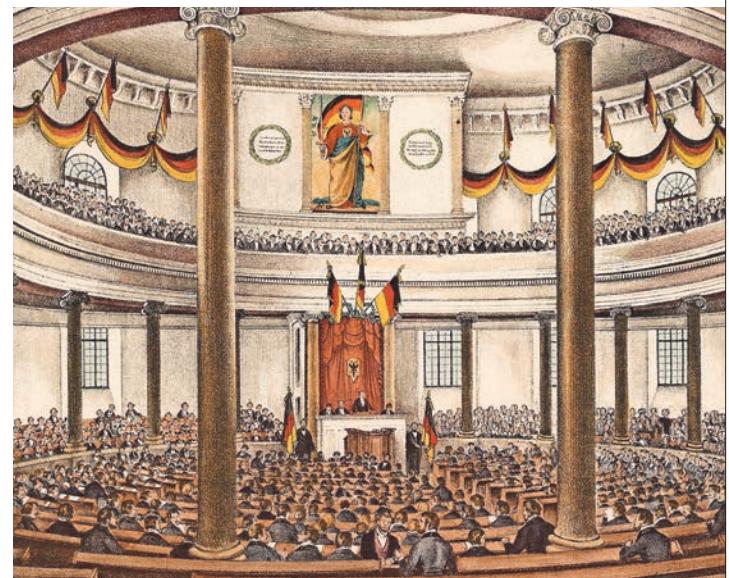


Fotos von jüdischen Soldaten, die in der Roten Armee dienten.

Das «Center of Jewish History» in Manhattan macht ein weithin unbekanntes, aber seit dem russischen Überfall auf die Ukraine noch komplexer gewordenes Thema öffentlich zugänglich. Bis Ende Jahr zeigt die Institution «Jewish Fighters in the Red Army (1941–45)». Als Leihgabe des Blavatnik-Archivs sind Briefe, Postkarten und weitere historische Zeugnisse, aber auch Erinnerungen aus jüngerer Vergangenheit zu sehen. Rund 400 000 «Sowjetmenschen» jüdischer Herkunft haben während des Zweiten Weltkriegs in der Roten Armee gedient. Bei einer jüdischen Bevölkerung (inklusive der 1939–40 von Stalin in Absprache mit Hitler annexierten Regionen in Polen und dem Baltikum) von drei bis fünf Millionen ein hoher Anteil. Viele dieser Militärs wurden mit höchsten Ehrungen ausgezeichnet und erreichten in einigen Fällen Generalsränge. Das Archiv wurde 2005 von dem 1957 in Odessa geborenen Unternehmer und Philanthropen Len Blavatnik gegründet, der mit den Eltern Ende der 1970er Jahre in die USA ausgewandert war.

Derzeit noch in Arbeit, kommt das Projekt «Demokratisches Deutschland» wie gerufen in einer Krise freiheitlicher Gesellschaften. Die Initiative greift zurück auf das 19. Jahrhundert, als Nachwehen der Aufklärung und der Französischen Revolution auch das von den Napoleonischen Kriegen neu geordnete Deutschland erschütterten. Dazu gehören die noch von Goethe erkannten Umwälzungen im Zug der Industrialisierung, die Geister wie einen jungen Karl Marx bewegten. Die Epoche nach 1815 war daher ausserordentlich fruchtbar und brachte Persönlichkeiten wie die Autorin und Freiheitskämpferin Louise Aston (1814-1871) hervor, die mit Romanen und einem «skandalösen Lebenswandel» für Aufsehen sorgte. Während «1848er» wie der in die USA geflohene und dort zum General und Kabinetts-Minister avancierte Carl Schurz in deutschen Schulbüchern und Strassenschildern verewigt sind, will das Projekt die intellektuelle Vielfalt und persönliche Dramen dieser Epoche erschliessen – und dies nicht zuletzt als Anregung.

<https://demokratisches-deutschland.de/>



10 000

Buchverbote an öffentlichen Schulen

Die seit 2022 in konservativ geführten US-Bundesstaaten wie Florida, Idaho, Tennessee und Texas eingeführten Zensurgesetze haben massive Auswirkungen auf öffentliche Bibliotheken. Zwar fehlen umfassende Daten, doch Organisationen wie PEN America, die American Library Association und Buchhändler wie Barnes & Noble dokumentieren Verbote an Schulen. Die Erhebungen von PEN gelten dabei als massgeblich. In einer Analyse für das Schuljahr 2023/24 weist die Organisation auf eine dramatische Zunahme von Buchverbots hin – ein Trend, der sich nach den Wahlerfolgen der Republikaner im November 2024 weiter verstärken dürfte. Laut PEN America sind 2023/24 rund 10 000 Bücher von Verbots betroffen, darunter 4218 einzelne Titel. Die Mehrheit befasst sich mit Themen wie «People of Color, Rassismus, LGBTQ+» sowie Behinderung, Einwanderung, Mobbing und sozialem Engagement. Häufig wird «expliziter Sex» als Begründung genannt, doch die Analyse zeigt, dass dies oft nicht zutrifft. PEN bezeichnet die Massnahmen als Teil einer koordinierten, landesweiten Kampagne gegen Meinungsfreiheit und Bildung. Von den verbotenen Büchern behandeln 1534 (36%) fiktive oder reale «People of Color». In historischen und biografischen Werken steigt dieser Anteil auf 44%, ein Viertel der betroffenen Titel bezieht sich auf schwarze Persönlichkeiten. Die «Bewegung für Buchverbote» wird als Netzwerk beschrieben, das oft Ideologien der weissen Vorherrschaft und des christlichen Nationalismus vertritt. LGBTQ+-Themen sind ebenfalls stark betroffen: 29% der verbotenen Titel enthalten LGBTQ+-Charaktere oder -Themen, darunter über ein Viertel explizit Trans- und Genderqueerfiguren. Mehr als die Hälfte dieser Bücher thematisiert zudem farbige Gemeinschaften, was laut PEN die «Intersektionalität der Angriffe auf marginalisierte Gruppen» verdeutlicht. Studien zeigen, dass das Verbot solcher Werke das Gefühl der Ausgrenzung verstärkt und das Risiko für psychische Probleme bei Betroffenen erhöht. Insbesondere das Entfernen von Büchern über farbige Schüler aus Bibliotheken hat laut PEN «zutiefst schädliche Auswirkungen auf deren psychische Gesundheit». PEN America dokumentiert den Anstieg von Buchverbots seit 2021. Zusammen mit staatlichen Gesetzen und Richtlinien, sogenannte «spaltende» Themen aus dem Klassenzimmer verbannen, hat diese Kampagne laut dem Verband zu einer Bildungszensur geführt, wie sie Amerika seit der Panik um eine kommunistische Unterwanderung in der McCarthy-Ära der 1950er Jahre nicht mehr erlebt hat.

«Die Grenze ist schlicht das Grundgesetz»



Direktor Juergen Boos
verteidigt an der Frankfurter
Buchmesse das freie
Wort – doch was heisst
das in Zeiten von Extremis-
mus und Bedrohungen
der Demokratie?

Von Yves Kugelmann

Aufbau | Lassen Sie uns zuerst eine Standortbestimmung vornehmen. Wo steht das «Buch» im Jahr 2025?

Juergen Boos | Soeben bin ich aus Zentralasien zurückgekehrt. Da hat das Buch und speziell das Schulbuch die riesige Bedeutung, neue kulturelle und gesellschaftliche Narrative zu entwickeln. Kasachstan ist ja jetzt nicht mehr Russland. So steht das Buch auch dafür, eine kasachische Nationalliteratur aufzubauen. In vielen Ländern bewährt es sich zudem als Diskursmedium. Hier kommt der Literatur die Rolle der Reflexion und der Gegenwartsdeutung zu. Was sind die drängenden Themen des Welt- und Zeitgeschehens, denen wir uns hier und heute stellen müssen? Welche Lösungsansätze gibt es, um eine lebenswerte Zukunft zu sichern? Es sind eben Bücher, in denen diese Fragen so intensiv, so vertiefend und so nachhaltig verhandelt werden wie in keinem anderen Medium. Bücher sind, wenn Sie so wollen, das Medium der Demokratie.

Aufbau | Seit Antritt als Direktor der Frankfurter Buchmesse im Jahre 2005 begleitet Sie die Debatte um die Begrenzung von Büchern und der freien Rede. Was hat sich verändert?

Juergen Boos | Die Situation wird immer anspruchsvoller. Die Buchmesse hat sich den Kampf um die



Meinungs- und Publikationsfreiheit immer auf die Fahne geschrieben. Etwa in den politisierten 60er und 70er Jahren; als die Menschen in Chile aus politischen Gründen im Gefängnis sassen und die Buchmesse dafür plädiert hat, sie freizulassen. In den 80ern und 90ern war's zwar ruhiger, aber danach hat die politische Inanspruchnahme der Buchmesse wieder zugenommen.

Aufbau | Grossmächte, Gastländer, Interessengruppen üben Druck auf die Buchmesse aus – also viel Politik hinter und teils vor den Kulissen.

Juergen Boos | Ja, die Konflikte der Welt spiegeln sich Jahr für Jahr im Oktober in Frankfurt auf der Buchmesse wider. Das entspricht unserer Tradition. Schon im 15. Jahrhundert zogen Händler – auch Buchhändler – weg aus der Bischofsstadt Mainz in die Freie Reichsstadt Frankfurt. Weil man dort besser machen konnte, was man wollte: freien, von Restriktionen nicht beeinträchtigten Handel mit Büchern treiben und über ihre Inhalte diskutieren. So hatte der Handelsplatz von Büchern immer nebst dem ökonomischen und kulturellen auch diesen politischen Faktor. Leipzig, dessen Buchmesse auch auf eine Jahrhunderte alte Geschichte zurückblickt, entwickelte sich im 18. und 19. Jahrhundert zu einem Buchzentrum. Viele vor allem jüdische Intellektuelle wurden dann in der Zeit des Nationalsozialismus

Für Jürgen Boos sind KI-generierte Texte keine Kunst.

ins Exil gezwungen. Dass die Messe in Frankfurt 1949 wieder gegründet werden konnte, war schon grossartig und erwies sich sehr bald als Glücksfall für die Buchbranche weltweit.

Aufbau | ... Emigranten kehrten deswegen zurück.

Juergen Boos | Ja, weil sie deutschen Ursprungs waren. Und die Verlagsbranche in Buenos Aires oder New York war auch deutsch-jüdisch geprägt und ist es teils nach wie vor. Aber die «Book Bans» etwa in den USA haben sich über die letzten Jahre zur neuen Bedrohung der Publikationsfreiheit entwickelt. Und solche Tendenzen sind inzwischen auch hierzulande zu spüren und werden immer stärker: «Das geht nicht – ich brauche eine Triggerwarnung auf dem Buch.»

Aufbau | Wie spüren Sie das hier spezifisch?

Juergen Boos | Es gibt verschiedene Ausprägungen. Etwa beim Thema der Übersetzungen: Kann ich als Weisser das Buch einer schwarzen Autorin übersetzen?

Die Frankfurter Buchmesse ist ein Publikumsmagnet und immer noch der wichtigste Handelsmarkt für Buchstoffe.



Oder nehmen Sie das Stichwort Selbstzensur: Will ich mich einer öffentlichen Diskussion aussetzen oder nicht? Die Schere im Kopf ist da. Aber ich beobachte auch, wie Verlage dagegen anarbeiten und lernen, Kritik auszuhalten. Ihr Daseinszweck ist schliesslich die Bereicherung des Diskurses, nicht seine Vermeidung.

Aufbau | In Amerika sind Buchverbote, Index und Sanktionen wieder Thema. Wie steht es darum?

Juergen Boos | In Deutschland haben wir eine klare Rechtslage und eine entsprechende Praxis. Was nach deutschem Recht nicht verboten ist, darf gezeigt und gehandelt werden. Da ist die Lage recht eindeutig.

Aufbau | Wobei das Konzept der Meinungsäusserungsfreiheit in den USA und Europa ein ganz unterschiedliches ist. Wie vollziehen Sie diesen Spagat?

Juergen Boos | Die Frankfurter Buchmesse ist die Aussenhandelsorganisation der deutschsprachigen Buchbranche. Wir haben den Auftrag, weltweit für die Freiheit des Publizierens einzutreten und tun dies zusammen mit dem PEN und dem Internationalen Verlegerverband. Deswegen öffnen wir seit jeher einen literarischen Diskursraum für die ganze Welt. Um das noch besser kenntlich zu machen, haben wir dafür im vergangenen Jahr ein eigenes Format geschaffen: «Frankfurt Calling – Perspectives on Culture and Politics.» Unter dieser Marke veranstalten wir gemeinsam mit internationalen Kulturinstitutionen, investigativen Medien, NGOs und vielfältigen literarischen Stimmen ein kulturpolitisches Programm. Das ist unsere Werkstatt der Demokratie. Ich denke, dass wir damit weltweit für unser westeuropäisch geprägtes Verständnis von Meinungs- und Äusserungsfreiheit werben.

Aufbau | Dieses Jahr werden die Philippinen Gastland sein. Damit kommt ein Land aus dem so genannten «Globalen Süden». Sitzt Ihnen da die Antisemitismus-Debatte um die Documenta im Nacken?

Juergen Boos | Kein Ehrengast kommt über Nacht nach Frankfurt. So brauchen wir nach Vertragsunterzeichnung jeweils mindestens drei Jahre, um ein Gastland vorzubereiten, und zwei Jahre zuvor, um uns mit dem Land auseinanderzusetzen und zu entscheiden. Dafür sind die Philippinen ein positives Beispiel, weil wir von Beginn an ein professionelles Gegenüber und die Möglichkeit hatten, mit den Medien und den grösseren Verlagen zu sprechen. Wobei auch so immer die Gefahr besteht, dass man sich im Elfenbeinturm bewegt, auch

wenn man Autorinnen und Autoren, andere kulturell Tätige und Regierungsvertreter trifft. Man ist trotzdem in einer Blase.

Aufbau | Zuletzt sorgte Slavoj Žižek 2023 nach dem 7. Oktober mit seiner Rede für heftige Debatten. Wie nervös sind Sie denn jeweils bei den Eröffnungsreden?

Juergen Boos | Es kommt vor – und soll ausdrücklich vorkommen dürfen! –, dass ich mit einer Rede einverstanden bin, das Publikum aber nicht. Da bin ich und sind wir ja nicht der Massstab der Dinge. Aber wir als Frankfurter Buchmesse sind die internationale Plattform, auf der Meinungen geäussert und auch kontrovers besprochen werden. Insofern hat Žižeks damals umstrittene Rede gezeigt, wozu wir uns jedes Jahr eigentlich in Frankfurt treffen. Als Plattform für den freien Diskurs zielen wir bewusst nicht auf die Verengung, sondern auf ein breites Spektrum der Perspektiven. Wir folgen einer Logik von Begegnung statt von Boykott. Denn die Frankfurter Buchmesse ist seit ihrer Entstehung eine Demokratiemesse.

Aufbau | Grosse Kontroversen gab es um die Zulassung rechter Verlage. Ist es letztlich das Konzept, dass alles möglich ist, respektive wo ist die Grenze?

Juergen Boos | Die Grenze ist schlicht das Grundgesetz. Es steht jedem, der da ist, frei, ausgestellte Inhalte zu beanstanden und der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Es kommt vor, dass zum Beispiel Vertreter kritischer Organisationen Titel sehen, gegen die sie Einspruch erheben. Vor einigen Jahren gingen Mitarbeiter des Simon Wiesenthal Centers über die Messe und fanden fremdsprachige Ausgaben von «Mein Kampf». Wir schickten unsere Leute hin, aber da waren die Exemplare natürlich schon verschwunden. In den letzten Jahren hatten wir solche Probleme nicht mehr, auch wenn es immer wieder fragliche Inhalte gibt. Wobei wir aber eben nicht nur dem Grundgesetz, sondern als internationale Leitmesse der Publishing-Branche auch dem Kartellrecht unterstehen und zulassen müssen, was nicht verboten ist.

Aufbau | Mit «Mein Kampf» und den «Protokollen der Weisen von Zion» wurde das Buch auch zu einem Propagandamittel und Vorläufer des Massenmords. Müssen Sie da fein balancieren?

Juergen Boos | Das Thema Publikationsfreiheit ist in Deutschland sehr genau geregelt. Und wenn jemand einen der erwähnten Titel auslegt, greifen die rechtsstaatlichen Verfahren. Deutschland steht in einer besonderen historischen Verantwortung, achtsam zu sein, wenn es

gilt, Antisemitismus und Hetze einen Riegel vorzuschieben. Das kann aber nur dann wirksam und dauerhaft gelingen, wenn solche Entscheidungen über «erlaubt» und «verboten» von den Gerichten getroffen werden – und nicht von jedermann. Deshalb sind wir an rechtsstaatliche Vorgaben gebunden.

Aufbau | Mit der Einladung von Salman Rushdie im Jahre 2015 legten Sie sich ja auch mit Teilen der Welt an.

Juergen Boos | Ich arbeitete in München, als vor über 30 Jahren die «Satanischen Verse» herauskamen. Damals war mein Verlag Teil einer Gruppe von Verlagen, die sich zusammengeschlossen hatten, um dieses Buch zu publizieren. Ich stieg also gleich mit der Frage ein, weshalb wir das Buch nicht als Einzelverlag herausbringen konnten, sondern uns unkenntlich machen mussten. Dennoch wurde der Vater eines norwegischen Verlegerfreunds auf dem Sommerfest der Firma, die das Buch verlegte, angeschossen – die Täter wurden bis heute nicht gefasst. Und der Übersetzer wurde getötet. Ich wurde also brutal früh mit solchen Themen sozialisiert.

Aufbau | Das wohl älteste Kulturgut Buch wird regelmässig totgesagt. Vor zehn Jahren war es das E-Book, davor Amazon, neuerdings aufgrund der KI. Wie öffnen Sie die Messe dafür, und wie verhalten sich die Verlage?

Juergen Boos | Zunächst einmal muss man feststellen, dass diese regelmässig dem Buch gestellten Todessprognosen ebenso regelmässig nicht eintreffen. Was die jeweils aktuellen Todfeinde des Buches angeht: Wir nehmen all diese Themen in unsere Programme auf. Wobei ich KI vor allem als gesellschaftliches und rechtliches Problem sehe. Wir werden zwar nicht verhindern können, dass KI-Tools genutzt werden, aber wir können thematisieren, welche Auswirkungen sie auf die Gesellschaft haben. Das KI-Thema wird bei uns in der politischen, ökonomischen und kulturellen Perspektive reflektiert.

Aufbau | Wenn auf der nächsten Messe die ersten KI-Bücher präsentiert werden, bieten Sie dafür die Plattform oder haben Sie dazu eine Position?

Juergen Boos | Meine persönliche Position ist, dass KI-generierte Werke – auch in Form der Literatur – keine Kunst sind. Aber da kommt man gleich ins Philosophische: Wie entsteht Kunst? Und dann wird es schwierig. Aber für mich ist KI keine künstlerische Leistung. Wenn der Markt anderseits das will und KI zum Beispiel eine Zusammenfassung im Weiterbildungsbereich schreibt, sehe ich daran nichts Verwerfliches. Wie sich die Zusammenarbeit zwischen Künstlichen Intelligenzen und den natürlichen Intelligenzen in den Verlagsabteilungen, etwa dem Lektorat, in Zukunft gestaltet, wird ein spannendes Thema, das uns noch beschäftigen wird.

Aufbau | Diskussionen um geistiges Eigentum, Plagiate, Piraterie fordern die Branche heraus. Was bedeutet das für Sie?

Juergen Boos | Das ist für uns ein Riesenthema. Wir haben nebst der Messe an sich den Auftrag, Verleger weltweit zu unterstützen. Das heisst, dass wir intensiv hinter den Urheberrechten her sein und die entsprechen-

den Institutionen unterstützen müssen. Wir arbeiten eng mit WIPO, der World Intellectual Property Organization in Genf, und natürlich mit dem Internationalen Verlegerverband zusammen. Wobei durch KI die Grenzen verwischt werden – wem gehört was, durch welche Veränderung entsteht etwas wirklich Neues?

Aufbau | In nächster Zeit werden sich wohl die US Book Bans noch verschärfen. Was heisst das für die Buchmesse, wenn hier Bücher aufliegen, die in den USA verboten sind?

Juergen Boos | Wir müssen das sichtbar machen, auch als Thema in unserem Programm. Und wir müssen es vorführen am konkreten Objekt. Wir müssen Kinderbücher zeigen und fragen, weshalb diese nicht mehr in Texas ausgeliehen werden dürfen.

Aufbau | Ist der Index als grösste Bedrohung des Buches, aber auch als Sackgasse, für eine Buchmesse generell immer ein Thema?

Juergen Boos | Ja, das ist es. Ich erinnere mich an «American Psycho» von Bret Easton Ellis, das in den Buchhandlungen nicht ausgestellt werden durfte, aber durchaus erhältlich war. Oder die ganzen Geschichten mit den Persönlichkeitsrechten, bei denen es heikel und oft noch schwieriger ist.

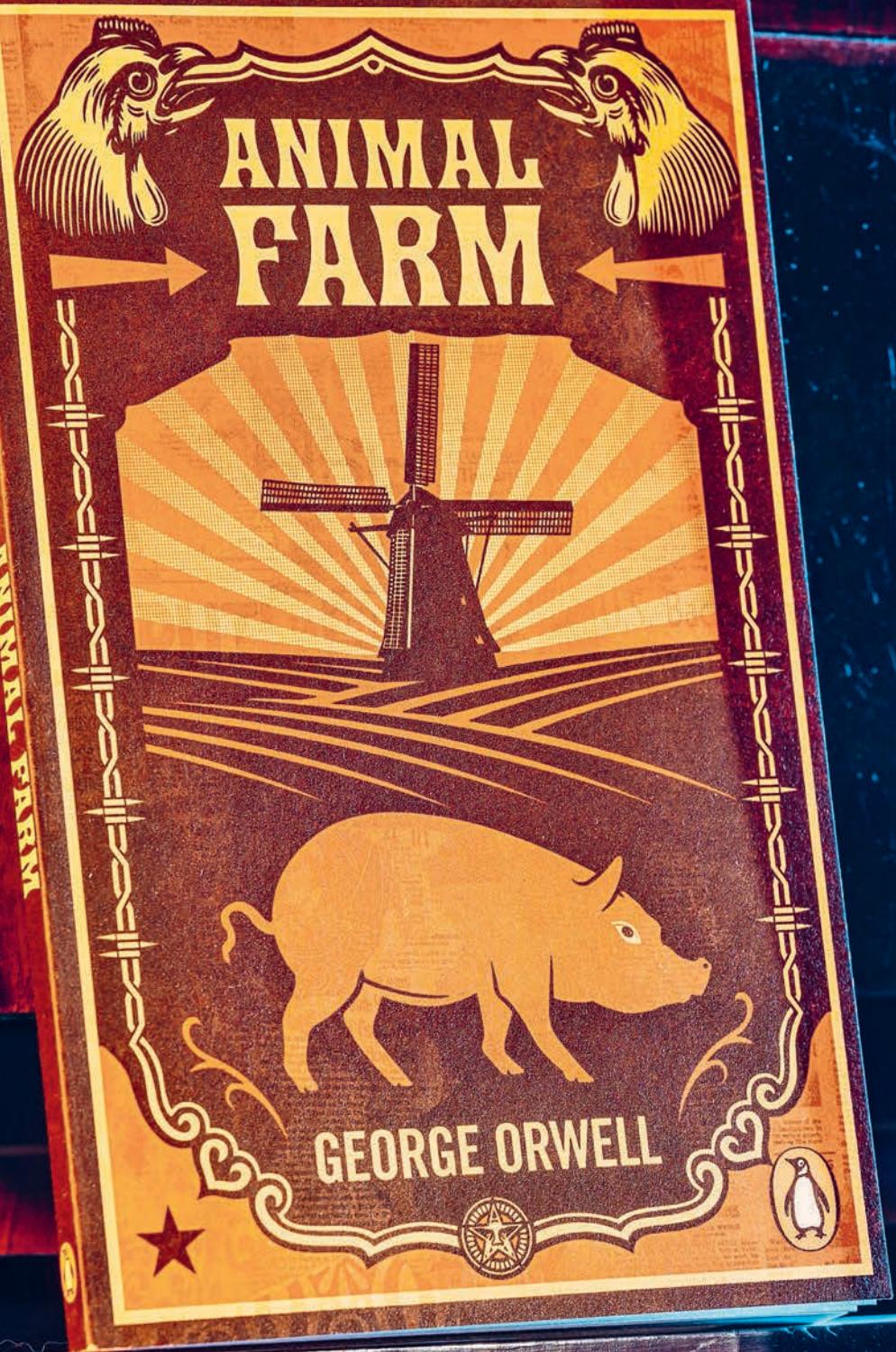
Wir folgen einer Logik von Begegnung statt von Boykott.

Aufbau | Wir befinden uns mitten in weltweiten heftigen politischen Verwerfungen. Die Buchmesse war ja oft Seismograph.

Juergen Boos | Diese Verwerfungen bescheren uns neue Erfahrungen, beispielsweise, dass Deutschland und auch die Frankfurter Buchmesse in Ländern wie Malaysia oder Indonesien als zu pro-israelisch angesehen werden. Wir haben dadurch sehr viele Diskussionen zu führen, wenn wir etwa mit dem Goethe-Institut deutsche Autorinnen und Autoren nach Jakarta bringen. Man realisiert hier gar nicht, was das bedeutet, und diesen Diskurs möchte ich gerne auch sichtbar machen. Sehen Sie, der internationale Austausch war, ist und bleibt unsere DNA! Seit Anfang der 1950er Jahre stellen in Frankfurt Jahr für Jahr mehr internationale als deutsche Verlage aus. Fachbesucher aus weit mehr als 100 Ländern kommen auf die Messe. Diese Vielfalt ist unser Auftrag. Wir wollen, dass dieser Austausch möglich bleibt, friedlich und in gegenseitigem Respekt. Gerade in einer Zeit geopolitischer Spannungen wird ein solches Angebot immer wichtiger, das gilt kulturell, politisch und wirtschaftlich gleichermaßen. Ja, es wird anstrengender. Aber das Ziel ist alle Mühen wert.

GEORGE ORWELL

ANIMAL FARM

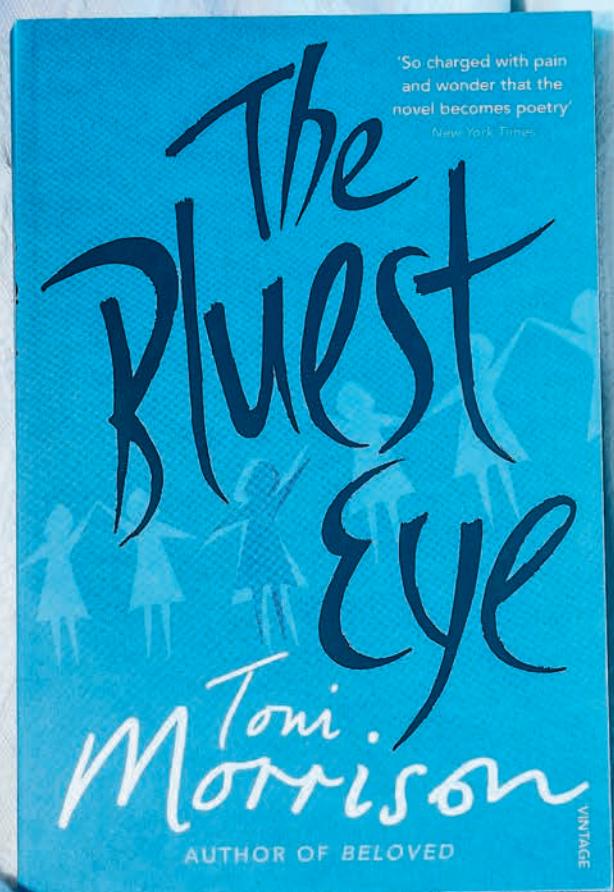


ANIMAL FARM





Das Buch als Stellvertreter



Bücher sind Teil eines Kulturkampfs, der sich zwischen Sprache, Ideologien und Technologisierung zusehends verschärft.

Von Melanie Möller (Text) und Max Slobodda (Fotos)

Der Kampf um das Buch kann gut und gerne als ein Stellvertreterkrieg bezeichnet werden. Vielleicht mutet es makabrer an, in diesen Zeiten von militärischen Metaphern für kulturelle Ereignisse Gebrauch zu machen. Aber zum einen waren die Zeiten nie unkompliziert, und zum anderen lässt sich an diesem Stellvertreterkrieg rund um das Buch auch aufzeigen, wie eng die Dinge miteinander verzahnt sind: Politik, Kultur, Bildung, Sprache, Lektüre, Krieg.

Aber wer kämpft eigentlich gegen wen, und wer ist hier wessen Stellvertreter? Um die Metapher etwas zu präzisieren: Unter einem «Stellvertreterkrieg» bezeichnet man gemeinhin eine Auseinandersetzung zwischen kleineren Einheiten, die in Vertretung der grösseren, in deren Einflussphäre sie sich befinden, einen Krieg gegeneinander führen. Mit Blick auf Bücher gehören zu dieser Trope alle Institutionen (vom Autor über den Verlag bis hin zum medialen Echo), die an der Genese und Verbreitung eines Buches beteiligt sind und dabei nolens, volens zu Agenten von Meinungslobbyisten werden, die das Weltgeschehen kommentieren und nicht zuletzt dadurch wesentlich mitbestimmen. Dabei wird das

Buch von unterschiedlichen Interessengruppen instrumentalisiert.

Verführerische Kräfte

Wie konnte es dazu kommen? Bücher waren niemals unschuldig; noch die langweiligsten unter ihnen konnten verführerische Kräfte entfalten und sich damit auch als politische Machtmittel empfehlen. Das traf zumindest zu, solange Bücher über eine intellektuelle, ästhetische, kulturelle, soziale, mithin ethische Relevanz verfügten. Es galt in den Welten der Antike, als Bücher noch keine beliebig reproduzierbare Massenware darstellten, sondern nur bestimmten Eliten zugänglich waren, was sie umso mehr den Argwohn politischer Kräfte weckten liess. Es galt erst recht nach der Erfindung des Buchdrucks, als sie in die Hände breiterer Bevölkerungsschichten gelangten und zum Medium der Aufklärung, des (Auf) Begehrns und auch des Aufruhrs wurden.

Tik Tok Bücher

Seitdem ist viel passiert. Das Interesse zumal für gedruckte Bücher hat in den letzten Jahren stark abgenommen; es hat sich auf andere, primär digitale Medien verschoben, in deren Rahmen auch das Buch noch seinen, wenn auch nicht unbedingt prominenten, Platz behauptet. Bisweilen boomen auf dem digitalen Sektor, vor allem auf sozialen Plattformen wie TikTok, Bücher in bestimmten Sparten, wovon dann nicht nur die elektronischen, sondern auch die Printexemplare profitieren: Derzeit ist etwa an Romance Literature oder Fan Fiction zu denken oder, besonders pikant, an New Adult Fiction: Hier werden Influencer als Autoren für KI-produzierte Literatur eingesetzt, um die Fangemeinde zu beglücken (und damit quasi nebenbei im Regal liegende Klassiker mitzufinanzieren): Aber auch das funktioniert nur so lange, wie das Buch, das Schreiben von Büchern, mithin Literatur zumindest dem Schein nach noch etwas gilt, als Zeichen von Intelligenz, wo man sie nicht vermutet, als Aushängeschild eines ererbten Prestiges, das sich nunmehr künstlich reproduzieren lässt.

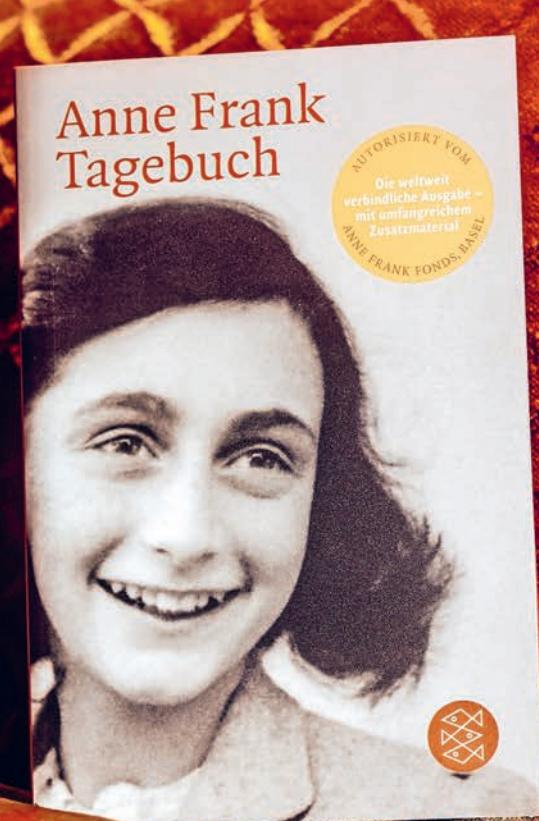
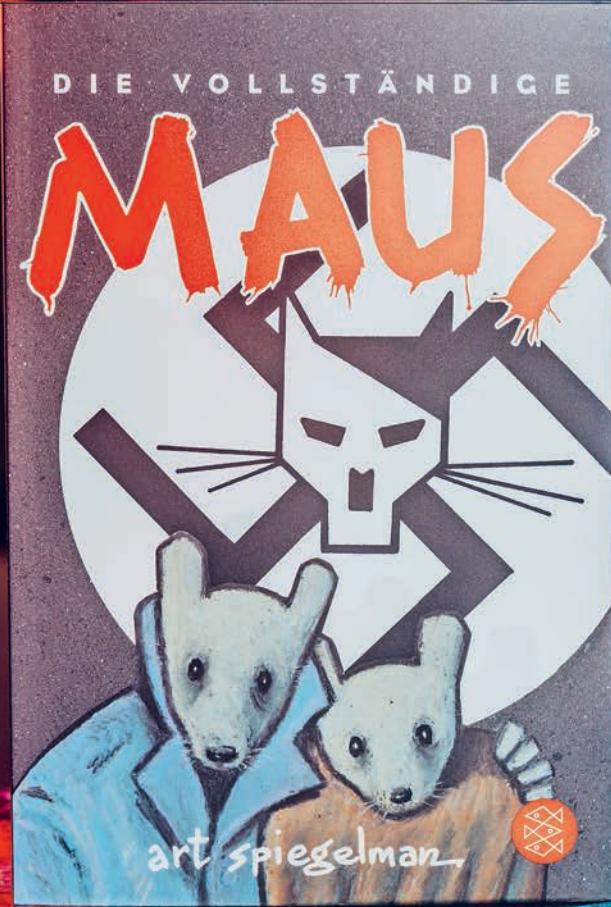
ben, in deren Rahmen auch das Buch noch seinen, wenn auch nicht unbedingt prominenten, Platz behauptet. Bisweilen boomen auf dem digitalen Sektor, vor allem auf sozialen Plattformen wie TikTok, Bücher in bestimmten Sparten, wovon dann nicht nur die elektronischen, sondern auch die Printexemplare profitieren: Derzeit ist etwa an Romance Literature oder Fan Fiction zu denken oder, besonders pikant, an New Adult Fiction: Hier werden Influencer als Autoren für KI-produzierte Literatur eingesetzt, um die Fangemeinde zu beglücken (und damit quasi nebenbei im Regal liegende Klassiker mitzufinanzieren): Aber auch das funktioniert nur so lange, wie das Buch, das Schreiben von Büchern, mithin Literatur zumindest dem Schein nach noch etwas gilt, als Zeichen von Intelligenz, wo man sie nicht vermutet, als Aushängeschild eines ererbten Prestiges, das sich nunmehr künstlich reproduzieren lässt.

Debatte um Meinung

Auch wo sich das Interesse auf die digitale Welt fokussiert, wo das Buch aufs Ganze besehen eher ein Schattendasein fristet, steht es doch als Adressat für Bildung und

Fotografierte Bücher

Die Fotoserie zum Artikel hat der Düsseldorfer Fotograf Max Slobodda in der M. Lengefeld'sche Buchhandlung in Köln für Aufbau aufgenommen. Die älteste Buchhandlung Kölns wurde 1842 von einer jüdischen Familie gegründet. Die Fotos zeigen Bücher, die in den USA im Zuge des Book Ban verboten sind (vgl. Seite 10).



Kultur auch für alle möglichen anderen Medien ein. Und die Deutungshoheit der Kultur wird von den Eliten dann doch nicht kampflos aus den Händen gegeben: So konnte sich auf dem Rücken von Büchern in jüngerer Zeit auch eine verbissene Debatte um Meinungsfreiheit abspielen, in welcher das Buch gleichsam als Sündenbock für jegliche Form ideologischer Auseinandersetzung taugte. In diesem Rahmen kam die Frage auf, was ein Buch seinen Lesern zumuten dürfe: welche Texte, welches Vokabular, welche Autoren. In der Folge traten allenthalben unschöne Massnahmen in Kraft: sprachliche Regelungen, Stigmatisierungen von Autoren ohne luppenreine Biografien, Empfehlungen an oder Eingriffe in Texte, die nicht selten politisch-moralisch motiviert sind. Nehmen wir nur

Karl Mays mit ihren Indianern, die Astrid Lindgrens mit ihren Negerkönigen oder Jim Knopfs mit ihren pfeiferauchenden dunkelhäutigen Kinderhelden, die Jane K. Rowlings mit ihren Zauberlehrlingen und Sibylle Lewitscharoffs mit ihren Eigenbröttern: Beide Autorinnen gelten mittlerweile aufgrund einiger kritischer Äusserungen zu akademischen Trends als «transphob». Von Klassikern wie der Bibel ganz zu schweigen: Der als pervers stigmatisierte sexuelle Stoff der Heiligen Schrift hat unter besorgten Eltern Empörung hervorgerufen, was an manchem Ort dieser Welt Konsequenzen für die schulische Lektürepflicht zeitigte. Allein in den USA sollen einer neuen Studie des PEN America zufolge in den Jahren 2023/24 mehrere tausend Bücher verboten worden sein, darunter nicht nur Klassiker wie Hu-

wegliest, was es recht eigentlich absurdum führt. Auch das Gendern nimmt in diesem Bereich Überhand, zumal sofern es sich auf die Absicht gründet, die Sprache der Bücher (und anderer textbasierter Medien) «gerechter» machen zu wollen (und dabei in der Mehrheit der Fälle abstossende sprachliche Ungetüme produziert, die überhaupt niemanden ansprechen, der über sprachliche Sensibilität verfügt). Die Folge ist eine grosse Unsicherheit: Viele überlegen lieber dreimal, ob sie dieses oder jenes sagen oder schreiben dürfen. Besonnenheit ist zwar nicht verkehrt, aber wenn sie Menschen dazu bringt, etwas gegen ihre Überzeugung zu formulieren, ist sie kontraproduktiv.

Mechanismen der Sprache

Letztlich ist es, wie so oft, die Sprache mit ihren vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten beziehungsweise das Misstrauen gegen sie, das sich mitten auf dem Kampfplatz tummelt. Daher häufen sich – nicht zuletzt auf dem verminten Gelände des Buchmarktes – Versuche, die Mechanismen der Sprache mit aufklärerischem Ehrgeiz zu (er)läutern: Eine Neuankündigung verspricht ihren Lesern einen «philosophischen Blick auf die feinen Mechanismen sprachlicher Ausgrenzung», welche mit «hochproblematischen Hintergrundannahmen» operiere, sowie «die spannendsten Einsichten der Philosophie über Bad Language, auf verständliche und anschauliche Weise erklärt» (Tim Henning/Nikola Kompa/Christian Nimtz: «Die dunkle Seite der Sprache», die wohl auch die dunkle Seite des Buches repräsentiert).

Aber auch dort, wo sich die Vorbehalte nicht so leicht an bestimmte Themen oder Begrifflichkeiten knüpfen lassen, unterstellen die allzu aufmerksamen Beobachter Büchern manipulative Kräfte, die dann eben subkutan wirkten und auf diese Weise Vorurteile reproduzierten oder verstärkten. Der Vorwurf der Manipulation scheint mir nun wieder «hochproblematisch». Denn was ist damit eigentlich gemeint? Jemandes Meinung beeinflussen, seine Ansichten bewusst

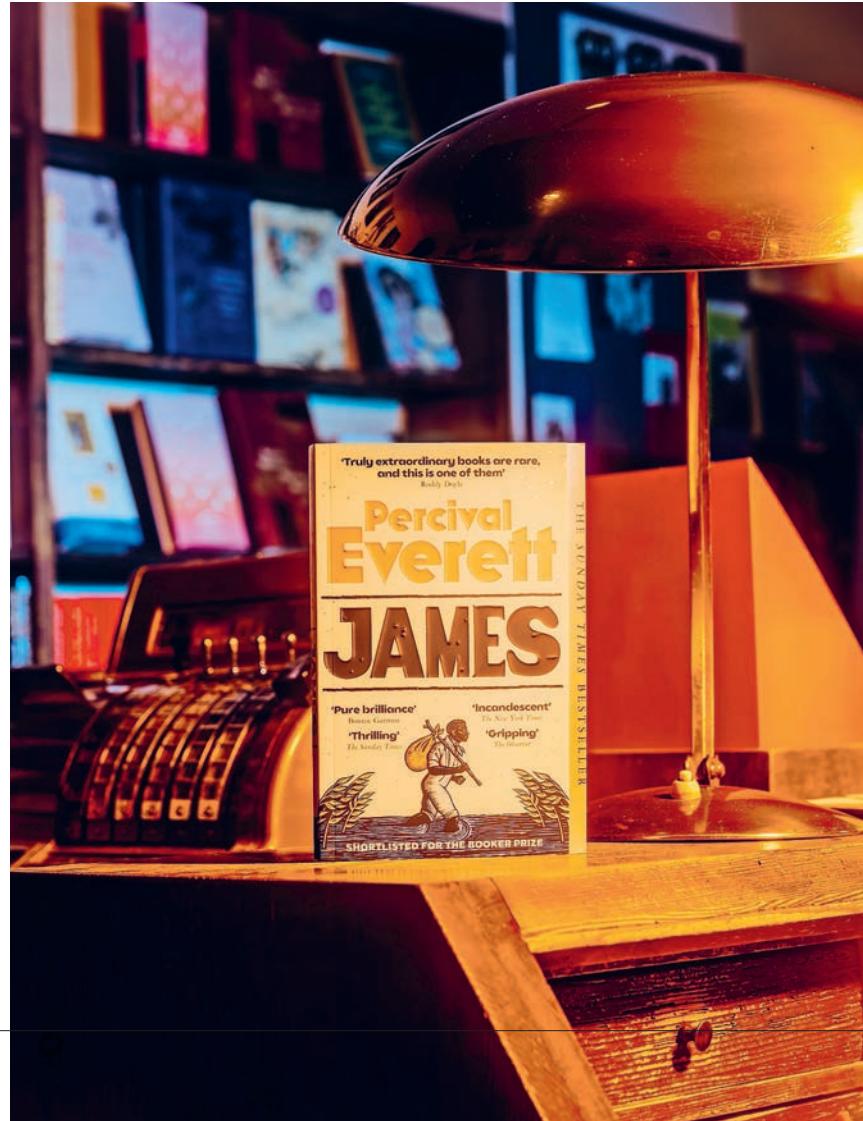
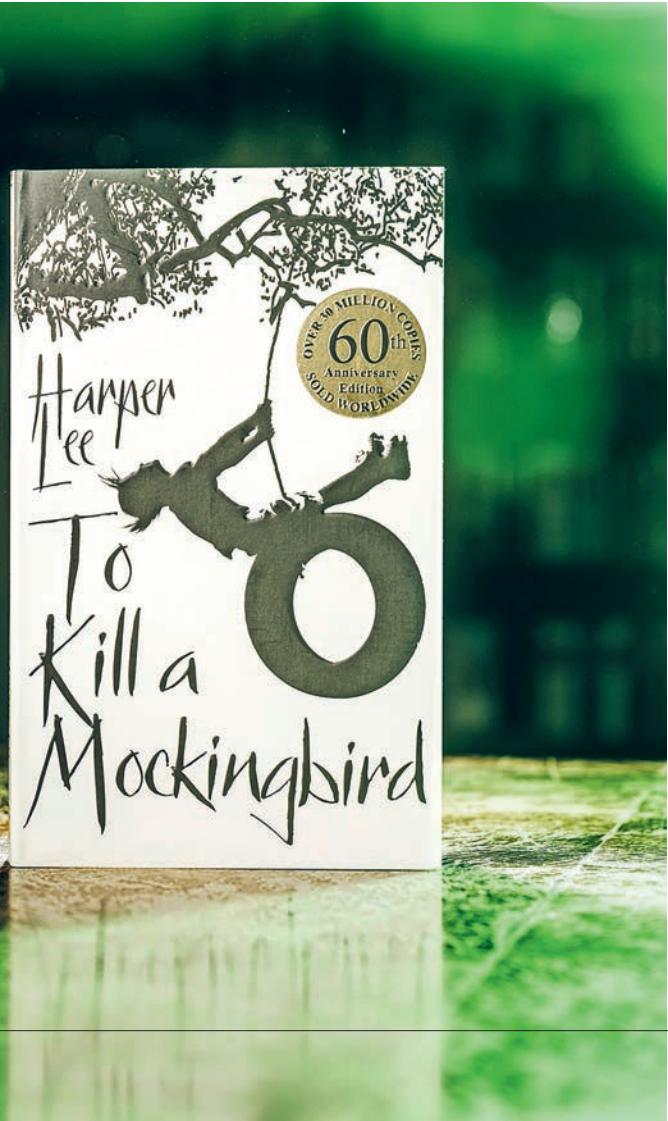
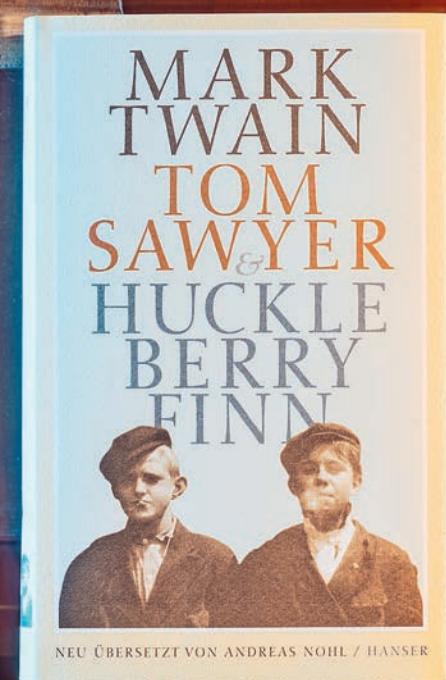
Auf dem Rücken von Büchern spielt sich eine verbissene Debatte um Meinungsfreiheit ab, in welcher das Buch gleichsam als Sündenbock für jegliche Form ideologischer Auseinandersetzung taugte.

ein paar Beispiele. Harper Lees einstmals als Manifest gegen die Diskriminierung Schwarzer gefeierter Klassiker «Wer die Nachtigall stört» von 1960 ist längst in sein Gegenteil verkehrt worden: Der Anwurf eines eklatanten Rassismus führte dazu, dass das Buch aus einigen US-amerikanischen Schulcurricula verschwand. Ähnlich erging es Delia Owens mit ihrem Roman «Der Gesang der Flusskrebse» oder Wolfgang Koeppens «Tauben im Gras»: In beiden Romanen wollten einzelne Leser verletzendes, da «rassistisches» oder «frauenfeindliches» Vokabular erkennen und sind dagegen zu Felde gezogen. Nur am Rande erwähnt seien die

uckleberry Finn und Tom Sawyer, sondern auch das Tagebuch der Anne Frank. Als Begründung wird regelmäßig der Schutz «Betroffener» (meist Minderheiten oder als solcher stigmatisierter) angeführt.

Trigger-Warnungen

Neben Streichungen und Verbote treten die sogenannten Trigger-Warnungen, die für «problematische Inhalte» sensibilisieren sollen: Obacht – sex, drugs, rock'n'roll, Mord, Totschlag. In den Trendsparten der sogenannten «jungen» Literatur ist das Triggern, wie bei Filmen, mittlerweile derart inflationär, dass man beiläufig darüber





Besser wäre es allemal, man würde sie, die Bücher, aus dieser Stellvertreterposition befreien, sie vom moralischen Meinungsdruck mit all seinen medialen Auffaltungen entlasten, um ihnen dann wieder als ernstzunehmender Grösse, ob Freund oder Feind, entgegentreten zu können. 

– vielleicht auch halb-, sogar unbewusst – in eine bestimmte Richtung lenken. Das können Bücher so gut wie alle schriftlichen oder mündlichen Texte.

Fantasie statt Lüge

Sofern sie den Zugang in die Welt der Fantasie eröffnen, sind Bücher und vergleichbare Medien wie Filme, Serien, Videos natürlich manipulativ. Das heißtt, sie formen unsere Weltbilder, sie prägen uns. Bücher sind eine Spielwiese für alles und jeden, für Schönes und Hässliches, für Wahrheit und Lüge, für Richtiges und Falsches, für alle Abgründe des menschlichen Lebens. In dieser Hinsicht sind sie tatsächlich – manipulativ. Aber sofern es sich um fiktionale Welten, um das Reich der Vorstellung handelt, gilt es diese Einsicht nicht nur auszuhalten, sondern auch zu verteidigen. Freiheit kommt nie ohne Trittbretter für Parasiten daher oder eben für Leute, die sich diese Freiheit nutzniehlich machen. Warum sollte man das um der Freiheit der Gedanken willen nicht ertragen? Nun ist es eine Binsenwahrheit, dass die Grenzen zwischen Fiktionen und Fakten fliessend sind, und da vor allem scheint die crux zu liegen. Nicht nur offenbart sich in letzter Zeit zunehmend ein allzu kontrastives Bild dieser beiden Grössen, etwa in beliebten Verfahren wie «Faktenchecks» oder begrifflichen Kompositionen wie «wissenschaftlicher Redlich-

keit», mithin «Wahrheit»: Allzu häufig scheitern die gut gemeinten Bemühungen schlicht daran, dass sie komplexe Gemengelagen vereinfachen wollen, die sich nun mal nicht so einfach in schwarz/weiss auflösen lassen. Vielmehr ist es wohl auch so – und auch das ist letztlich eine Folge dieser mitunter rabiaten Vereinfachungsversuche –, dass man zu fürchten scheint, Freiheiten, die man fiktiven Erzählungen in Büchern gönnte, könnten allzu rasch auf andere Gattungen übertragen werden, auf Sachtexte vor allem oder doch solche, die behaupten, welche zu sein.

Plakative Meinungsbildung

Delikat wird es dort, wo Texte sich – bewusst – im Zwischenbereich zwischen Objektivität und Subjektivität ansiedeln: Am anschaulichsten wird das bei digitalen Medien oder Plattformen, die gerade aus ihrer Kürze heraus zu plakativer Meinungsbildung beitragen. Aber das ist nichts, was man dem Buch anlasten oder als Begründung für die Kontrolle seiner Sprache, seiner Inhalte heranziehen sollte. Im Gegenteil lassen sich Bücher auf diesem Gebiet für das Einüben von Toleranz gegenüber anders Denkenden einsetzen, ohne den Schein einer messerscharfen Separierbarkeit von Fakten und Fiktionen auch dort aufrechtzuerhalten, wo er auf allzu tönernen Füssen steht. Dass man dabei Risiken eingeht, gehört zur

Toleranz – und ist Ausweis eines durchaus nicht blinden Vertrauens in die Mündigkeit von Menschen, die mit Texten jedweder Art konfrontiert werden.

Autoren und Kollektive

Diese Toleranz gerät freilich an ihre Grenzen, wenn die Vertriebskanäle aufgrund der jüngsten technischen Entwicklungen bis hin zur KI undurchschaubar werden beziehungsweise die Reproduktions- und Verbreitungsmöglichkeiten ins Kraut schiessen. Das sollte aber keineswegs dazu führen, Bücher zu skelettiieren, sondern nach Wegen zu suchen, diese Ausuferungen kreativ ins Geschehen miteinzubeziehen. Das gilt erst recht in Zeiten, wo Verantwortliche, mithin Autoren, nicht mehr so leicht dingfest zu machen sind, wie es früher bisweilen möglich war. Bücher fungieren auch hier als Stellvertreter – für Autoren oder Kollektive, für meinungsbildende Gruppen. Besser wäre es allemal, man würde sie, die Bücher, aus dieser Stellvertreterposition befreien, sie vom moralischen Meinungsdruck mit all seinen medialen Auffaltungen entlasten, um ihnen dann wieder als ernstzunehmender Grösse, ob Freund oder Feind, entgegentreten zu können.

Melanie Möller ist Literaturwissenschaftlerin, Autorin und Professorin für Klassische Philologie an der Freien Universität Berlin.

Oasen für Bürger



Foto: Groton Public Library

Amerikas Leihbüchereien sind gelebte Demokratie. Hier treffen noch Bürger jeder Überzeugung und Herkunft zusammen. Nun sind zur Zielscheibe rechter Aktivisten werden. Ein Augenschein in Connecticut.

Von Andreas Mink

In den 1950er Jahren von der Gemeinde gebaut, ist die öffentliche Leihbücherei in Groton, Connecticut, sieben Tage die Woche geöffnet.



D

er «Krieg gegen das Buch» ist inzwischen auch im erzdemokratischen Connecticut angekommen, erzählt Jennifer Miele beim Interview in der «Groton Public Library». Mitte vierzig, energisch und freundlich, leitet Miele die Institution im Südosten von Connecticut seit 2018. Natürlich kennt sie die Debatten um Buchverbote in konservativeren Teilen Amerikas. Schliesslich hat sie ihre Karriere nach der Jahrtausendwende im republikanisch geführten Arizona begonnen und veranstaltet bei «Groton Public» jeden Herbst Veranstaltungen zur «Banned Books Week». Die Initiative wurde 1982 vom Verband amerikanischer Leihbüchereien (American Libraries Association, ALA), von PEN America und Dutzenden weiteren Gruppen lanciert, die Lehrer-, Bildungs-, aber auch Bürgerrechts- und Organisationen von Verlagen und Buchhandel vertreten.

Bewegendes Zeugnis

Doch laufen in Florida, Tennessee oder Texas empörte Konservative oder von rechten Geldgebern finanzierte Gruppen wie die «Moms for Liberty» primär gegen Jugendtitel zu Genderthemen und Rassismus Sturm, so sah sich Miele zumindest in letzter Zeit nur mit einer Bannforderung konfrontiert: «Das passt eigentlich zu Ihrer Publikation: Es ging um «Girls Kissing on Shabbat» von Sara Glass». Die Memoiren einer jungen Frau, die ihre lesbische Identität erkennt und mit ihren zwei Kindern aus der ultraorthodoxen Ger-Sekte in Brooklyn flieht, war im letzten Jahr ein Bestseller und erntete auch von jüdischen Medien positive Kritiken als «wichtiges und bewegendes Zeugnis» eines Milieus und einer persönlichen Entwicklung.

Miele und ihr Team waren indes für die Herausforderung gewappnet: «Wir sind eine öffentliche, aus Gemeindesteuern finanzierte Institution – und Offenheit und Transparenz sind ganz grundlegend für uns.» So hatte «Groton Public» schon vor einigen Jahren eine Prozedur und auch ein formelles Dokument für Verbotsforderungen eingerichtet. Darauf

sind Gründe für eine Entfernung von Titeln aus den Regalen anzugeben, aber auch der Wohnsitz. Nur wer tatsächlich in der Gegend zuhause ist, soll bei der Lektüre der Leute hier mitreden können. Schliesslich gehen auch in Connecticut Forderungen aus anderen Gliedstaaten ein, hinter denen einzelne Agitatoren oder eben Organisationen wie die «Moms for Liberty» stehen.

Auch aus diesem Grund haben die Demokraten im Gliedstaatsparlament in Hartford ein Gesetz eingebracht, das Schul- und Leihbüchereien verbietet, Bannforderungen aufgrund von Kritik etwa an sexuellen oder mit Rasse verknüpften Inhalten nachzukommen, aber auch Angestellte von Bibliotheken vor Klagen und Belästigungen schützt. Denn 2022 nahm es ein konservativer Politiker in der Stadt Colchester auf sich, in die lokale Leihbücherei zu gehen und das Buch «Who is RuPaul?» über die berühmte Drag Queen einfach so aus dem Regal zu nehmen. Die Episode erregte grosses Aufsehen und führte zu einer «Colchester-Erklärung» der Leihbibliotheken von Connecticut gegen Buchverbote.

Der Abklärungsprozess

Gleichzeitig sollen die Institutionen laut dem «Don't Ban Library Books Act» aber auch Prozeduren für die Überprüfung von Kritik oder Sperranträgen entwickeln und einführen. Dies hat «Groton Public» bereits getan. Wie Miele erklärt, war der Antrag gegen die «Kissing Girls» nur teilweise ausgefüllt: «Aber wir haben unseren offenen Untersuchungs- und Bearbeitungsprozess eingeleitet. Die Kritik zielt auf sexuelle Inhalte.» Womöglich war der Titel Anlass für den eher zufällig wirkenden Antrag. In der Vergangenheit waren es nämlich vorwiegend Jugendtitel und Exponate, also Präsentationen zu bestimmten Themen wie die «Pride Week», die Anlass zu Kritik aus dem Kreis der immerhin 11 000 Mitglieder gaben. Ohne dass nun Bannanträge gestellt wurden, hören die meist weiblichen Beschäftigten dann Fragen à la: «Muss das denn sein?»

Miele merkt an, dass im Genre «Erwachsenenliteratur» auch in ihren Regalen etliche Titel mit deutlich höherem Gehalt an Erotik zu finden sind. Aber Publikationen durchlaufen schon von den Verlagen her eine juristische Prüfung auf Verstöße gegen Obszönitätsgesetze. Miele merkt an, dass Eltern eine Aufsichtspflicht für Kinder hätten und dass Erwachsene eben gerade in einer öffentlichen Bibliothek nicht

 **Wir sehen Trigger-Warnungen auf den vorderen Seiten von Neuerscheinungen.** 



«Palast für die Bürgerschaft» und Gemeindezentrum – wie alle Institutionen dieser Art bietet «Groton Public» gerade für Kinder und Jugendliche zahlreiche Programme.

bevormundet werden sollten. Obendrein hat «Groton Public» – wie jede dieser Institutionen – ein internes Komitee für Neuanschaffungen, das Titel diskutiert. Hier ist Miele aufgefallen: «In jüngster Zeit sehen wir Trigger-Warnungen auf den vorderen Seiten von Neuerscheinungen, die auf sexuelle oder aus sonstigen Gründen *kontroverse* Inhalte hinweisen.» Womöglich reagieren Verlage so bereits auf die Bannrufe. Miele und ihr Team scheinen davon kaum beeindruckt: «Wir bleiben grundsätzlich der Bildungs- und Meinungsfreiheit verpflichtet. Menschen sollen sich hier gratis und unbeschränkt informieren und sich eigene Gedanken machen können.»

Aber gleichzeitig sind die Public Libraries eben auch ein Magnet für Kontroversen. Dies röhrt aus ihrer Geschichte und Qualität als öffentliche Einrichtungen. Aufgrund der auch in den USA seit den 1990er Jahren laufenden Spaltung der Gesellschaft in soziokulturelle Gruppen bei einer gleichzeitigen Vereinsamung und den Wandlungen im Gefolge von Social Media sind Leihbüchereien heute die einzigen bedeutenden Räume, in denen noch Menschen jeder Herkunft und Überzeugung auf engem Raum zusammenkommen. Dies aber laut Miele in dem Glauben:

«Jedes unserer Mitglieder denkt, «Groton Public» sei ihre oder seine Bücherei.» Um dies zu verstehen, hilft ein Abstecher in die Geschichte.

Gelebte Realität

Die rund 9000 in der «American Library Association» organisierten Institutionen fallen grob gesagt in zwei Grundtypen. Dabei liegt die Zahl einzelner Büchereien noch deutlich höher, da Institutionen wie die «New York Public Library» neben gigantischen Zentralen Dutzende von Niederlassungen in Quartieren betreiben. Sieben Tage die Woche geöffnet, ist «Groton Public» mit einem Jahresbudget von 1,6 Millionen Dollar und täglich rund 600 Besuchenden eine von ihrer Gemeinde finanzierte Einrichtung, hat aber zudem einen Bürgerverein als Beirat, der Spenden sammelt und bei Betrieb und Zukunftsplanning mitredet. So konnte «Groton Public» ein kleines Stiftungsvermögen anhäufen und baut neben drei Dutzend Voll- und Teilzeitangestellten auf Dutzende von Freiwilligen.

Der zweite ist der ältere Typ und geht auf einen der reichsten Amerikaner zurück. Ende des 19. Jahrhunderts hat Andrew Carnegie (1835–1919) den Bau von



Leihbüchereien in den USA gehörten für viele Amerikaner zu sozialen Freizeit- und Begegnungsorten – wie hier in Minneapolis.

rund 1700 Leihbüchereien in den USA finanziert, drei Viertel der Gesamtzahl um 1920. Der aus Schottland eingewanderte Industrielle nannte Leihbibliotheken «Paläste für jedermann». Dort sollten «Fleissige und Ehrgeizige» Hilfe für ihren Aufstieg finden – in Form von Wissen, wie es seinerzeit nur gedruckt verfügbar war. Die «Carnegie Libraries» bleiben gemeinnützige Stiftungen, die sich anschliessend auf lokalen Bürgersinn – und nicht auf kommunale Führung und Finanzierung – verlassen mussten. Carnegie fand zudem allerorten Nacheiferer. So gibt es auch in Groton eine derartige Einrichtung, und in den kleinen Kommunen der Umgebung sitzen Leihbibliotheken meist am Ortszentrum in palastartigen Bauten aus Carnegies «Ära der Räuberbarone», die lokalen Bürgerstolz und Wohlstand demonstrieren.

Meinungen und Bildung

Um das in der zweiten Trump-Ära besonders heisse Eisen «Inklusion» anzusprechen: Die Public Libraries sind auch eine Erfolgsgeschichte amerikanischer

Frauen. Der Beruf bleibt eine weibliche Domäne. Der Erziehungspionier Melvil Dewey (1851–1931) hatte sein System der «Dezimalklassifikation» so simpel als irgend möglich gestaltet, «damit sogar Frauen zur Organisation von Buchbeständen befähigt werden». Aber diese Aussage wirkt heute weniger arrogant, sonder eher albern. Denn Frauen wie Miele sehen sich als Bibliothekarinnen in der Pflicht, ihre Kommunen zusammenzuhalten und Freiräume für Meinungen und Bildung offen zu halten: «Unsere Gesellschaft ist eben viel chaotischer und dynamischer als in Europa. Und wir sitzen dabei an den Frontlinien.»

Sie baute zu Beginn ihrer Karriere nach der Jahrtausendwende eine Bibliothek in einer grossen Neubausiedlung südlich von Phoenix, Arizona, mit auf und leitete sie dann: «Selbst erzkonservative Regionen, die den Staat minimieren wollen, halten öffentliche Bibliotheken für absolut notwendig und geben dafür auch Steuergelder aus.» «Out West» seien Leihbüchereien tatsächlich der einzige Ort, an dem die Bewohner der weitläufigen Vororte noch aus ihren Autos steigen und einander als Mitbürger begegnen

Die Auswahl von Büchern, gerade weil hier so unterschiedliche Geister ein- und ausgehen, bleibt ewiger Zankapfel.

können, sagt Miele: «Aber auch in Arizona reflektiert eine Bücherei gerade in ihrer Sammlung das Wesen einer Gemeinde. Ein Schwerpunkt waren christliche Werke und konservative Autoren.»

«Groton Public» beeindruckt dagegen mit einer exzellenten und stets aktuellen Auswahl an politischer und militärhistorischer Sachliteratur, die Mitglieder aus der Navy und der U-Boot-Werft anspricht. Dennoch war die Auswahl von Büchern, gerade weil hier so unterschiedliche Geister ein- und ausgehen, ein ewiger Zankapfel. Und weil Public Libraries hierzulande so viel mehr bieten als wohlsortierte Regale, sorgen auch Veranstaltungen etwa zum Waffenrecht, Klimawandel und natürlich Genderfragen immer schon zuverlässig für Kritik.

Aber Miele hat ihren Humor bewahrt und lacht, wenn sie das Offenkundige ausspricht. Es seien doch gerade Verbote oder Debatten darüber, die Menschen erst recht auf ein Buch oder einen Film neugierig machten: «Deshalb haben wir zum Thema «Verbannete Bücher» eine Glasvitrine gestaltet, deren Scheiben mit Papier ausgeschlagen war.» «Verbotene» Klassiker – die Liste umfasst Orwells «1984», aber auch Ray Bradburys «Fahrenheit 451» oder Mark Twains «Huck Finn» – waren nur durch kleine Gucklöcher zu sehen. Zur «Banned Books Week» lief im letzten September die kurze, 2023 für einen «Oscar» nominierte Dokumentation «The ABCs of Book Banning» der namhaften Produzentin und Dokumentarfilmen Sheila Nevins.

Anderen helfen

Dabei verbringt Miele – und auch damit scheint sie repräsentativ – nur einen kleinen Teil ihres Arbeitstages zwischen den Regalen: «Ich mache meinen Job eigentlich vor allem, weil ich anderen helfen will.» Das mag hochtrabend tönen, aber die studierte Bibliothekarin erscheint nicht allein nachdenklich und hoherfahren, sondern auch bodenständig. Denn seit einigen Jahren halten Leihbüchereien auch Fachtitel wie «Palaces for the People» von Eric Klinenberg vor. Der Soziologe untersucht in Anspielung auf Carnegies Parole die zunehmende Bedeutung öffentlicher Büchereien als Knotenpunkte kommunalen Lebens.

In Groton geben Sozialhelfer oder Polizeibeamte Mitgliedern Gelegenheit zum vertraulichen Gespräch auf neutralem Boden. Sprachkurse für Immigranten und Beratung bei der Berufswahl oder der Steuererklärung sind selbstverständlich. Neuerdings können Bürger hier Pässe beantragen oder erneuern. Muss

die Post Ämter schliessen und Angebote reduzieren, stehen in «Groton Public» für ein paar Cents pro Blatt Kopiermaschinen und Drucker bereit. Anderorts bieten Bibliotheken «Maker Spaces» mit Nähmaschinen, 3-D-Druckern und Technik für Video- und Audioproduktionen oder kleine Cafés.

Letzte Bastion

Angesichts der horrenden Kosten für Tagesstätten finden Eltern oder ältere Angehörige mit Vorschulkindern überall in den USA in Leihbüchereien nicht allein eine Fülle von altersgemässen Büchern und Spielen, sondern auch Freiwillige, die zur «Story-Time» Geschichten vorlesen oder erzählen. Letztlich verwenden Miele und ihr Team viel Zeit einfach nur auf Ansprache. Dafür kommen Obdachlose ebenso in den einstöckigen Ziegelbau wie einsame Senioren oder Scharen von Kindern, die nach Schulschluss zunächst keine andere Bleibe haben: «Wir merken hier eben, dass viele Leute kaum noch Möglichkeiten zum Reden haben.» Und dieser Austausch nehme nicht selten die Form von «Dampfablassen» an, sagt Miele. Der Vergleich mit den Dekompressionskammern der ein paar Kilometer weiter fabrizierten U-Booten liegt nahe. Oft sei die Kundschaft von Social Media aufgewiegt worden, stellt Miele fest: «Aber wo können sie das sonst noch loswerden?»

So wird jenseits der neueren, organisierten Bemühungen etwa der «Moms for Liberty» deutlich, dass gesellschaftliche Konflikte immer schon – und von der ursprünglichen Anlage her – zum Alltag öffentlicher Leihbibliotheken in den USA gehörten. Dabei erlebt das Land heute eine besonders dramatische Aufwallung konservativer Agitation. Doch bereits der triumphale Wahlsieg von Ronald Reagan 1980 und der «Patriot Act» nach 9/11 im Jahr 2001 trugen Zensur und Überwachung in die Mauern der «Bürger-Paläste». Womöglich erklärt diese lange Geschichte Mieles Gelassenheit – wobei sie nachdrücklich die Haltung des Gemeinderats und des Gouverneurs würdigt, die bei Rufen nach Buchverboten nicht einknicken: «Grae die Kommune steht hinter uns.» So wird «Groton Public» im Oktober erneut die «Banned Books Week» begehen, sagt Miele und setzt hinzu: «Kissing Girls on Shabbat» steht weiterhin in den Regalen. ■

<https://bannedbooksweek.org/about/>

Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jüdische Medien und lebt in Connecticut.



Mobbing im grossen Stil



Was steckt hinter dem Erlass des neuen US-Präsidenten für die Erziehung an den öffentlichen Schulen Amerikas?

Die New York Public Library in Midtown Manhattan ist seit Gründung Integrationsort vieler Immigranten geworden – und wird von der neuen US-Regierung nun sanktioniert.

Von Andrew Feinstein

Was glaubt Donald Trump? Diese Frage treibt die Presse und politisch engagierte Amerikaner stärker um denn je. Trump hat bislang kein Opus vorgelegt, in dem er seine Philosophie darlegt. Dennoch hat er nun wesentliche Elemente seiner Weltanschauung publik gemacht. Damit ist eine Executive Order mit dem Titel «Ending Radical Indoctrination in K-12 Schooling» (Beendigung der radikalen Indoktrination an Schulen) angesprochen, die er am 29. Januar erlassen hat. Das Papier bietet jedoch weniger Auskunft über Trumps Vorstellungen einer idealen Gesellschaft, sondern eine grundsätzliche Absage an die über Generationen entwickelten Rahmenlinien und Inhalte der Erziehung an öffentlichen Schulen in Amerika.

Das Dokument nimmt zwei Zielscheiben ins Visier und geht einerseits gegen Initiativen für Vielfalt, Gleichstellung und Inklusion (DEI) vor. Diese fassten in vielen Gesellschaftsbereichen vor allem als Reaktion auf Urteile des Obersten Gerichtshofs Fuss, die Gesetze im Zug der Bürgerrechtsbewegung aufgehoben hatten. Unter dem technischen Term «Affirmative Action» hatten diese bestimmten historisch benachteiligten Gruppen – angefangen bei den Schwarzen – gezielte Förderungen bei Bildung und Beruf geboten. Zudem attackiert der Erlass die Akzeptanz und das Entgegenkommen gegenüber Personen, die sich über ihr Geschlecht und ihre Geschlechtsidentität nicht sicher sind. In beiden Fällen will Trump Bundesmittel für alle Schulen streichen, die DEI fördern oder Geschlechterfluidität berücksichtigen.

Recht der Eltern

Der Executive Order zufolge soll öffentliche Erziehung vielmehr «patriotische Bewunderung für unsere unglaubliche Nation wecken» und eine angebliche Indoktrination von Kindern mit «radikalen, antiame-

rikanischen Ideologien» beenden. Der Erlass spielt mit den uralten Reizthemen Geschlecht und Rasse und behauptet: «Unschuldige Kinder werden gezwungen, sich allein aufgrund ihrer Hautfarbe und anderer unveränderlicher Merkmale als Opfer oder Unterdrücker zu identifizieren. In anderen Fällen werden junge Männer und Frauen dazu gebracht, sich zu fragen, ob sie im falschen Körper geboren wurden.» All dies wird als Angriff auf die elterliche Autorität dargestellt.

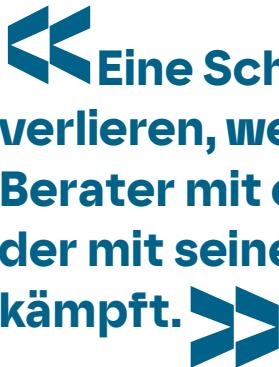
Das Recht der Eltern, zu kontrollieren, was ihre Kinder in der Schule lernen, ist zu einem Hauptanliegen der Rechten geworden. Gruppen wie «Moms For Liberty» wollen öffentlichen Schulen ihren ideologischen Stempel aufdrücken und vorschreiben, welche Bücher gelesen und welche Fächer studiert werden. Konservative lehnen zudem Beratungsprogramme für psychische Probleme der Schuljugend ab. Die Executive Order definiert eine «Discriminatory Equity Ideology» (ein Wortspiel auf DEI) als Feindbild. Diese Ideologie strebt angeblich an, dass «eine Person aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer Nationalität Verantwortung trägt und Schuld, Angst oder andere Formen psychischer Belastungen empfinden sollte aufgrund von (...) Handlungen, die in der Vergangenheit von anderen Angehörigen derselben Rasse, Hautfarbe, desselben Geschlechts oder derselben Nationalität begangen wurden, ohne dass die Person daran beteiligt war.»

Bollwerk gegen Wiederholung

Zudem transportiert diese «diskriminierende Ideologie» angeblich die Überzeugung, dass «Tugenden wie Leistung, Exzellenz, harte Arbeit, Fairness, Neutralität, Objektivität und Rassenblindheit rassistisch oder sexistisch sind oder von Angehörigen einer bestimmten Rasse, Hautfarbe, eines bestimmten Geschlechts oder einer bestimmten Nationalität geschaffen wurden, um Angehörige einer anderen Rasse, Hautfarbe, eines anderen Geschlechts oder einer anderen Nationalität zu unterdrücken.» Weiters wollen die Vertreter dieser Ideologie angeblich der Schuljugend eintrichten, dass «die Vereinigten Staaten grundsätzlich rassistisch, sexistisch oder diskriminierend sind».

In diesem Sinne betreibt die Executive Order eine grundlegende Umschreibung der amerikanischen Geschichte. Das klare Gegenbeispiel sind die letzten sechzig Jahre der deutschen Gesellschaft, in denen die Verbrechen der Nazizeit gelehrt, erinnert und als Bollwerk gegen ihre Wiederholung verwendet werden. Im amerikanischen Kontext würden die Vermittlung der Übel der Sklaverei, der brutalen Reaktion des Südens auf die Bürgerrechtsbewegung, die Unterbringung japanischstämmiger Amerikaner in Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkriegs und die Tatsache, dass die Verfassung versklavte Menschen zunächst als Eigentum und nicht als menschliche Wesen behandelte, sämtlich als «diskriminierende Gleichheitsideologie» untersagt werden.

Die Order definiert demgegenüber eine «patriotischen Erziehung» mit vier Elementen: 1. «Eine Darstellung der Gründungs- und fundamentalen

**Eine Schule kann Bundesmittel verlieren, wenn ein dort angestellter Berater mit einem Schüler spricht, der mit seiner sexuellen Identität kämpft.**

Prinzipien Amerikas, die genau, ehrlich, einigend, inspirierend ist und den Charakter der Schuljugend veredelt.» 2. «Eine leicht nachvollziehbare Aufarbeitung der bewundernswerten Annäherung der USA an ihre edlen Prinzipien im Lauf der Geschichte.» 3. «Das Konzept, dass das Engagement für Amerikas Bestrebungen nützlich und gerechtfertigt ist», und 4. «das Konzept, dass die Grossartigkeit und die Geschichte Amerikas es verdient haben, gefeiert zu werden.»

Diese Sprache geht weit über eine Beschönigung von aus rechter Sicht unliebsamen Tatsachen hinaus. Da die Executive Order lokalen Schulen, die eine «diskriminierende Gleichheitsideologie» fördern oder keine patriotische Erziehung lehren, Bundesmittel streicht, zwingt sie Lehrer zum Lügen. Sicherlich gibt es viele historische Beispiele für «edle und wohltätige Handlungen» Amerikas. So haben die USA seit dem Februar 2022 enorme Mittel aufgewendet, um die Unabhängigkeit und nationale Souveränität der Ukraine gegen den brutalen Expansionismus Russlands zu schützen. Aber es gibt auch zahlreiche Beispiele dafür, dass Amerika auf beklagenswerte Weise gehandelt hat. Sind wir unfähig, aus den Fehlern unserer Vergangenheit zu lernen, können wir unseren «edlen Prinzipien» nicht näher kommen.

Unumstößliche Realität

Die Executive Order zielt nicht nur auf die Bestrafung eines tatsachengetreuen Geschichtsunterrichtes ab, sondern schliesst sämtliche Fragen der Geschlechtsidentität aus. Die Order übernimmt eine christlich-konservativ getönte, politische Definition, wonach es «die Politik der Vereinigten Staaten ist, zwei Geschlechter anzuerkennen, männlich und weiblich. Diese Geschlechter sind nichtveränderlich und basieren auf einer grundlegenden und unumstößlichen Realität.» So werden Schulen Bundesmittel verwehrt, die einen «sozialen Übergang» fördern. Dies wird spezifisch definiert als «der Prozess der Annahme einer Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmarkierung, die sich vom Geschlecht einer Person unterscheidet. Dieser Prozess kann psychologische oder psychiatrische Beratung oder Behandlung durch einen Schulberater oder einen anderen Anbieter umfassen; den Namen einer Person zu ändern (...), ein Kind als <nichtbinär> zu bezeichnen (...) und an Schulsport-Wettbewerben teilzunehmen (...) die speziell für Personen des anderen Geschlechts gedacht sind.»

Kurz gesagt: eine Schule kann Bundesmittel verlieren, wenn ein dort angestellter Berater mit einem Schüler spricht, der mit seiner sexuellen Identität kämpft. Mit einem Federstrich versucht Trump, alle Qualen, Sorgen und Fragen bezüglich des eigenen Geschlechts abzuschaffen. Die Executive Order geht über die Abschaffung der Geschichte hinaus und gibt vor, Zweifel, Befangenheit und persönliche Gedanken abzuschaffen.

Die Executive Order kann daher als eine Übung in Gedankenkontrolle betrachtet werden. Die Geschichte ist übersät mit Beispielen für versuchte Gedankenkontrolle durch Autokraten. Die gute Nachricht ist, dass keine dieser Massnahmen die Zeit überdauert hat. Die schlechte Nachricht ist, dass die kurzfristig verursachten Todesfälle und Leiden extrem sein können. Obwohl es George Orwell gelungen ist, seinen Namen mit diesem Konzept in Verbindung zu bringen, liegt eine umfangreiche Literatur über die Beziehung zwischen Gedankenkontrolle und Autoritarismus vor.

Angst vor Invasion

So sind historische Beispiele für Beziehungen zwischen einer oft wiederholten «grossen Lüge» und Tyrannie gut dokumentiert. Die interessantere Frage ist, wie es zu autokratischen Systemen kam. Tyrannie, ob im klassischen Rom, der Sowjetunion oder im nationalsozialistischen Deutschland, entstand nicht durch eine Invasion von aussen. Sie entsprang vielmehr einer freiwilligen Zustimmung eines beträchtlichen Teils von Gesellschaften. Menschen sind im Allgemeinen nicht bereit, ihre Rechte und Freiheiten aufzugeben. Sie können dazu gebracht werden, dies für eine «höhere Sache» zu tun. Derartige Ziele oder Ideale entstehen jedoch nicht von selbst. Sie werden geschaffen. Kriege sind natürlich ein klassisches Instrument, um Bevölkerungen zur Aufgabe ihrer Rechte und Freiheiten zu bewegen. Auch die Ängste vor einer Invasion oder einer «Überflutung durch Ausländerhorden» sind bewährte Mittel zur Manipulation breiter Schichten in die Aufgabe ihrer Freiheiten. Eine weitere, altbekannte Strategie liegt darin, Teile der Gesellschaft zum inneren Feind zu erklären.

Trumps Erlass postuliert eine bestimmte Sichtweise von Normalität und verteuft Menschen mit an-

deren Sichtweisen, sei es in Bezug auf Vielfalt oder Identität, sei es in Bezug auf Rasse oder Geschlecht. Unter dieser Anweisung ist es also nicht nur in Ordnung, rassistisch zu sein, sondern es ist bedauerlich, anti-rassistisch zu sein. Hitler ging strategisch vor, als er Juden, Behinderte, Kommunisten und Zigeuner zum inneren Feind machte. Trump geht weitaus aggressiver vor, wenn er mit Anhängern der Demokraten bis zur Hälfte der amerikanischen Gesellschaft zum inneren Feind erklärt. Es ist eine dreiste Strategie. Gibt es genug Amerikaner, die bereit sind, ihre Rechte für diese Agenda aufzugeben?

Kritische Masse

Ich bezweifle es – und darin liegt Grund zur Hoffnung. Trump geht zu weit. Seine autoritären Pläne wären möglicherweise umsetzbar gewesen, wenn der Feind die «schwarzen und braunen Horden» gewesen wären, die angeblich Amerikas Südgrenze bestürmen. Große Lügen über Einwanderer, die Katzen und Hunde essen, Amerikanern die Arbeitsplätze stehlen, Gang-Mitglieder und Vergewaltiger sind, hätten bei ausreichender Wiederholung den Goebbels-Standard für eine grosse Lüge erfüllen können. Sie hätten eine kritische Masse davon überzeugen können, freiwillig einen Teil ihrer persönlichen Handlungsfähigkeit für die grössere nationale Sache aufzugeben, so künstlich diese auch sein möchte. Aber die Hälfte der Bevölkerung zu verteuft, geht wahrscheinlich zu weit.

Es gibt jedoch eine andere Erklärung für diese Übertreibung. Donald Trump ist im Grunde ein Tyrann, der mit seinem eigenen tiefen Gefühl des Mangels an Selbstwert umgeht, indem er anderen Schmerz zufügt. Sein Interesse an der Macht beruht in Wirklichkeit auf seinem Bedürfnis, andere zu beherrschen. Diese Executive Order ist ein Beispiel für solches Mobbing. Seine Lust am Sadismus ist enorm, und indem er die Hälfte der Bevölkerung zu seinem Feind macht, nährt er diese Lust.

In diesem Sinne ist die Executive Order mit dem Titel «Beendigung der radikalen Indoktrination in den K-12-Schulen» tatsächlich Mobbing im grossen Stil. Sie ist die Manifestation der Unsicherheit und Lieblosigkeit eines sehr kleinen Mannes. Dennoch ist auch ein sehr kleiner Mann mit zu viel Macht überaus gefährlich.

Andrew Feinstein ist Gründer der auf Anliegen behinderter Kinder und deren Familien spezialisierten Kanzlei «Feinstein Education Law Group» in Mystic, Connecticut. Nach einem Jus-Abschluss an der New York University hat er an der Kennedy School der Harvard University Verwaltungswissenschaften mit Schwerpunkt auf Regierungsarbeit studiert und war anschliessend Kader am US-Repräsentantenhaus in Washington. Feinstein sitzt zudem im Vorstand des «Council of Parent Attorneys and Advocates» (COPAA), lehrt an der Central Connecticut State University und ist am Temple Emanu-El in Waterford, Connecticut, aktiv.





Gebete als Grundrecht

Die Kirchen sollen mehr Macht bekommen. Donald Trump hat sich an die Spitze einer von konservativen Milliardären finanzierten Bewegung gestellt, die das öffentliche Schulwesen aushöhlen und durch privat geführte Lernanstalten ersetzen will. Der Kampf um Glauben und Bücher.

Christlicher Glaube wird in vielen amerikanischen Klassenzimmer zur neuen Bildungsdoktrin.

Von Diane Ravitch

S

chon im Wahlkampf haben Donald Trump und seine Anhänger aus seinen Zielen im Bildungsbereich kein Geheimnis gemacht. Diese sind in gleich drei Dokumenten prägnant dargelegt: in der «Agenda 47» (für seine Amtszeit als 47. US-Präsident), seinem von den Republikanern übernommenen Programm für die Präsidentschaft; dem sehr detaillierten, besser als «Project 2025» bekannten «Mandate for Leadership» der konservativen Heritage Foundation und in der von Gefolgsleuten im America First Policy Institute (AFPI) erarbeiteten Agenda. Die Texte haben gemeinsame Themen. Agenda 47 und Project 2025 schlagen dieselben Schritte zu einer radikalen Umformung des Bildungssystems vor: Abschaffung des Bildungsministeriums, das Gelder für Bundesprogramme an die Bundesstaaten überweist und die Bürgerrechte von Schülern verteidigt; Umleitung von Bundesmitteln an die Bundesstaaten zur Subventionierung des Schulgeldes an allen von den Eltern gewählten Schulen, vor allem also von religiösen Organisationen betriebenen; Aufhebung der Trennung zwischen Kirche und Staat; Beseitigung von Vorschriften zur Anerkennung von nichtbinären und Transgender-Schülern.

Dazu kommt die Abschaffung von «Head Start», dem Bundesprogramm zur Unterstützung von Vorschulkindern aus Familien mit geringem Einkommen nicht zuletzt mit nahrhaften Mahlzeiten und regelmässigen Gesundheitsuntersuchungen. Dieses ist nicht im Bildungsministerium angesiedelt, sondern im Ressort für Gesundheit. Project 2025 will neben Head Start gleich die gesamte Behörde wenn nicht abschaffen, so doch bei Fragen wie «Covid-19-Impfstoffen und Maskenpflicht» entmachten. Trump hat während seiner ersten Amtszeit zur Vermeidung der an amerikanischen Schulen grassierenden Massaker mit Feuerwaffen die Ausstattung von Lehrern mit verdeckt getragenem Schiessgerät ins Spiel gebracht. Nun will er das Recht auf Gebete an öffentlichen Schulen wiederherstellen und diese sogar als «Grundrecht» installieren. Dazu soll «eine Zertifizierungsstelle geschaffen werden, die Lehrern bescheinigt, dass sie patriotische Werte vertreten und den American Way of Life unterstützen». Wehe also jenen Pädagogen, die nicht als Patrioten zertifiziert sind.

Politische Kampfzone

Nicht alle dieser Ziele sind leicht zu erreichen. Die Republikaner bräuchten 60 Stimmen im Senat, um das Bildungsministerium abzuschaffen; sie haben

53 Sitze. Kein Demokrat wird für die Abschaffung des Ministeriums stimmen, und einige Republikaner könnten sich ihnen anschliessen. Aber selbst wenn Trumps Regierung dieses Ziel nicht erreicht, könnten seine Ministerin und von ihm bestellte Spaltenbeamte nicht nur der Behörde, sondern dem amerikanischen Bildungssystem insgesamt schweren Schaden zufügen und gleichzeitig radikale Aktivisten auf der Rechten ermächtigen.

In seiner ersten Amtszeit übergab Trump die Leitung des Bildungsministeriums an die Milliardärin Betsy DeVos, die zu diesem Zeitpunkt bereits Jahrzehnte und viele Millionen Dollar auf die Umleitung öffentlicher Gelder speziell an religiöse Privatschulen verwendet hatte. Technischer Begriff sind «Voucher» oder «Gutscheine» – an Personen gebundene Bundesmittel sollen nicht mehr an öffentliche Lernanstalten gehen, sondern an privat geführte. Dies führt logischerweise zu potenziell katastrophalen Kürzungen für die ohnehin besonders in ärmeren Regionen unterfinanzierten öffentlichen Schulen. Deren Budget hängt von lokalen Steuern ab und wird von kommunal gewählten Aufsichtsgremien verwaltet.

DeVos finanziert weiterhin politische Kampagnen von Gleichgesinnten. Nun hat Trump eine andere Milliardärin für die Position bestellt, die Unternehmerin Linda McMahon. Sie hat ihr Vermögen in der Wrestling-Unterhaltungsbranche gemacht. Nachdem Trump die Wahl 2020 verloren hatte, half McMahon bei der Gründung des AFPI. Das Institut setzt sich für «freie Schulwahl» – und damit Vouchers für Privatschulen – und den Unterricht einer «patriotischen Geschichte» gegen «rassistisch-splittenden Richtlinien und Theorien» ein, die «Amerikas Jugend mit einer antiamerikanischen Ideologie indoktrinieren».

Faktor Eltern

Die AFPI ist mit der rechten «Bewegung für Elternrechte» liiert, die zunächst gegen Covid-Massnahmen wie Maskenpflicht und Schulschliessungen mobil machte. Später warfen sich die Aktivisten auf Kampagnen für die Entfernung von Büchern über Rassismus und Sexualität aus Lehrplänen und Schulbibliotheken. Mit den «Moms for Liberty» entstand die grösste dieser «Elternrechts»-Gruppen in Florida auf Anregung von Gouverneur Ron DeSantis. Die Moms zählen trotz eines Sexskandals in der Führung mittlerweile landesweit über 100 000 Mitglieder. Die Gruppe gewann rasch an politischem Einfluss und

konnte in Florida 2022 zur Verabschiedung von Gesetzen beitragen, das den Unterricht über Sexualität, Geschlechtsidentität oder die Geschichte des Rassismus verhindern soll. Besonders bekannt wurde der als «Don't Say Gay» bekannte «Parental Rights in Education Act». Trump ist auf den letzten landesweiten Kongressen der «Moms for Liberty» aufgetreten. Die Gruppe gratulierte McMahon auf sozialen Medien umgehend zu ihrer Ernennung.

Attacke gegen Aktivisten

Das AFPI fokussiert auf angebliche Probleme des Bildungssystems und attackiert «Bildungsaktivisten» auf der Linken. Diese hätten «versucht, sachlich falsche und schädliche Lehren in die Schulen unseres Landes einzuführen» und würden dabei verdeckt vorgehen. «Volle Transparenz» so das AFPI, würde offenbaren, dass «vielen Kindern beigebracht wird, überall die weisse Vorherrschaft zu sehen; dass ihnen eingetrichtert wird, Amerika beruhe auf Rassismus; dass sie auf entwicklungsmässig nicht angemessene Weise zu Sex und Geschlechtsidentität angesprochen werden». Wüssten Eltern darüber nur Bescheid, würden sie Sturm gegen diese geistige Verseuchung ihrer Kinder laufen. Doch «die Lehrergewerkschaften und die linke Bürgerrechtsorganisation ACLU haben erbittert gegen verstärkte Transparenzmassnahmen gekämpft.» Das AFPI will daher Eltern dazu berechtigen, «alle Lehrmaterialien aller Klassen einzusehen, die ihr Kind besucht.» Die Konsequenzen bleiben unklar – die Gruppe schweigt über mögliche Kontroversen unter Eltern zu Lehrplänen.

Steuergelder umleiten

Hier wird deutlich, dass Konservative weniger an Lehrinhalten Anstoss nehmen, sondern Kritik daran als Hebel zur Umleitung von Steuergeldern von öffentlichen an religiöse Schulen benutzen – und deren eigentlicher Zweck ist eine Indoktrination nach Wunsch rechter Aktivisten. Wenn das AFPI sagt, es wolle «ehrlichen Unterricht über die amerikanische Geschichte an unseren Schulen, keine politische Agenda», dann sollen damit Kinder vor beschämenden Aspekten der Vergangenheit ihres Landes abgeschirmt werden, etwa von Lynchmorden, gezielten Morden an Bürgerrechtler, Rassentrennung, ungleicher Justiz und der Verweigerung des Wahlrechts. (Das beste Beispiel der Gruppe für «radikales politisches Engagement, das als «Journalismus» getarnt

Später warfen sich die Aktivisten auf Kampagnen für die Entfernung von Büchern über Rassismus und Sexualität aus Lehrplänen und Schulbibliotheken.

ist» ist das von Nikole Hannah-Jones geleitete «1619 Project» der «New York Times», das die Erfahrungen der Schwarzen in den Mittelpunkt der US-Geschichte stellt und das zahlreiche Schulen in ihren Lehrplan aufgenommen haben.)

Das AFPI ist überzeugt, dass eine «akkurate» Geschichtsschreibung «patriotische» Bürger hervorbringt. Erfahren Schüler «die wahre Geschichte» über die Gründung unserer Nation, so die Gruppe: «werden sie stolz darauf sein, Amerikaner zu sein, und ihre Freiheiten und die Bedeutung ihrer Verteidigung höher schätzen». Trump seinerseits scheint eher überzeugt, dass die amerikanischen Bürger umso patriotischer sind, je weniger sie über die Vergangenheit des Landes wissen. Eine seiner letzten Amtshandlungen als Präsident im Jahr 2020 war die Einrichtung einer «1776-Kommission», die als direkte Reaktion auf das 1619-Projekt einen «patriotischen Lehrplan» verfassen sollte. Eine der ersten Amtshandlungen Joe Bidens als Präsident war die Auflösung dieser Kommission.

Diskriminierungen

Trump und McMahon werden das Bildungsministerium zumindest mit Kadern auf der Linie des AFPI und der Heritage Foundation besetzen. Das Büro für Bürgerrechte dürfte energisch gegen Schulbezirke wegen der «Diskrimierung» von weissen und männlichen Jugendlichen, der Betonung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion oder der Zulassung von Transgender-Lernenden für Sportarten vorgehen – sogar bei Schach, Tanzen und Darts. Die Benachteiligung oder die weithin übliche, unangemessen scharfe Disziplinierung farbiger Schülerinnen und Schüler ist dagegen ebenso wenig ein Thema für Konservative wie die Streichung von zweisprachigen Lernprogrammen für Immigrantenkinder. All dies wird Lehrer einschüchtern, die ihre Schüler gleich behandeln und ihre Fächer objektiv unterrichten wollen.

Kolonialzeit

Ein Argument für öffentliche Schulen war stets, dass Jugendliche jeder Herkunft dort gemeinsam mit Klassenkameraden aus anderen Verhältnissen lernen. Die Hoffnung war, dass Schulen Kinder unterschiedlicher Religionen, Ethnien und Rassen in einer gemeinsamen Kultur aufziehen würden. Doch genau das lehnt die Elternrechtsbewegung ab. Sie bevorzugt implizit eine weisse und christliche Kultur und propagiert eine traditionelle Geschichtsschreibung mit einem Fokus auf «grosse» weisse Männer. Insgesamt will die von rechten Geldgebern wie DeVos finanzierte Bewegung die Bildung vollständig von Bundes- und Landesregierungen zurück an Familien und Glaubensorganisationen geben – und damit Zustände der Kolonialzeit wiederherstellen. Trump hat sich diese Ziele in Reden oder seiner Agenda 47 zu eigen gemacht.

Eine besondere Leidenschaft der Rechten und ihres Präsidenten ist die Sexualität. Trump verspricht, «Joe Bidens barbarische *gender-affirmative* Politik sofort rückgängig zu machen». Er will «alle Bundes-

behörden, einschliesslich des Bildungsministeriums, zur Einstellung sämtlicher Programme anweisen, die das Konzept von Sex und Geschlechtsumwandlung in jedem Alter fördern.» Neben diesen «Elternrechten» sollen Bundesmittel für öffentliche Schulen gekürzt werden, die «kritische Rassentheorie, radikale Genderideologie und andere unangemessene rassistische, sexuelle oder politische Inhalte» fördern.

Noch radikaler ist jedoch die von Trump betriebene Umlenkung von Bundesmitteln für Gliedstaaten direkt an Eltern. Dadurch würden öffentlichen Schulen ganz unabhängig von ihren jeweiligen Lehrplänen noch weniger Mittel denn je zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung stellt nur etwa zehn Prozent des Budgets der öffentlichen Schulen. Gleichwohl hätte deren Verlust verheerende Folgen. Er würde die Schulen unweigerlich zu Entlassungen, Reduktionen von Lehrplänen und der Vergrösserung von Klassen zwingen. Damit droht eine dramatische Aushöhlung des öffentlichen Schulwesens in den USA.

Druck über Mittel

Ein Instrument dazu ist die Umwandlung von direkt für öffentliche Schulen bestimmten Bundesmitteln zu «Block-Zuschüssen», die Bundesstaaten nach Belieben und ohne Bedingungen verwenden können. Gedacht wird dabei an Gutscheine für jede Familie unabhängig vom Einkommen, die diese dann an ihnen genehme Schulen geben würden. Project 2025 sieht die Übergabe der beiden grössten Bundesprogramme im Bildungswesen an Gliedstaaten vor: Title I verteilt Mittel an Schulen auf Grundlage des Anteils in Armut lebender Kinder und Jugendlicher; IDEA (Individuals with Disabilities Education Act) finanziert die Ausbildung von Lernenden mit Behinderungen. Project 2025 will diese Hilfen binnen zehn Jahren kappen. Anschliessend müssten Gliedstaaten und Eltern für den Unterricht lernbehinderter Kinder aufkommen. Title I war das Herzstück der Erziehungsreform von 1965 unter Präsident Lyndon B. Johnson und sollte Unterschiede zwischen wohlhabenden und ärmeren Schulbezirken ausgleichen und sozial Schwachen einen gerechteren Zugang zu Ressourcen und Bildungschancen verschaffen. Fallen diese Mittel weg, sind Bundesstaaten und Bezirke im Süden und in ländlichen Gebieten am meisten betroffen. Dort herrschte die grösste Armut – und dort leben besonders viele Trump-Wähler.

Keinerlei Beweise

Project 2025 behauptet, die Finanzierung von Privatschulen aus Steuergeldern werde die akademischen Leistungen der Schüler verbessern. Aber dafür gibt es keinerlei Beweise. Derartige Programme existieren seit mehr als drei Jahrzehnten und haben Lernenden, die mit öffentlichen Geldern von öffentlichen zu privaten Schulen wechseln, keinerlei akademische Vorteile gebracht. Jüngste Studien dazu in Louisiana, Washington D.C., Indiana und Ohio zeigen durchweg eher das Gegenteil, also rückgängige Lernerfolge. Das hat praktische Gründe. Bundesstaaten

mit derartigen Programmen verteilen unter 10 000 Dollar pro Jahr und Kind, was kaum für das Schulgeld an privaten Eliteinstitutionen ausreicht. Und diese Schulen sind kaum geneigt, Jugendliche mit schwachen Noten aufzunehmen. Die meisten Eltern werden ihre Nachkommen daher an religiösen Schulen oder günstigen Privatschulen mit niedrigeren Standards und nicht zertifiziertem Personal einschreiben.

Der Grossteil der bereits gewährten Mittel fliesst derzeit ohnehin in die Subventionierung von Schülern, die an privaten oder religiösen Schulen eingeschrieben sind. Diese Familien können sich in der Regel eine solche Schule leisten, wünschen aber obendrein staatliche Mittel. Mit anderen Worten: Staatliche Förderprogramme finanzieren letztlich wohlhabende Schüler, ignorieren aber die Bedürfnisse der öffentlichen Schulen, an denen die meisten Schüler eingeschrieben sind. Hier lässt sich also von «Sozialhilfe für die Wohlhabenden» sprechen.

Heimat und Identität

Als Beispiel für die Vorteile der Wahlfreiheit verweisen die Autoren von Project 2025 auf Arizona. Dort werden Gutscheine seit 2011 unter dem euphemistischen Namen «Empowerment Scholarship Accounts» angeboten. Zunächst auf Schüler mit Behinderungen beschränkt, erweiterte die republikanisch kontrollierte Legislative die Berechtigung schrittweise auf Lernende mit schwachen Noten an öffentlichen Schulen, Kinder von aktiven Militärangehörigen und weitere Gruppen mit besonderen Eigenschaften wie Wohnsitze in einem Indianerreservat aus. 2017 verabschiedete die Legislative ein Gesetz, das Gutscheine allgemein nicht nur für Privatschulen, sondern auch für Heimunterricht und ausserschulische Programme gewährt. Ein Jahr später gründete eine Basisgruppe von Bildungseinrichtungen die Initiative «Save Our Schools Arizona» und sammelte genügend Unterschriften für ein Referendum über das Gesetz: Das Stimmvolk lehnte die Ausweitung mit 65 zu 35 Prozent ab.

Trotz dieser eindeutigen Botschaft erweiterte der Gesetzgeber das Programm 2022 erneut. Seither kann jede Person im Schulalter unabhängig vom Familieneinkommen einen Gutschein erhalten. Im Jahr davor hatte laut dem unabhängigen «Learning Policy Institute» nur ein Prozent der 1,3 Millionen Schüler des Staates Gutscheine genutzt, um Privatschulen zu besuchen. Im ersten Jahr der allgemeinen Wahlfreiheit stieg diese Zahl um mehr als 400 Prozent auf 61.689. Das Geld geht meist an wohlhabende Eltern. Der Gliedstaat finanziert derem Nachwuchs Trampolines, Skipässe, Ninja-Warrior-Training, Kletterhallen, Kampfsporttraining, Lego-Sets, Golfausrüstung, ein 4000-Dollar-Klavier und sonstige unterhaltsame Aktivitäten. 71 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die am erweiterten Voucher-Programm teilnehmen, hatten nie eine öffentliche Schule besucht. Mit anderen Worten: Der Staat war zuvor überhaupt nicht für ihre Ausbildung aufgekommen.

Es liegt auf der Hand, warum die Voucher-Bewegung in Arizona im Laufe der Jahre nicht nur von der evangelikalen Christin DeVos finanziert wurde, son-

dern auch von säkularen Libertär-Konservativen wie Charles Koch, die primär auf eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors abzielen. Die Republikaner müssen auch erkannt haben, dass sie Anhänger unter wohlhabenden Familien gewinnen konnten, indem sie ihnen Zuschüsse zum Schulgeld ihrer Kinder an Privatschulen anboten.

Die Folgen dieser Prioritäten sind klar. Im ersten Jahr der allgemeinen Schulgeldprogramme hatte Arizona ein Haushaltsdefizit von 1,4 Milliarden Dollar. Ein erheblicher Teil ging auf die Mittel für Kinder an Privatschulen zurück, die nie eine öffentliche Lernanstalt besucht hatten. Im letzten Jahr lag der Gliedstaat bei den Mitteln pro Lernendem an öffentlichen Schulen landesweit auf Platz 48. Die öffentlichen Schulen in den einkommensschwachen Gegenden von Arizona haben mit die höchsten Klassengrößen in den USA. Das Voucher-Programm sieht jedoch kaum Rechenschaftspflicht hinsichtlich Qualität oder Unterrichtsergebnissen vor. Arizona kann den akademischen Fortschritt von öffentlich geförderten Lernenden an Privatschulen nicht verfolgen, da diese nicht zur Teilnahme an den entsprechenden staatlichen Tests verpflichtet sind. Diese Schulen brauchen keine staatliche Akkreditierung, ihr Lehrpersonal muss nicht zertifiziert sein, und sie können trotz des Bezugs von Steuergeldern staatliche Standards ignorieren.

Der Trump-Plan

Trumps Plan einer landesweiten Einführung des Arizona-Modells stellt indes keine verlorene Tradition wieder her und wird das amerikanische Bildungssystem also keineswegs «wieder gross machen». Tatsächlich bricht er damit radikal mit der von ihm und seinen Anhängern verklärten Vergangenheit. Denn öffentliche Schulen sind ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Demokratie. In der «Northwest Ordinance» von 1787 zum Bau von Städten auf neuen Territorien wurde in jedem «Township» ein Grundstück für eine öffentliche Schule reserviert. Für religiöse Schulen war in diesem Gesetz kein Platz: Die Gründerväter hatten die europäische Geschichte mit ihrer langen Liste von Religionskriegen studiert und im ersten Zusatzartikel zur Verfassung klar gestellt, dass die Glaubensfreiheit zwar geschützt sei, der Staat aber nicht die Religion finanzieren solle. Aber Trump ist offensichtlich nicht in der amerikanischen Geschichte bewandert. Er scheint Wissen ohnehin für gefährlich zu halten und erklärte 2016: «Ich liebe die Mindergebildeten.» Seine Pläne für die zweite Amtszeit garantieren eine dramatische Zunahme dieser «liebenswerten» Bevölkerung in Amerika. ■

Das Essay erschien zuerst in der «New York Review of Books».

Diane Ravitch ist eine prominente Historikerin für das amerikanische Erziehungswesen. Sie hat zuletzt das Buch «Slaying Goliath: The Passionate Resistance to Privatization and the Fight to Save America's Public Schools» publiziert und legt in diesen Tagen Memoiren vor.



In rund der Hälfte der US-Bundesstaaten werden christlich konnotierte Ideologien Teil des Bildungsprogramms.



Die Gründerväter hatten die europäische Geschichte mit ihrer langen Liste von Religionskriegen studiert und im ersten Zusatzartikel zur Verfassung klargestellt, dass die Glaubensfreiheit zwar geschützt sei, der Staat aber nicht die Religion finanzieren solle.

A photograph of a man climbing a tall stack of books. He is wearing a white t-shirt, dark blue shorts, and dark sneakers. He is leaning forward, using his hands to grip the top of a concrete ledge. The stack of books is very tall, extending from the ground up to the ledge. The background shows a white wall and some green trees.

Lesen in Freiheit

Verlage reagieren auf Buchverbote: Die Verlagsgruppe Penguin Random House agiert mit Klagen und geduldiger Öffentlichkeitsarbeit gegen Zensur in öffentlichen Büchereien und Schulen in Amerika. Task Force-Leiter Skip Dye gibt Einblicke.

Von Andreas Mink

In einer Blockhütte mit 93 Quadratmetern Nutzfläche operiert die Donnelly Library im bergigen Westen von Idaho. Davor stehen zwei Tipis nach Art der Ureinwohner, die weiter nördlich das grosse Reservat der Nez Perce betreiben. Die Zelte sollten in einer der konservativsten Gegenden der USA als Notunterkunft für populäre Nachschulprogramme für die lokale Jugend dienen. Denn wie sämtliche öffentliche und Schulbüchereien im Rocky-Mountain-Staat muss die Donnelly Library ihre 13.432 Bände umfassenden Bestände auf «obszöne und für Minderjährige schädliche Materialien» untersuchen. Dies fordert das Gesetz «House Bill 710» (HB 710), das die republikanisch geführte Legislative von Idaho im letzten Jahr verabschiedet hat. Da die Bücherei nur zwei feste Angestellte hat und HB 710 «übermäßig breit» angelegt ist, war die Institution von einer Untersuchung ihrer Bestände auf anstössige oder schädliche Inhalte überfordert.

Die Leitung sah nur den Ausweg einer Umwandlung in eine «Erwachsenenbibliothek». Minderjährige sind fortan ausgesperrt. Aber da die Bücherei – wie eigentlich alle grossen und kleinen Einrichtungen dieser Art in den USA – als Gemeindezentrum so viele andere Dienste über gratis zugänglichen Lesestoff hinaus bietet, rief die Massnahme einen Aufstand in der malerischen Region am Lake Cascade hervor. Daraus die Idee mit den Tipis. Aber der Wintereinbruch in den Rockies führte die Lösung ab absurdum.

Verlage klagen

Diese Details sind der Klage «Penguin v. Labrador» zu entnehmen, die der Grossverlag Penguin Random House gemeinsam mit fünf weiteren Häusern von Weltruf, dem Verband Authors Guild und nicht zuletzt der Donnelly Library Anfang Februar in Idaho gegen Justizminister Raúl Labrador und weitere Offizielle des Gliedstaats eingereicht hat. Die Klage wirft dem Gesetz eine Reihe von Verstössen gegen die US-Verfassung vor: die bereits zitierte «übermässige Breite» und «mangelnde Klarheit», die «Diskriminierung von Standpunkten» sowie Willkür und Unterdrückung gegenüber durch den 14. Zusatz geschützten Gruppen wie Homosexuellen. Dazu kommen laut der Klage Konflikte mit althergebrachten, deutlich enger gefassten Gesetzen gegen Obszönität.

Mit von der Partie bei «Penguin v. Labrador» sind als namentliche Kläger die Autorinnen Malinda Lo und Dashka Slater sowie David Levithan. Dieser darf mit Bestsellern wie «Every Day» (2012) als einer der erfolgreichsten Jugendautoren in den USA gelten. Dies mit einem Fokus auf Homosexualität, was ihn seit einigen Jahren zu einer prominenten Zielscheibe für Buchverbote macht. Levithan rangiert in oder nahe der Top Ten gebannter Autoren und hat der Thematik 2022 das Buch «Answers in the Pages» ge-

widmet. Der 52-Jährige greift zudem mit Medienkommentaren, im letzten Herbst aber auch durch Auftritte am «Banned Books Wagon» in die Debatte ein, wobei «verbogene» Schriftsteller für Auftritte an grossen Buchläden etwa im texanischen Austin vorausfahren. Nicht zuletzt aber wirkt der auch als Cheflektor bei Scholastic Books tätige Levithan seit über zwei Jahren an den Klagen gegen Verbote mit.

Jene gegen HB 710 in Idaho ist dafür nur das jüngste Beispiel, erklären Skip Dye und Dan Novak in Gesprächen mit *aufbau*. Dye leitet als Senior-Vizepräsident für «Bücherei-Marketing und Verkauf digitaler Formate» bei Penguin seit dem Sommer 2022 die Arbeitsgruppe «Penguin Random House Intellectual Freedom Taskforce» gegen die ausgreifenden Verbote. Der Jurist Novak ist als Rechtsberater dabei. Be merkenswert ist zudem die Kooperation der Verlage und Autoren mit der «First Amendment Clinic» an der Jus-Fakultät der renommierten Cornell University in Upstate New York. Zwei Mitglieder der Gruppe agieren in Idaho als Vertreter der Kläger.

Aktive Zivilgesellschaft

Auf Anregung von Studenten 2018 gegründet, vertieft die «Clinic» an Cornell einerseits die Ausbildung von Lernenden in Fragen rund um die im Ersten Verfassungszusatz verankerte Meinungs- und Informationsfreiheit, kooperiert aber zudem vor Gerichten mit Organisationen wie «Reporters Committee for Freedom of the Press», der Bürgerrechtsorganisation ACLU, aber auch grossen Kanzleien wie Greenberg Traurig, die mit pro-bono-Verpflichtungen gesellschaftliches Engagement demonstrieren. Dazu kommt die Unterstützung durch eine Reihe von Stiftungen, die wie die «Klarman Family Foundation» teilweise einen jüdischen Hintergrund haben. Hier wird erkennbar, dass Dye und sein Team grossen Wert auf die Bildung einer breiten Koalition von Kräften in ihrem Kampf gegen Zensur und Gängelung legen – und dieses Ziel auch erreichen.

Zusammen gesehen mit den Aktivitäten des Autorenverbandes PEN America und Bibliotheksverbänden stossen die Attacken auf den Ersten Verfassungszusatz also bereits auf einen breiten, organisierten und kompetenten Widerstand, der auf eine längerfristige Arbeit eingestellt ist. Darin liegt sicherlich ein Erfolg der Penguin-Initiative binnen relativ kurzer Zeit. Doch die Entstehung der Allianz spricht auch für die Dringlichkeit und die Wahrnehmung ihrer Anliegen weit über Verlage und einzelne Schriftstellerinnen und Schriftsteller hinaus. Wie Dye am Zoom erklärt, war das Top-Management vor drei Jahren über die steigende Zahl von Buchverböten auf lokaler Ebene alarmiert, die angefangen in Florida und dann Texas rasch die Form von Gesetzen auf Gliedstaatsebene annahmen: «Uns ging es grundsätzlich um den Schutz des Ersten Verfassungszusatzes.» Besonders bedrohlich bei den Verbotsgesetzen sei deren «Vagheit» und Interpretationsfähigkeit. Damit würden Parlamente einzelnen Schulbezirken – deren Führungspositionen werden in den USA durch Wahlen besetzt – grosse Spielräume für Ein-

griffe in Bibliotheksbestände eröffnen. Und dies erlaube letztlich Willkür.

Aber die Bannwelle betreffe zudem Angestellte des Hauses, sagt Dye: «Die leben in 49 der 50 Gliedstaaten und müssen etwa mit der Frage umgehen, ob sie bestimmte Titel überhaupt noch verkaufen dürfen.» Und natürlich stelle sich der Verlag vor seine Autoren: «Wir vertreten sie und tragen unseren Autoren gegenüber Verantwortung.» Hier fügt Novak später hinzu, dass Kreative auch persönlich unter Druck kommen und etwa immer wieder von Veranstaltungen ausgeladen werden: «Darunter sind auch Universitäten.» Stein dieses verfassungswidrigen Anstosses seien in der Regel die Themen Sexualität – und hier Titel mit Bezug auf LGBTQ+ –, sowie Rassismus als Element der amerikanischen Geschichte und Gegenwart, angefangen bei der Versklavung von Afrikanern und der Bürgerrechtsbewegung. Da Buchverbote auf lokaler Ebene willkürlich wirken, hätten Bannkampagnen nicht zuletzt eine Atmosphäre der Angst geschaffen. Und dem wollen die Penguin-Arbeitsgruppe und ihre Verbündeten entgegentreten.

Literarische DNA der USA

Die Heftigkeit der Attacken selbst auf Klassiker der amerikanischen und der Weltliteratur – um hier nur «Huckleberry Finn» und «Tom Sawyer» von Mark Twain zu nennen – hat Novak aus persönlicher Sicht zunächst überrascht: «Hierzulande wurde vor über einem Jahrzehnt die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert und damit war das Thema eigentlich in der Öffentlichkeit weitgehend abgehakt.» Womöglich seien die Buchverbote aber doch eine Gegenreaktion auf diese Errungenschaften.

Auch Dye erkennt Sexualität und Rasse, zudem aber auch eine Thematisierung von Klassenunterschieden und -konflikten als Zielscheibe der Bannbewegung. Dahinter stünden jedoch – und hier stimmt er etwa mit der Analyse der Historikerin Diane Ravitch überein (siehe deren Beitrag in dieser Ausgabe) – Bestrebungen zu einer Aushöhlung des öffentlichen Bildungswesens insgesamt und der Stärkung privater, vor allem von religiösen Institutionen geführter Schulen: «Allerdings sind die Schwerpunkte regional unterschiedlich.» So will «House Bill 324» in New Hampshire nicht allein die «Verteilung schädlicher oder obszöner Materialien» an die Schuljugend verbieten. Eltern sollen zudem das Recht auf einen offiziellen Beschwerdeprozess bei «Verstößen» bis hin zu Schadensersatzklagen gegen Lehrer und Schulen erhalten. Dies liefe auf

eine radikale und in ihren Konsequenzen kaum überschaubare Veränderung des Unterrichts hinaus, so Dye.

Öffentlichkeit und Politik

Als probates Mittel erschienen der Task Force Klagen: «Und dabei müssen wir aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten von Staat zu Staat angemessen argumentieren.» Die juristische Strategie umfasst Berufungsgerichte. So möglich, würde die Arbeitsgruppe vor Instanzen ziehen, die bei Appellen Urteile von höheren Gerichten mit grösserer regionaler Zuständigkeit auslösen könnten. Aber gleichzeitig sahen Dye und sein Team die Notwendigkeit, Öffentlichkeit und Politik direkt anzusprechen. Diese Bemühungen haben bereits zur Verabschiedung von Gesetzen zum «Schutz der Lesefreiheit» in Delaware, Maryland und New Jersey geführt. Obendrein haben einzelne der erst 2023 angestrengten Verfahren etwa in Iowa bereits Erfolge vor dortigen und Berufungsgerichten gebracht (<https://www.penguinrandomhouse.com/articles/what-were-doing-legal-action/>).

Daneben setzt die Initiative laut Dye zunehmend auf direkte Kontakte mit lokalen Gruppen und Politikern. Zentral für Penguin sei dabei ein überparteilicher Ansatz. Wie auch im Gespräch mit Novak deutlich wird, sieht die Arbeitsgruppe ihr Thema jenseits politischer Positionen als grundlegend für den Charakter und das Selbstverständnis der USA.

Unterschiedliche Verbote

Es mag taktisch klug sein, Verlage aus den immer hitzigeren Konflikten der amerikanischen Politik herauszuhalten. Aber grosse Häuser publizieren Literatur quer durch die ideologische oder kulturelle Landschaft und sind daher letztlich auch aus Geschäftsinteresse auf eine freiheitliche und übersichtliche Ordnung ihres Metiers angewiesen. Bereits von Gliedstaat zu Gliedstaat unterschiedliche Verbote würden einerseits eine immense Belastung der Unternehmen bringen, gleichzeitig aber auch die Grundfesten der Nation als «Vereinigte Staaten» erschüttern. Damit röhren die Bannkampagnen auch an die für den Erfolg der USA so grundlegende unternehmerische Freiheit. Hier hat die Initiative Argumente, die Menschen und Politiker aus allen Lagern gleichermaßen ansprechen. Laut Dye sind derartige Kontakte und Diskussionen aufwendig und erfordern Geduld: «Aber wir finden etwa mit dem Argument quer durch die politische Landschaft Zustimmung, dass die Schuljugend und auch Erwachsene freien

**Die Heftigkeit der Attacken auf Klassiker der Weltliteratur reichen bis hin zu Huckleberry Finn und Tom Sawyer.**



Das Buch als Symbol von Freiheit und Sinnlichkeit.

Zugang zu Bildung und Lektüre benötigen, um produktiv am Berufsleben teilzunehmen.»

Global und lokal

Die Arbeitsgruppe baut aber auch auf lokale Eigenheiten wie den in New Hampshire oder Colorado besonders starken Stolz auf Eigenständigkeit und persönliche Freiheit. Nicht umsonst lautet das Motto des Neuengland-Staates «In Freiheit leben – oder sterben», und die Tea Party machte sich den Slogan von Rebellen gegen die britische Obrigkeit in den Kolonien zu eigen: «Don't Tread on Me» – «Unterdrück' mich nicht». So konnten Dye und seine Verbündeten in Colorado jüngst bei der Verabschiedung eines «Freedom to Read»-Gesetzes für öffentliche Büchereien helfen: «Die Einbeziehung von Schulen hat nicht geklappt. Aber da bleiben wir dran.» Dies immer mit einer klaren Perspektive: «Unsere Ziele sind und bleiben die Lese- und Schreibfähigkeit im Lande, die Schaffung eines starken Gemeinschaftsgefühls und die Bildung der erwerbstätigen Bevölkerung. Unser Leitgedanke bleibt der Schutz des Ersten Verfassungszusatzes.»

Ein Spaziergang ist dies freilich nicht. Dye macht deutlich, dass die Arbeit der Penguin-Gruppe Geduld verlangt. Aber die positive Resonanz aus der Gesellschaft scheint die Task Force zu ermutigen. Dazu gehören lokale Gruppen wie die von Bücherei-Angestellten gegründeten «Texas Freedom Fighters» (<https://www.txfreedomfighters.us/>). Penguin hat eine eigene Webseite mit Informationen und Kontakten für den Kampf gegen Buchverbote geschaffen, etwa mit der Aufforderung «Read Banned Books» Online-Ressourcen mit Argumenten für den Gebrauch in Familie, Bekanntenkreis und Gemeinden (<https://www.penguinrandomhouse.com/banned-books/>). Dazu gehört eine lange Liste gebannter Titel mit jeweils einer kurzen Beschreibung von Inhalt und Verfasser sowie Kritiken oder Würdigungen (<https://www.penguinrandomhouse.com/book-resumes>).

Auch hier herrscht ein sachlicher, informativer und politischer Polemik abholder Ton. Dye pflegt die-

se Haltung im Zoom. Aber am Ende wird der langerfahrene Verlagsmann doch emotional. Damit gerade junge Menschen Bücher lesen und zu mündigen Bürgern heranwachsen könnten, müssten sie sich auch in der Literatur sehen, sich angesprochen fühlen und gleichzeitig über die eigenen Grenzen hinausgehen können. Denn eigentlich ginge es darum: «Wer in eine ehrwürdige Institution wie die 1891 gegründete «Free Library of Philadelphia» tritt, der kann doch nur an die Worte Benjamin Franklins denken.» Der Gründervater (1706–90) hatte 1731 die erste Leihbücherei in den späteren USA gegründet. Dies aus der Überzeugung, zitiert Dye: «Eine Bücherei ist der einzige Ort, an dem Menschen jeder Klasse oder Profession gleichermassen durch die Türen schreiten und die gleiche Möglichkeit zu Bildung und Vorankommen finden können.»

Die verbotenen Klassiker

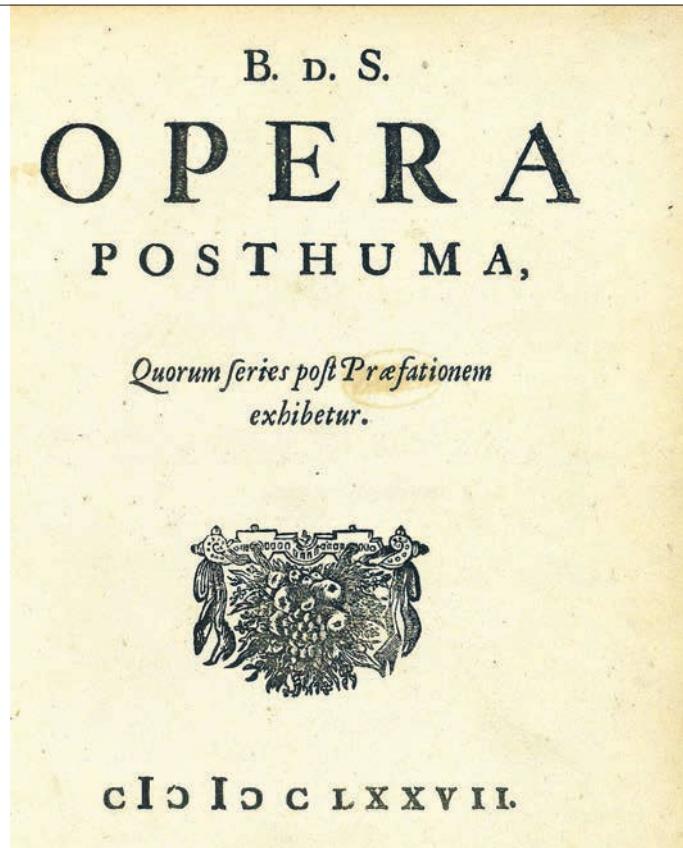
Gerade deshalb wird bei einem Blick auf heute in Amerika verbotene Bücher selbst nach einer intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik noch einmal der Wahnwitz der Verbotskampagne deutlich. Wer in Reichweite von Literatur aufgewachsen ist und/oder lebt, wird es letztlich doch nicht fassen können, dass Werke von Toni Morrison, «Maus» von Art Spiegelman, «Game of Thrones» von George R. R. Martin, die Grafikversion des «Tagebuch der Anne Frank» von Ari Folman und David Polonsky, «Animal Farm» von George Orwell und so viele hunderte und tausende Titel mehr hier und heute in öffentlichen und Schulbibliotheken nicht mehr in Regalen oder Datenbanken verfügbar sind. Es bleibt zu hoffen, dass breite Kreise in Amerika diese Fassungslosigkeit teilen und damit über kurz oder lang zu einem Erfolg der Kampagne für Meinungs- und Informationsfreiheit beitragen. Sonst muss das junge Publikum der Donnelly Library womöglich noch weitere Winter in Tipis zittern. ■

Andreas Mink ist US-Korrespondent der JM Jüdische Medien AG und lebt in Connecticut.

Von Bds zu BDS

Von Emile Schrijver

Was hat der Philosoph Spinoza
mit Israelboykotten zu tun?
Eine Genese vom Bann zur Verbannung.



Deckblatt von Baruch de Spinozas Opera.

S

Sowohl die lateinische als auch die niederländische Erstausgabe der posthumen Werke des sephardischen Philosophen Baruch Spinoza (1632–1677) aus Amsterdam wurden sehr kurz nach seinem Tod, noch im Jahr 1677, veröffentlicht. Dazu gehörte unter anderem sein berühmtes Werk «Ethica». Interessanterweise wird der vollständige Name des Philosophen auf den Titelseiten nicht erwähnt. Stattdessen wird er als B.d.S. oder Benedictus de Spinoza bezeichnet. Es ist nicht ganz klar, warum der christliche Verleger zu dieser Entscheidung kam, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass der Inhalt von Spinozas philosophischen Schriften dafür ausschlaggebend war. Es ist bekannt, dass Spinozas Ideen auf heftigen Widerstand stiessen, und die Verwendung der Abkürzung wird ein gewisses Mass an Anonymität ermöglicht haben, damit das Buch nicht zu viel unerwünschte negative Aufmerksamkeit auf sich zog.

Popstar der frühen Neuzeit

Es gibt eine ganze Bibliothek über Spinozas Werke und seinen enormen, grösstenteils posthumen Einfluss auf die Moderne. Dem britischen Historiker Jonathan Israel folgend wird er oft als der erste Gelehrte der

Aufklärung bezeichnet. Dieser historische Popstar-Status steht im Gegensatz zu der Art und Weise, wie die portugiesisch-jüdische Gemeinde von Amsterdam ihn sah. Obwohl er ein Schüler der führenden rabbinischen Autoritäten der 1639 gegründeten Religionsgemeinschaft Talmud Thora war, stiess sein radikales Denken, das die Existenz Gottes und der Schöpfung in Frage stellte und ablehnte, auf enorme Ablehnung. Am 27. Juli 1656 wurde er schliesslich aufgefordert, vor dem Bet Din, dem rabbinischen Gericht der Gemeinde, zu erscheinen, und wurde exkommuniziert.

Fast jede Generation hat sich gefragt, ob Spinozas Exkommunikation, die nie aufgehoben wurde, tatsächlich noch gerechtfertigt ist und ob sie nicht rückgängig gemacht werden sollte. Amos Oz' Grossvater Josef Klausner hatte dies bereits einmal versucht und die Exkommunikation sogar öffentlich abgelehnt, und David ben Gurion vertrat in den 1950er Jahren eine ähnliche Meinung. Schliesslich war es die Amsterdamer Journalistin und Forscherin Ronit Palache, die einer der ältesten portugiesisch-jüdischen Familien Amsterdams angehört, die den Oberrabbiner der portugiesischen Gemeinde in einem Schreiben fragte, ob es nicht an der Zeit sei, Spinoza zu rehabilitieren, den viele Niederländer als den grössten Intellektuellen ihrer Geschichte betrachten. Dies führte zu einer öffentlichen Veranstaltung im Dezember 2015, bei der Pinchas Toledano, Haham (Oberrabbiner) der Gemeinde, anwesend war und erklärte, dass er keine halachischen Möglichkeiten habe, Spinoza zu rehabilitieren. Als religiöses Oberhaupt sah er auch keinen Grund, eine solche Rehabilitierung zu rechtfertigen. Spinoza leugnete die Existenz Gottes und die Schöpfung, und von einer religiösen Gemeinschaft könne nicht erwartet werden, dass sie sich dem anschliesse. Abgesehen davon kann eine Exkommunikation laut Haham Toledano nur zu Lebzeiten einer exkom-

munizierten Person rückgängig gemacht werden, nachdem diese sich auch öffentlich für ihr Verhalten entschuldigt hat. Spinoza, der auch nicht auf einem jüdischen Friedhof beigesetzt wurde, hat dies offenbar nie in Betracht gezogen.

Neu aufgerollt

Im Dezember 2021 wurde Spinoza erneut zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion, nachdem der damalige Rabbiner der sephardischen Gemeinde in Amsterdam einen internationalen Aufruhr verursachte, indem er einen amerikanischen Gelehrten, der darum gebeten hatte, auf dem Gelände der Synagoge einen Dokumentarfilm über Spinoza zu drehen, zur persona non grata erklärte. Der Rabbiner berief sich auf das jahrhundertealte Verbot, wurde jedoch von der Laienführung der Gemeinde und dem Autor dieses Aufsatzes in seiner Eigenschaft als Generaldirektor des Jüdischen Kulturviertels in Amsterdam überstimmt. Es wurde eine Entschuldigung ausgesprochen, der amerikanische Professor wurde eingeladen, die Gemeinde zu besuchen und den Dokumentarfilm zu drehen, und nicht allzu lange danach trennten sich die Wege der Gemeinde und des Rabbiners.

Insbesondere die jüngste Kontroverse, die manchmal als Spinozagate bezeichnet wird und in der internationalen Presse grosse Beachtung fand, zeigt, dass in Fragen des Geistes sehr viel auf dem Spiel stehen kann. Bei den jüdischen Kontroversen um Spinoza geht es um interne Belange, um die Kontrolle von Ideen und um die Wahrung der Tradition. Und es geht um die Zensur von Ideen, sowohl intern als auch extern.

In der christlichen Welt sahen sich Juden über Jahrhunderte hinweg gezwungen, sich mit externer Zensur auseinanderzusetzen, die oft eine Bedrohung für ihre blosse Existenz als Volk darstellte. Im Mittelalter wollte die kirchliche Zensur das Christentum vor angeblicher jüdischer Blasphemie schützen. Man glaubte, dass Juden Christus, die Jungfrau Maria, die Heiligen und christliche Nationen lästerten. Erzählende Abschnitte des Talmud, auch solche ohne Bezug zum Christentum, wurden als böse angesehen, ebenso wie die Gesetze des Talmud. Kürzlich wurde sogar behauptet, dass sich Zensoren in Zeiten ideo-logischen Drucks als selbsternannte Reformer des Judentums hervorgetan hätten. Die «Reinigung» des Judentums zielte darauf ab, die Bekehrung von Juden zum Christentum zu unterstützen.

Antitalmudische Haltung

Der wichtigste Ausdruck der mittelalterlichen kirchlichen Aggression gegenüber dem Talmud war die öffentliche Verbrennung tausender Manuskripte in Paris im Jahr 1240. 1264 erneuerte Clemens IV. ein Verbot des Talmud. Diese Politik wurde vom Konzil von Basel fortgesetzt, das den Talmud 1431 verbot. Im Heiligen Römischen Reich leitete der konvertierte Jude Johann Pfefferkorn 1509 eine Kampagne zur Vernichtung des Talmud ein, die jedoch – dank des Einflusses des Humanisten Johann Reuchlin (1455–1522) – nur in sehr geringem Umfang umgesetzt wurde.



Aktivisten der BDS-Bewegung bei einer Kundgebung im Nachgang zum 7. Oktober.

1520 erlaubte der tolerante Papst Leo X. (1513–1521) den Druck des Talmud. Diese Politik wurde jedoch von Julius III. (1550–1555) umgekehrt, der 1553 die Verbrennung des Talmud anordnete. Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts inspizierten christliche Zensoren in Italien, von denen die meisten konvertierte Juden waren, hebräische Bücher, signierten sie und strichen oft umstrittene Passagen. Von den Juden wurde erwartet, dass sie für diese Dienste bezahlten.

Die antitalmudische Haltung hatte einen direkten Einfluss auf den Text der frühen modernen Ausgaben des Talmud. In den meisten Ausgaben änderten die Verleger den Text so, dass er die kirchlichen Institutionen nicht beleidigte und die Exemplare nicht beschlagnahm wurden. Solche Änderungen werden nicht angegeben und sind oft sogar in modernen Standardausgaben des Talmud zu finden. Ein extremer Fall von Zensur ist die Basler Ausgabe, die zwischen 1578 und 1580 bei Ambrosio Froben gedruckt wurde. Es handelt sich dabei um die vielleicht am stärksten zensierte Ausgabe des Talmud aller Zeiten. Die Herausgeber mussten das Traktat Avodah Zarah über Götzendienst vollständig weglassen, und die einzelnen Bände tragen auf den ansonsten hebräischen Titelseiten einen lateinischen Vermerk, der besagt, dass der Text «gereinigt» wurde.

Anbindung an die Moderne

Texte enthalten Ideen, die mit Hilfe von Sprache formuliert werden, und sind als solche für jeden politischen Diskurs von wesentlicher Bedeutung. Hier kommt der Hinweis auf BDS mit einem grossen D ins Spiel, wie er im Titel dieses Aufsatzes erwähnt wird. BDS ist ein Hinweis auf die propalästinensische Aktivistenbewegung, die Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel befürwortet. Es ist zugleich ein interessantes Experiment, einen Moment lang über die aktuelle politische Debatte über Israel und die Juden aus sprachlicher Hinsicht und in Bezug auf die Meinungsfreiheit nachzudenken. Seit dem 7. Oktober 2023 und eigentlich schon geraume Zeit davor werden Juden in der Diaspora ständig aufgefordert, sich zu Israel zu äussern. Es ist,



als müssten sie ihre Meinung mitteilen, als gäbe es keinen anderen Weg, obwohl die grosse Mehrheit in Israel nicht wählen kann und nie dort gelebt hat. Diese im Prinzip völlig private Meinung wird dann abgewogen, beurteilt, und man wird sofort als links oder rechts, dafür oder dagegen und schliesslich als gut oder schlecht oder sogar böse oder als Feind identifiziert. Warum ist das notwendig? Es ist fast unmöglich, den sehr intelligenten Standpunkt zu vertreten, dass man zwischen den Handlungen der nationalen Regierung und einer Diskussion über die Existenz des jüdischen Staates unterscheiden sollte. Es ist sehr wohl möglich, Israel zu kritisieren und es sehr zu lieben und sich sicherlich zu weigern, auch nur eine Diskussion über die Rechtmäßigkeit seiner Existenz zu beginnen.

Abseits politischer Debatten kann man die BDS-Bewegung aus einer historischen Perspektive als Versuch sehen, den Staat Israel ins Visier zu nehmen, und, nach Ansicht vieler, auch «die Juden» als Gruppe. Dabei kommt mir ein bedeutender Moment in der Geschichte des europäischen Antisemitismus in den Sinn. Der Judenhass ist viel älter, aber der Begriff «Antisemitismus» wurde erst weitläufig verwendet, als der deutsche radikale Denker Wilhelm Marr (1819–1904) ihn zu verwenden begann, wahrscheinlich als eine subtilere pseudowissenschaftliche Alternative zu direkteren Begriffen. Marr wird oft als Begründer des modernen politischen und rassistischen Antisemitismus angesehen, der im Gegensatz zu früheren Formen nicht in erster Linie auf Religion basierte. Sein wichtigster Beitrag zu dieser Bewegung war seine Veröffentlichung von 1879 mit dem Titel «Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum – Vom nichtconfessionellen Standpunkt aus betrachtet». In diesem Werk prägte Marr erstmals den Begriff Antisemitismus, um den Hass auf Juden zu

der Juden selbst, die sie dazu brachten, mit anderen Völkern in Konflikt zu geraten. Er beschrieb sie als von Natur aus faul, aber schlau, und behauptete, dass sie seit dem Mittelalter ihren finanziellen Einfluss von innerhalb der Städte aus ausgebaut hätten, was zur mittelalterlichen Feindseligkeit gegenüber Juden beigetragen habe. Ihre Handlungen und ihr finanzieller Einfluss hätten zu einer «Verjudung» der germanischen Kultur geführt, wodurch der jüdische Einfluss auf die germanische Gesellschaft unvermeidlich geworden sei und eine Bedrohung für die Reinheit der deutschen Rasse darstelle. Zur Frage der Gewährung der Religionsfreiheit für Juden schreibt Marr:

«Die jüdische ‹Konfession› war nichts weiter als die Satzung eines Volkes, das einen Staat im Staate bildete, und dieser Nebenstaat, resp. Gegenstaat, verlangte für seine Mitglieder ganz bestimmte materielle Vorteile. Die politische Gleichstellung war es; denn im bürgerlichen Leben hatte das Judentum faktisch schon längst eine dominierende, tonangebende Stellung errungen; so dominierend, dass christliche Staaten jüdische Bankiers zu Baronen machten, obwohl diese semitischen Barone nicht ‹Stadtverordnete› usw. werden konnten. Dass die Judenfrage eine sozialpolitische sei, fiel niemandem ein. Was man sich selbst seit 1800 Jahren vorgelogen hatte, dass es sich um eine Frage der Glaubens- und Gewissensfreiheit handle, das log man sich frischweg weiter vor, und so erhielt der sozialpolitische Einbruch des Judentums in die germanische Gesellschaft durch die Judenemanzipation seine gesetzliche Weihe.

Es wurde eine faktisch bereits bestehende Fremdherrschaft gesetzlich anerkannt. Eine Fremdherrschaft, die es, um ganz prosaisch zu sprechen, soweit gebracht hatte, dass sie die Dictatur des Staatsfinanzsystems, also den Nervus rerum gerendarum [pecunia; Geld, die Seele aller Unternehmen], längst an sich gerissen und ihm den semitischen Dispositions- und Manipulationsgeist eingeimpft hatte.»

Es braucht nicht viel Fantasie, um zu erkennen, dass die moderne Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung auf einer Strategie basiert, die an die Rhetorik von Wilhelm Marr aus dem 19. Jahrhundert erinnert. BDS zielt auf die Isolierung von Juden (B), jüdischem Geld (D) und einer angenommenen kollektiven jüdischen Schuld (S) ab – Themen, die auch vom Pionier des modernen Rassenantisemitismus hervorgehoben wurden. Diese Bezüge heben ebenfalls einen wichtigen Aspekt der Entwicklung des Antisemitismus hervor: Auch wenn er sich an neue politische Kontexte anpassen kann, verschwinden die alten Vorurteile nie vollständig, und neuere antisemitische Narrative verflechten sich oft mit den älteren. Diese Vorurteile versuchen, die Fähigkeit von Juden einzuschränken, frei zu denken, und untergraben ihre kollektive Freiheit. Es gibt zahlreiche historische und aktuelle Gründe, sich weiterhin gegen solche Einschränkungen zu wehren. ■

Emile Schrijver ist Generaldirektor der jüdischen Museen «Joods Cultureel Kwartier» in Amsterdam und Professor für jüdische Buchgeschichte an der Universität von Amsterdam.

Fast jede Generation hat sich gefragt, ob Spinozas Exkommunikation, die nie aufgehoben wurde, tatsächlich noch gerechtfertigt ist.

beschreiben, obwohl er in dem Buch selbst hauptsächlich über Semiten und Semitismus spricht, ohne den Begriff „Antisemitismus“ zu verwenden. Der Begriff wurde etwa zur gleichen Zeit allgemein verwendet, als Marr 1879 die erste antisemitische Gesellschaft in Deutschland, die Antisemitenliga, gründete.

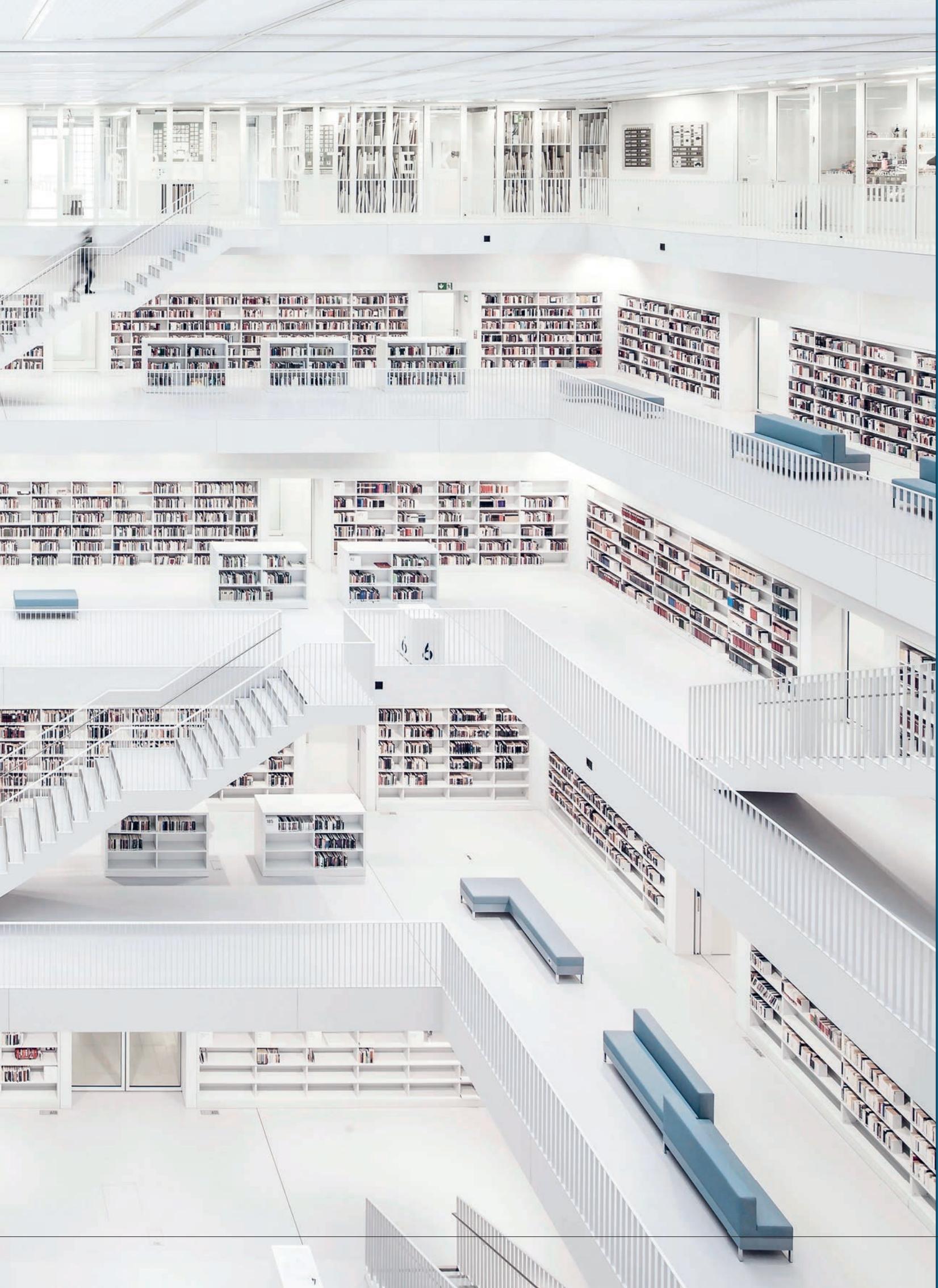
Marrs Theorien basierten auf der Überzeugung, dass Juden eine eigene Rasse seien, die sich von den Teutonen – nicht den Deutschen – unterscheide. Er betrachtete sie als eine semitische Rasse, die von Natur aus mit finanzieller Macht verbunden sei. Marr argumentierte, dass die jüdische Religion ihre Anhänger dazu zwinge, alle Nichtjuden zu verachten. Seiner Ansicht nach waren es die destruktiven Tendenzen



In der Grauzone der Autokratisierung

Europa verändert sich, rechtspopulistische Parteien werden erfolgreicher, ein neuer Ost-West-Konflikt bedroht die liberale Demokratie. Meinungsäusserung, Freiheit des Buches und der Sprache kommen zusätzlich unter Druck.

Von Tobias Müller



SCHWERPUNKT – DAS BEDROHTE BUCH

Foto: Thomas Ebert/af

A

Am 27. Februar publizierte die Schriftstellervereinigung PEN America eine Analyse: im Schuljahr 2023/24 wurden demnach 4'218 Bücher aus Schulbibliotheken in den USA verbannt. Mit grosser Mehrheit ging es darin um «People of Color» oder LGBTQ+-Protagonisten, so die Studie mit dem Titel «Cover to Cover». Letztere Zielgruppe stand an jenem Tag auch auf der anderen Seite des Atlantik im Fokus der Nachrichten: die ungarische Regierung kündigte an, per Verfassungsänderung die Pride-Parade in Budapest zu verbieten – wegen des vermeintlichen «Rechts von Kindern auf eine gesunde Entwicklung».

Zwei Tage zuvor traf sich in Berlin kurz nach den Bundestagswahlen die stark gewachsene Fraktion der identitären Alternative für Deutschland (AfD) zu ihrer ersten Sitzung. Mit dabei: der bekanntermassen rechtsextremistische Abgeordnete Matthias Helferich, der seine Ambitionen als Mitglied des Kulturausschusses kundtat. Dort will er sich für «patriotische Kulturpolitik» einsetzen, die einen «positiven Bezug zu Nation und Volk» habe, erklärte er auf Nachfrage eines Journalisten.

Neuer Kulturkampf

Fügt man diese drei Meldungen zusammen, ergibt sich eine Frage: wenn sich Inhalte und Narrative des gegenwärtigen Kulturkampfs – Nation und Identität, Gender und Familie – beiderseits des Atlantiks gleichen, wie steht es dann um das Zensieren und Verbannen von Büchern? In den USA ist diese Praxis seit Langem Thema. Betroffen waren unter anderem die Graphic Novel über Anne Franks Tagebuch von Ari Folman and David Polonsky, die besorgte Schulen für sexuell anstösig hielten, oder Harper Lees Klassiker «To Kill a Mockingbird», der, obwohl ein unmissverständliches Statement gegen Diskriminierung, die rassistische Beschimpfung «nigger» enthält.

Mit der «Banned Books Week» will die «American Library Association» (ALA) bereits seit 1982 jeden

September ein Zeichen für die Meinungsfreiheit setzen. Wie steht es um diese im aktuellen politischen und gesellschaftlichen Klima in Europa? Das «American Book Center» in Amsterdam liegt diesbezüglich an der Schnittstelle. Auf seiner Website stellt es unter dem Titel «Highlights: Banned Books» zahlreiche betroffene Werke vor. Nicht nur aus Gründen der Solidarität. Eine Mitarbeiterin erklärt auf Anfrage zur Lage in Europa: «Im Einzelhandel sehen wir keine Versuche, Bücher zu verbieten. Aber rechnen Sie damit, dass Verlage im gegenwärtigen Klima zwei Mal nachdenken, welche Bücher sie publizieren.»

Verbreitung von Desinformation

Was das besagte Klima betrifft, hat Staffan Lindberg derzeit alle Hände voll zu tun. Der Direktor des «V-Dem Institute» an der Universität Göteborg arbeitet am diesjährigen Demokratierport, der im März erscheint. «Die Meinungsfreiheit steht in Europa unter Druck, genau wie im Rest der Welt. Die Verbreitung von Desinformation nimmt auch in vielen europäischen Ländern zu, was Meinungsfreiheit untergräbt. Gemeinsam mit Verschwörungstheorien und «hate speech» führt das dazu, dass Stimmen, die faktenbasierte Wahrheiten aussprechen, auf Social Media bedrängt oder zum Schweigen gebracht werden.»

Lindberg, einer der fünf Hauptforscher des Reports, sieht zudem Bestrebungen von Regierungen, Medien zu zensieren: in Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Griechenland oder neuerdings auch Italien. Spezifische Untersuchungen zur Situation auf dem Büchermarkt führt «V-Dem» nicht durch. Lindberg weist aber darauf hin: «Wir haben Indikatoren für akademische und kulturelle Meinungsfreiheit oder das Mass, in dem Journalisten eingeschüchtert werden. All diese Indikatoren tendieren dazu, sich zusammenhängend in die gleiche Richtung zu bewegen. Jeder davon sagt so etwas über die Entwicklung der anderen aus.»

Es scheint, dass nicht nur die Rechte Bücher verbannen will, sondern auch die Linke.



Ein Bücherwagen in der Fußgängerzone von Budapest und die Stadtbibliothek von Stuttgart (auf dem Bild Seite 44) als kulturelle Wahrzeichen.

In der Fachliteratur, so sagt der Politikwissenschaftler Lindberg, spreche man diesbezüglich von einer «dritten Welle der Autokratisierung», die seit mittlerweile etwa 25 Jahren zu beobachten sei. Eine Forderung wie die des deutschen Rechtsextremisten Helferich nach «patriotischer Kulturpolitik» füge sich in diesen Rahmen nahtlos ein. «Es ist exakt die Art von Rhetorik, mit der Putin 1998, 1999 in Russland begann und dann den ganzen Kulturbereich unter seinen Stiefel zwang. Modi tat das Gleiche in Indien, Orbán in Ungarn, der MAGA-Kult in den USA. Es ist anti-pluralistisch und damit ein Versuch, die Demokratie zu untergraben.»

Zu einem vergleichbaren Schluss kommt bezüglich der Rahmenbedingungen auch der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI), der den Demokratisierungsfortgang von Schwellenländern misst. Von 137 untersuchten Staaten sind nur noch 63 Demokratien – weniger als die Hälfte. «Seit Beginn der 2010er verzeichnen wir einen erst graduellen, dann sich deutlich beschleunigenden Rückschritt der Demokratiequalität weltweit», berichtet Hauke Hartmann, Senior Expert und Leiter des BTI. «Unter unseren Indikatoren ist die Meinungsfreiheit am zweitstärksten gesunken: auf einer Zehnerskala immerhin um 1,11 Punkte. Das ist für einen globalen Mittelwert schon eine sehr signifikante Verschlechterung.»

Was Europa betrifft, liegt der Fokus des BTI auf den Regionen Ost, Mittel und Südost. Hartmann skiz-

ziert den gesellschaftlichen Zustand mit enttäuschten Erwartungshaltungen nach der mehrfachen Transformation seit 1989, dem Schock von Finanzkrise und Covid-Pandemie bei noch nicht stabilen Institutionen und zunehmender sozialer Ungleichheit. «Hinzu kommt eine mediale Entwicklung, die die Verbreitung von Aufmerksamkeit erregenden, polarisierenden Nachrichten begünstigt, die gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausspielen.»

Kulturelle Selbstvergewisserung

In Verbindung mit dem anhaltenden Zustand mehrfacher Krisen führt all dies zu einem Wagenburg-Effekt und der Sehnsucht nach einer imaginierten, homogeneren Vergangenheit. «Kombiniert wird dies mit einem starken Akzent auf einem nationalen Glauben – dem christlichen etwa in Ungarn, dem muslimischen in der Türkei – und einer kulturellen Selbstvergewisserung, die eben nicht divers ist. Und bestimmte Bücher passen nicht in dieses Bild. Sie sind nicht nur missliebige Literatur, sondern stören das nationalistische Narrativ.»

Beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels macht man sich anhand dieser Entwicklungen grosse Sorgen, so Pressesprecher Thomas Koch. Er nennt den Fall des Kinderbuchs «Freckleface Strawberry» von Julianne Moore, das kürzlich von der Trump-Administration aus Schulbibliotheken verbannt wurde,

weil es «potenziell mit Themen der Geschlechterideologie oder der diskriminierenden Gerechtigkeitsideologie verbunden» sei. In Deutschland gebe es allerdings «aktuell keine vergleichbaren Einschränkungen oder Zensur vonseiten staatlicher Stellen oder Einrichtungen», schreibt Koch auf Anfrage.

Zugleich komme es in anderen Regionen Europas in Ländern mit autokratischen Tendenzen immer wieder zu Verboten oder Einschränkungen, zum Beispiel in Ungarn. Koch nennt konkret den Fall des Buchs «Märchenland für alle», das traditionelle ungarische Märchen 2021 in diversem Gewand neu aufgoss und als Angriff auf ungarische Werte aus den Buchläden verbannt und von der nationalistischen Abgeordneten Dóra Dúró öffentlichkeitswirksam geschreddert wurde. Allgemein unterliege der Verkauf queerer Bücher in Ungarn Einschränkungen.

Verbote durch Orbán

Neben Russland, wo schon seit 2013 ein Gesetz gegen vermeintliche «homosexuelle Propaganda» Bücher mit LGBTQ+-Inhalten aus dem öffentlichen Raum entfernt und ihren Vertrieb stark beschränkt, und der Türkei, wo in den letzten Jahren mehrere regierungskritische Bücher verboten wurden, ist Ungarn das europäische Land, das beim Thema «book bans» im Fokus steht. 2021 verbot die Orbán-Regierung per Gesetz die Darstellung von Homosexualität in Bildungsgehalten und Medien, die für Minderjährige zugänglich sind. Bücher zu queeren Themen wurden folglich aus öffentlichen Bibliotheken entfernt oder mit warnenden Vermerken versehen.

Eine bei einem ungarischen Verlag angestellte Person beschreibt – anonym, weil ihr vertraglich Inter-

bar, was nach der Veröffentlichung geschehe. «Die PR-Abteilung weiß nicht, wie die Lage in den Buchläden sein wird. Vielleicht ist das größere Problem die Selbstzensur, denn wenn bestimmte Büchern dort nicht gut positioniert sind oder nicht in die Schaufenster gestellt werden können, gibt es keinen Grund, sie zu veröffentlichen. Und wenn wir sie nicht verkaufen können, müssen wir uns an einem gewissen Punkt dafür entscheiden sie nicht mehr zu publizieren. Wobei wir sie eigentlich publizieren wollen, damit sie in den Bibliotheken zu finden sind. Insofern arbeiten wir ja nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft.»

Verschlossene Bücher

Was tatsächliche Verbote und Restriktionen von Büchern betrifft, ist Ungarn in Europa eher eine Ausnahme, sagt Ulrika Ahlberg – neben Randländern wie Belarus, der Türkei oder Russland. Ahlberg verdankt ihre Expertise ihrer Arbeit als Bibliothekarin der Dawit-Isaak-Bücherei in Malmö, benannt nach dem schwedisch-eritreischen Journalisten, der seit 2001 ohne Anklage in Eritrea inhaftiert ist. Als zentrales Element nennt sie, dass ungarische Buchhändlungen Bücher zu LGBTQ-Themen nicht mehr offen ausstellen dürfen.

In ihrer Bibliothek, die der Stadtbücherei Malmös angeschlossen ist, finden sich ausschließlich Bücher, die irgendwann einmal verbannt wurden, oder solche, die sich mit dem Thema Bücherverbote und Meinungsfreiheit auseinandersetzen. «In allen verbotenen Büchern haben wir ein kleines Papier auf der Innenseite befestigt, das sehr kurz seine Geschichte beschreibt», erklärt Ahlberg. Vertreten seien vor al-

 **In Ländern mit autokratischen Tendenzen kommt es immer wieder zu Verboten oder Einschränkungen – zum Beispiel in Ungarn.**

views zu politischen Themen untersagt sind – ein Klima von Unsicherheit und Angst am Arbeitsplatz. «Wir befinden uns in einer Grauzone. Auf unserer Liste befinden sich viele Non-fiction-Bücher, darunter auch Gender-Themen, welche die Regierung als ihren grössten Feind sieht. Bei neuen Titeln müssen wir eigentlich angeben, ob sie Sexualität oder LGBTQ+-Themen beinhalten. Wir sagen immer, dass dies nicht zutrifft. Aber es gab schon Fälle, in denen die Regierung Verlagen Bußgelder auflegte.» Internationale Bekanntheit erlangte der Fall des Buchs «Queer Budapest, 1873 – 1961», eine Geschichte queerer Kultur in der ungarischen Hauptstadt der in den USA lehrenden Historikerin Anita Kurimay. Für die Verlage sei in dieser Situation nicht abseh-

lem Bücher aus Iran, Belarus, China, Nordkorea, Eritrea, Vietnam, Saudi-Arabien und Afghanistan. «So weit uns bekannt ist, sind wir der einzige Ort weltweit, an dem man diese Bücher auch ausleihen kann.»

Ob die Bedingungen auch in Schweden repressiver werden? Eine schwierige Frage, findet Ahlberg. Die äusserst unsichere Weltlage sei auch hier deutlich zu spüren. Unlängst wurde der Anti-Islam-Aktivist Salwan Momika, der für seine Koranverbrennungen bekannt war, erschossen. Von Schulbibliotheken oder Lehrern hört Ahlberg, dass Eltern zunehmend Motsprache bei der Auswahl der Bücher fordern, die ihre Kinder in der Schule lesen. «Ich denke, dass dies Tendenzen sind, die aus Amerika importiert sind. Aber ob es mehr als das ist?»

Wegen genau solcher Tendenzen freilich gibt es in Schweden, das wie die anderen skandinavischen Länder lange als Musterbeispiel einer liberalen Vorzeigedemokratie und offenen Gesellschaft galt, seit 2023 auch eine «Banned Books Week», organisiert von der Dawit-Isaak-Bibliothek und dem dortigen Zweig der Schriftstellervereinigung PEN. 2024 nahmen laut dieser mehr als 800 Bibliotheken, Schulen, Buchhandlungen und andere Unternehmen in ganz Schweden teil. Im Oktober findet eine weitere Auflage statt. «Häufige Gründe für das Verbot von Büchern können sein, dass sie ein deutliches LGBTQ+-Thema haben, dass der Text Kritik an einer Gesellschaft zum Ausdruck bringt, oder dass dieser gegen religiöse Überzeugungen verstößt», erklärt Svenska PEN auf ihrer Website.

PEN wird aktiv

Auch das Nachbarland Norwegen kennt seit dem letzten Herbst eine solche Veranstaltung. Von dort kommt der Schriftsteller Arne Svingen, Sekretär von PEN International. Seine Bücher richten sich an alle Altersgruppen, vor allem aber, wie er selbst betont, an junge Menschen. Svingen sieht sich durchaus als jemand, der «manchmal die Grenzen dessen strapaziert, was man für junge Leute schreiben kann». Versuche, ihn in irgendeiner Form zu zensieren, habe es allerdings nie gegeben.

Auf der anderen Seite mehrten sich «Stimmen, die es zuvor nicht gab, die Bücher aus Büchereien entfernen wollen. Aber viele sind es noch immer nicht.» Svingen nennt den Fall des Buchs «Gender Queer», das in der südnorwegischen Kleinstadt Arendal aus den Schulbibliotheken entfernt wurde, nachdem Eltern mit einer Anzeige gedroht hatten. «Als die Medien darüber zu berichten begannen, wurde alles rückgängig gemacht», betont Svingen. Der Landesverband Norsk PEN warnt zugleich «vor den Entwicklungen, die wir in den USA sehen», und sieht dafür «erste Beispiele».

Innerhalb von PEN International, erklärt der Sekretär, gebe es für die Problematik ein starkes Bewusstsein. «Es ist weltweit gesehen immer schwerer, ein Schriftsteller zu sein und sich über bestimmte Themen zu äußern. Diese Themen variieren, es kann Religion sein, und häufig auch Geschlecht und Gender. Manchmal führt das auch zu Selbstbeschränkungen, die sich Schriftsteller auferlegen».

Was Letzteres betrifft, nennt Svingen auch die multikulturelle Gesellschaft als einen Faktor von Bedeutung. Heutzutage sei es schwer, über bestimmte Themen zu schreiben, wenn man selbst nicht Teil der entsprechenden Gemeinschaft sei. «Bücher, die ich vor 15 oder 20 Jahren schrieb, wären heute viel schwerer zu schreiben, wenn ich als weißer Norweger über Protagonisten mit einer anderen Hautfarbe oder einem anderen kulturellen Hintergrund schreibe. Zugleich muss man in einer Stadt wie Oslo, in der 30 Prozent der Bewohner einen anderen kulturellen Hintergrund haben, diese Tatsache reflektieren. Nur, dass der Versuch, alle miteinzubeziehen, der früher als etwas Progressives gesehen wurde, dich heute in Probleme bringen kann.»

Der Druck kommt also von unterschiedlichen Seiten, folgert Svingen, je nachdem, ob es thematisch um Geschlecht und Gender, Religion oder Kultur gehe. «Es scheint, dass nicht nur die Rechte Bücher verbannen will, sondern auch die Linke. Ich denke, das wird weiterhin ein Thema bleiben, überall, und daher ist es wichtig, dass wir die «Banned Books Week» veranstalten, um Menschen bewusst auf die Situation weltweit aufmerksam zu machen.»

Für Beispiele von Schriftstellerinnen, die durch ihre Tätigkeit in die Bredouille geraten, muss man unterdessen keinesfalls bis in die autokratischen Ränder oder illiberalen Regionen Europas gehen. Anfang 2023 war der niederländische Schriftsteller Pim Lammers ausgewählt, um für die jährliche «Kinderbücherwoche» das zugehörige Gedicht zu schreiben, eine Auszeichnung in Fachkreisen. Eine Webseite, die sich selbst reactionair.nl nennt, brandmarkte Lammers kurz zuvor als Pädophiliekämpfer – wegen einer von ihm geschriebenen Geschichte, in der es um ein intimes Verhältnis eines minderjährigen Fussballers und seines Trainers ging.

PEN reagiert schockiert

Lammers, für seine Kinderbücher ausgezeichnet, zog sich zurück, nachdem sich der Shitstorm gegen ihn bis zu Todesdrohungen ausgewachsen hatte. Die Vorwürfe wies er entschieden zurück, allerdings sei ihm ein Gedicht zu schreiben nicht wert, dafür seines Lebens nicht mehr sicher zu sein. Der niederländische PEN-Zweig reagierte geschockt und rief seine Mitglieder auf, sich hinter Lammers zu stellen. Arnon Grunberg, einer der international renommiertesten Schriftsteller des Landes, schrieb damals in der Tageszeitung Volkskrant, die Affäre zeige, wie sich die Niederlande und die Welt in den letzten Jahren verändert hätten.

Von Letzterem zeugt auch die Initiative «SchrijversVeilig», was soviel bedeutet wie «sichere Schreiber». Gegründet wurde sie im Herbst vom «Auteursbond», einer weiteren niederländischen Schreibendenvertretung. «Leider ist es ein Trend, dass immer mehr Schreibende mit Bedrohungen konfrontiert sind, vor allem online», erklärte deren Vorsitzender Miro Lucassen. Seit Februar gibt es nun eine Meldestelle, bei der entsprechende «Vorfälle, die Schriftsteller beim Ausüben ihrer Funktion» erleben, registriert werden.

Von der prekärer werdenden Lage der Branche zeugt noch ein gänzlich anderer Aspekt: die Ambitionen von populistischen Regierungen, den Mehrwertsteuersatz auf Bücher drastisch anzuheben. In der Slowakei geschah dies zum ersten Januar mit einer Anhebung von 10 auf 23 Prozent mit der Begründung, Bücher würden vor allem vom «reichen Segment der Bevölkerung» gelesen. In den Niederlanden war ein Anstieg von 9 auf 21 Prozent geplant, der nach Protesten Ende 2024 allerdings ad acta gelegt wurde. Der Chef der dort regierenden nationalistischen Freiheitspartei, Geert Wilders, bezeichnete Kultur schon vor Jahren abschätzig als «linke Hobbys». ■

Tobias Müller ist deutscher Journalist und lebt in Amsterdam.

zensurclowns

Die USA ist der grösste Wissenschaftsstandort der Welt.
Droht durch Verbote die Erosion mit Auswirkungen auf die ganze Welt?

Von Sven Fund



Wissenschaftler manifestieren im Nachgang zu Donald Trumps Dekret für die Freiheit von Forschung und Lehre.

Öffentliche Verwaltung folgt nicht den gleichen Kriterien wie Unternehmen. Wo Unternehmen legitimerweise nach Profit durch Umsatzsteigerung und Kosteneffizienz streben, leistet die öffentliche Verwaltung Daseinsfürsorge. Die Reaktion auf Naturkatastrophen zeigt das eindrücklich: Für sehr seltene und sehr unwahrscheinliche Situationen muss der Staat Ressourcen vorhalten, die Leib und Leben seiner Bürger schützen.

Genauso verhält es sich mit öffentlich finanzierte Forschung: Um seltene Wetterphänomene, Krankheiten oder komplexe chemische Reaktionen zu verstehen, sind betriebswirtschaftliche Kriterien oft fehl am Platze: Frühe Forschungen zu El Niño wurden nicht privatwirtschaftlich finanziert, trotzdem sind sie in den mathematischen Schadensmodellen von Versicherungen heute ein wesentlicher, wirtschaftlich relevanter Bestandteil.

Die Vereinigten Staaten betreiben das grösste Forschungssystem der Welt: Seit Dekaden finanziert die dortige Bundesregierung Forschung in allen nur denkbaren Bereichen. Eliteuniversitäten wie das Massachusetts Institute of Technology (MIT) oder die Stanford University liefern die Grundlagenforschung und bilden die Talente aus, die später zu einem Gutteil privatwirtschaftlich Milliardenwerte erzeugen.

Die Regierung von Donald Trump hat mit überraschender Geschwindigkeit und Effizienz genau diesen Sektor in den Blick genommen. Demontageversuche reichen von eher subtilen bis zu offensichtlich ideologischen Massnahmen.

Trumps Angriff auf die Forschung und das wissenschaftliche Publikationswesen in seinem Land erfolgt dabei nicht geradlinig, sondern ist geprägt von einem Vor und

Zurück – so wie seine Politik in anderen Bereichen auch.

Dramaturgie des Niederringens

Der erste Schlag für das Wissenschaftssystem der USA hatte es bereits in sich: Die National Institutes of Health (NIH), grösster Forschungsfinanzierer der Welt mit einem jährlichen Förderungsvolumen in Höhe von fast 48 Milliarden Dollar, legte seine Übernahme von allgemeinen Verwaltungskosten, die Universitäten zusätzlich zur konkreten Projektförderung durch den Bund erstattet werden, auf 15% fest. Das klingt nicht dramatisch, ist es aber, wenn man bedenkt, dass vorher bis zu 60% der erstattungsfähigen Kosten dem Overhead zugerechnet wurden. Grossen Universitäten fehlt plötzlich das Geld, Gebäude, Labore, Feldforschung und vieles anderes zu betreiben. Je nach Programm und Forschungseinrichtung werden aus diesen Overhead-Budgets übrigens auch Publikationsbeiträge für Open Access bezahlt.

Praktisch zeitgleich wurden die Centers for Disease Control (CDC), eine weitere von der Bundesregierung finanzierte Behörde, vom Weissen Haus angewiesen, gleich sämtliche wissenschaftliche Artikel aus den Begutachtungsprozessen für die Publikation in Zeitschriften zurückzuziehen. Die CDC hatten sich etwa bei der Erforschung von Covid-19 hervorgetan und fordern natürlich auch Arbeiten zu bei Trump verhassten Themen wie Gender – die Regierung agierte auf der Basis einer Liste mit «banned terms».

Fragwürdiger Erfolg

Zuletzt wurden der Columbia University 400 Mio. US-Dollar Bundes-

finanzierung gestrichen, da die dortige Führung aus Sicht Trumps und seines Gefolges nicht entschieden genug gegen Anti-Israel-Proteste in ihren Gebäuden vorgegangen war. Weitere neun Top-Unis stehen dem Vernehmen nach auf der vollständigen Liste derer, die es zu bestrafen gilt.

Schliesslich soll gar das gesamte Department of Education eingestellt werden – Elon Musk ist mit seiner aggressiven Argumentation der fragwürdige Erfolg zuteilgeworden, über 100 000 Menschen (von 2,3 Millionen in zivilen Diensten des Bundes) aus ihren Jobs zu ekeln.

Nun ist der amerikanische Präsident trotz seiner starken Rolle in der amerikanischen Politik beileibe nicht in der Lage, als Alleinherrscher durchzuregieren. Gerichte stoppten einen wesentlichen Teil der «Executive Orders» Trumps. Der amerikanische Kongress hat in Budgetfragen zentrale Mitspracherechte, und zwar sowohl bei der Vergabe von Geldern als eben auch bei der Streichung. Und selbst republikanische Senatoren und Abgeordnete haben wenig Interesse, Forschungseinrichtungen in ihrem Bundesstaat oder Wahlkreis wirtschaftlich geschwächt zu sehen. Das Modell von Checks and Balances funktioniert noch, wenngleich es einem gehörigen Schockmoment ausgesetzt war und zu befürchten ist, dass es über die Zeit ausgehöhlt wird. Auch zivilgesellschaftlicher Widerstand formiert sich, in den USA und international. «Stand up for Science»-Manifestationen bringen in den USA und weltweit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf die Strasse.

Nichts ist gut

Daraus jedoch zu schliessen, alles werde schon in Ordnung kommen, wird der Situation nicht gerecht.

**Grund für andere Länder und Regionen der Welt, sich über die Selbstverstümmelung der USA zu freuen?
Mitnichten.**



Das Lincoln Laboratorium am Institute of Massachusetts galt lange als Frühwarnsystem für die US-Landesverteidigung.

Mobile, hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entziehen sich öffentlicher Verunglimpfung und einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. So berichtete Patrick Cramer, Präsident der deutschen Max-Planck-Gesellschaft, bereits kurz nach der Wahl von steigenden Bewerberzahlen von Wissenschaftspersonal aus den USA.

Grund für andere Länder und Regionen der Welt, sich über die Selbstverstümmelung der USA zu freuen? Mitnichten. Grundlagenforschung ist ein globales Unterfangen, legendäre Erfolge wie das globale Genom-Projekt der 1990er Jahre sind dafür ebenso ein Beispiel wie zahllose Artikel aus allen Forschungsgebieten, die von Teams mehrerer Hochschulen aus verschiedenen Ländern erforscht und verfasst werden.

Kommunizierende Röhren

Gerät Forschung unter Druck, lässt eine nachhaltige Schwächung des wissenschaftlichen Publizierens nicht lange auf sich warten. Der – nach China – zweitgrößte und hinsichtlich verschiedener Metriken qualitativ wichtigste Markt der Welt – und zwar hinsichtlich publizierter Zeitschriftenartikel und Bücher wie auch der Nutzung dieser Inhalte – droht durch Finanzierungsunsicherheit und Wegfall von Geldern zu kollabieren. Sowenig die heute an Harvard und Yale erbrachte Forschung einfach in ein anderes Land umziehen kann, sowenig kann der Rest der Forschungsgemeinschaft weltweit ohne die vitalen Beiträge der Forschenden aus den USA funktionieren.

Zugleich lohnt ein Blick auf die Verlagsbranche. Die Publikationslandschaft in den USA selbst ist so vielfältig wie gross. Zu weltweit

operierenden Grossverlagen gesellen sich Verlage im Besitz grosser wissenschaftlicher Gesellschaften und zahlreiche eher kleinere, aber hochrenommierte University Presses. Wenngleich die Rahmenbedingungen für sie teils sehr unterschiedlich sind, hängen sie alle von hochqualitativen Inhalten ab, die sich gewinnbringend international vermarkten lassen.

Gewinne aus Publikationen werden bei Weitem nicht nur für Dividenden an Eigentümer genutzt: In wissenschaftlichen Gesellschaften wie dem American Institute of Physics oder der American Heart Association finanzieren sie oft Stipendien und kommen so dem Wissenschaftssystem wieder zugute. University Presses hingegen erzielen meist gar keine Gewinne, sondern werden von ihren Forschungsinstitutionen als Marketing betrachtet – und nicht selten querfinanziert.

Schwache Lobby

Grundlagenforschung hat – wie viele öffentliche Ausgaben – eine schwache Lobby, in Amerika und den meisten Ländern der Welt. Steuererleichterungen spüren Bürgerinnen und Bürger sofort im Portemonnaie, Durchbrüche in der Virologie oder der Halbleiterforschung sind in ihrer Wirkung für viele Menschen deutlich indirekter. Die USA sind in der Wissenschaftsgeschichte eines der Paradebeispiele für erfolgreiche Forschungsförderung, übrigens oft getrieben durch vom Militär finanzierte Aufträge. Nicht umsonst wird das 20. Jahrhundert als das amerikanische Jahrhundert bezeichnet: Die Vereinigten Staaten haben von ihrer Dominanz auch im Bereich Forschung und Verlagswesen vermutlich am meisten selbst profitiert.

Die akute Situation in den USA geht über schwer vermittelbare Verzüge öffentlich finanzieter Forschung und die Sorge um Wissenschaftsfreiheit im Abstrakten weit hinaus. Inhaltliche Zensur, Finanzentzug für politisch nicht opportune Universitäten, einseitige Kürzung von Geldern und eine Menge grotesker Clownerie – die ersten Wochen der Regierung Trump lassen für freie Forschung (und Lehre) nichts Gutes ahnen.

Forschen und Publizieren

Dabei spielt vielleicht nicht einmal die unmittelbare Wirkung die zentrale Rolle: Verheerend ist für das weltweit führende Forschungs- und Publikationssystem, in dem für mindestens ein halbes Jahrhundert praktisch alles geforscht, gedacht, gesagt und publiziert werden durfte, wenn kluge Köpfe gehen und ansonsten deutlich hörbare Unternehmen und Verbände verstummen. Regierungen tun im Interesse langfristiger Schaffung einer lebenswerten Zukunft gut daran, einem erfolgreichen Wissenschafts- und Publikationssystem im Rahmen ohnehin eng gesteckter Regularien Freiräume zu lassen. Vieles lässt sich besser, effizienter machen, und eine öffentliche Diskussion über staatliche Förderschwerpunkte ist natürlich legitim. Experimente am komplexen System der Wissenschaft bergen jedoch das Risiko, nicht nur Amerika, sondern dem gesellschaftlichen Fortschritt insgesamt zu schaden. ■

Sven Fund hat Politikwissenschaft und Geschichte studiert. Er publiziert seit 25 Jahren im wissenschaftlichen Bereich und lebt teilweise in den USA.

 **Die Vereinigten Staaten betreiben das grösste Forschungssystem der Welt: Seit Dekaden finanziert die dortige Bundesregierung Forschung in allen nur denkbaren Bereichen.** 

Verboten und verbrannt

Der Buchdruck führte zur
Emanzipation von der Kirche – und ganz
neuen Methoden von Zensur.

Von Andreas Kilcher

B

ewegliche Lettern, Schriftgieselerei, Setzkästen, Winkelhaken, Spindelpresse und all die Instrumente und Apparaturen des Bleisatzes wurden förmlich zu mechanischen Motoren einer bis dahin unerreichten Verbreitung von Bildung und Wissen. Die Alphabetisierung des menschlichen Denkens in Bewegungen wie Humanismus und Reformation wurde durch Scharen beweglicher Lettern vorangetrieben, die die «schwarze Kunst» des Gutenbergschen Zeitalters in Blei goss, aus dem Kasten setzte und auf Papier presste.

Medien und Kontrolle

Doch nicht nur vervielfältigen die Bücher Ideen, sie zirkulieren diese auch schnell und breit in wachsende lesende Schichten – und lösten damit seit 1500

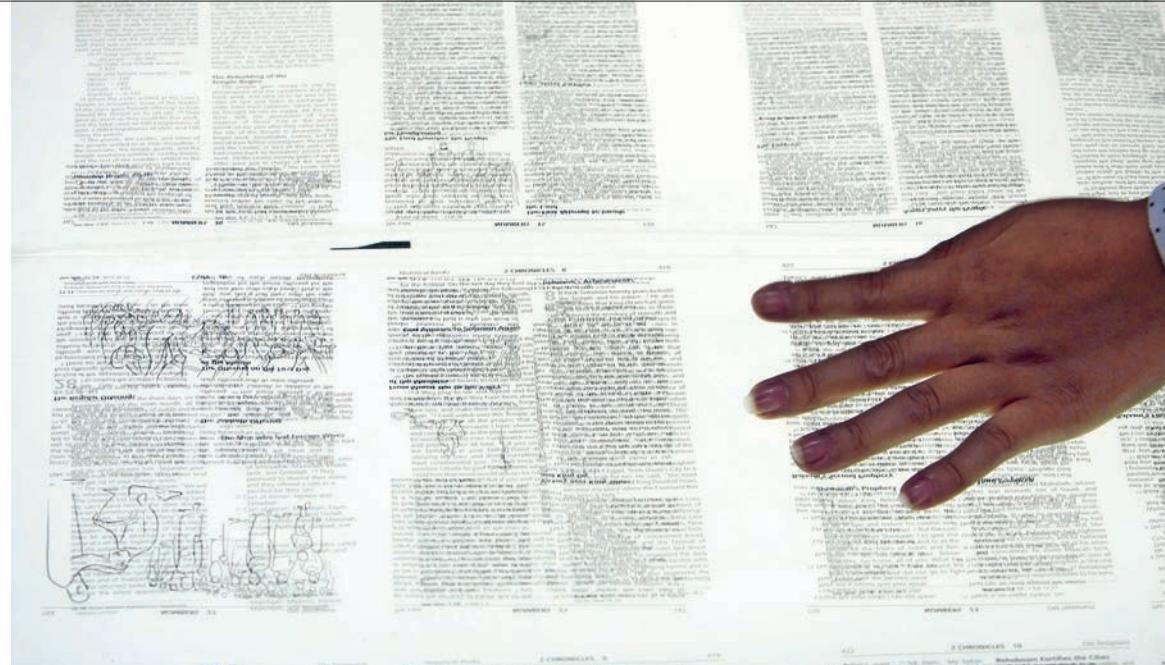
auch grosse Kontroversen aus. Flankiert von ideellen Konflikten, befeuerte das neue Medium nicht nur Disput und Streit, Satire und Polemik. Es zog auch Gegnerschaft auf sich: allen voran die alte Kontrollinstanz des Wissens, die Kirche, die die Gefahr, die von jenem neuen Ideenverbreiter ausging, rasch erkannte. Symptomatisch dafür war die Einführung der Vorezensur für Druckwerke durch Papst Leo X. im Jahr 1515 sowie in der Folge die Etablierung des berüchtigten «Verzeichnisses der verbotenen Bücher», des Index librorum prohibitorum, kurz: «Index», der 1559 erstmals erschien. Gleichzeitig mit der Entstehung des neuen Mediums rief dieses also einen mächtigen Gegner auf den Plan, der mit den Kontrollinstrumenten von Zensur, Verbot und Verbrennung die Verbreitung all jener Ideen zu verhindern versuchte, die er als «häretisch» stigmatisierte – von Luther und



**Bücher können
vorzüglich Erkenntnisse,
daneben aber auch
Irrtümer verbreiten.**

Heinrich Heine warnte bereits 1821 «Dort, wo man
Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch
Menschen.»

Der Humanismus basiert im Wesentlichen auf der Entwicklung von klassischen bis zum modernen Buchdruck.



Galilei bis Kepler und Rabelais und Reuchlin, um nur einige wenige Namen zu nennen.

Mit Blick auf den Anbruch der Neuzeit scheint es daher zunächst, als gäbe es einen direkten Bezug zwischen Buchkultur und wissenschaftlich-gesellschaftlichem Fortschritt: Bücher und Bibliotheken gelten als die eigentlichen Instanzen von Bildung und Aufklärung. Doch Medien allein garantieren Bildung und Aufklärung nicht; dieser Zusammenhang besteht nicht grundsätzlich. Grundsätzlich gilt vielmehr, dass Medien gegenüber ihrem Inhalt sich neutral verhalten. Will heißen: Bücher können vorzüglich Erkenntnisse, daneben aber auch Irrtümer (wie Verschwörungstheorien) verbreiten. Als Medien stehen sie für die Verbreitung als solche, nicht aber für den Inhalt. In der Kommunikation besteht ihre eigentümliche diskursive Macht. Ihre Macht ist die der Vermittlung.

Eingeschränkte Medien

Dieser Umstand beeinflusst wiederum die besondere Relation von religiöser und politischer Macht (wie Kirche, Staat) zu Medien (wie dem Buch). Diese ist bei genauerem Hinsehen nicht einfach negativ, also kein bloßer Affekt gegen das Buch. Vielmehr ist sie auf charakteristische Weise höchst widersprüchlich: Medien werden einerseits eingeschränkt, zugleich aber auch verstärkt eingesetzt. Diese Ambivalenz der Macht gegenüber den Medien lässt sich auf einen gemeinsamen Nenner hin erklärend auflösen, geht es doch in beiden Fällen um Kontrollausübung: Kontrolle einerseits durch gezielten Einsatz von Medien (wie Bücher), Kontrolle andererseits durch gezielte Regulation von Medien (wie Bücher). Medien laufen mithin insofern besondere Gefahr, für Machtzwecke instrumentalisiert zu werden, als sie zugleich expandiert und reduziert werden. Sie unterliegen dem doppelten Gesetz von Communication and Control.

Das zeigt sich, wenn auch etwas weniger deutlich, schon am Umgang der Inquisition mit Büchern, die besser in der Restriktion als in der Nutzung von Medien war. Geradezu musterhaft zeigt sich dies dagegen im Umgang des NS-Regimes mit Medien wie Bü-

chern, Zeitungen, Radio. Einerseits bediente es sich der Medien höchst offensiv und effektiv zu Propagandazwecken; ein eigenes «Propagandaministerium» tat dies. Und berüchtigte Bücher wie die «Protokolle der Weisen von Zion» oder «Mein Kampf» wurden grösste Bucherfolge. Andererseits aber kontrollierte eben jenes berüchtigte Ministerium die Medien massiv, nicht zufällig wesentlich auch durch Indizierung, Verbot und Verbrennung von Büchern. Am 6. März 1933 wurde eine erste «Liste verbrennungswürdiger Bücher» gedruckt, am 16. Mai 1933 stellte Wolfgang Herrmann eine «Schwarze Liste» auf, die in der Folge als «Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums» stets erweitert wurde. Das Ziel: Entfernung, Verbot und Verbrennung von Büchern, die nunmehr nicht mehr religiös als «häretisch» eingestuft wurden, sondern politisch-ideologisch als «unerwünscht», «schädlich», «dekadent», «entartet», «bolschewistisch» und «jüdisch».

Verfolgung und Schreiben

Während der Umgang der Macht mit Medien wie Büchern derart widersprüchlich war, musste sich das freiheitliche Denken unter derartigen unfreiheitlichen Bedingungen gezielt indirekt ausdrücken. Unter anderem an Spinoza analysierte der politische Philosoph Leo Strauss in «Persecution and the Art of Writing» (1952) eben diesen Zusammenhang von Verfolgung und Schreibkunst. Experte in diesen Schreibkünsten war nach Spinoza insbesondere auch Heinrich Heine, Zeitgenosse eines weiteren Zeitalters von Zensur und Repression: der Metternichschen Restauration, die politisch freiheitliches oder gar revolutionäres Denken im Keim zu ersticken bestrebt war. Als Kontrollorgane und Ausgrenzungstechniken dienten nach innen Zensur und Zoll nach aussen.

Heines genuine Techniken im Umgang mit diesen waren Satire und Witz. Zoll und Zensur wurden ihm – ironisch – die vorzüglichsten Witzkatalysatoren. An diesen Kontrollmechanismen der Machtausübung vor allem bildete er seine kunstvoll-listigen Verfahren aus, mit dem Ziel, diese zu umgehen und zugleich



zu entlarven. Was in Sigmund Freuds psychoanalytischer Witztheorie die interne Kontrolle des Bewusstseins ist, ist bei Heine die externe Gedankenkontrolle der Restauration vermittels der materiellen Grenze des Zolls einerseits und der ideellen Grenze der Zensur andererseits.

Dass diese Kontrolle wiederum besonders mit dem Umgang mit Büchern zu tun hat, machte Heine unter anderem in seinem satirischen Versepos «Deutschland. Ein Wintermärchen» (1844) deutlich, geschrieben anlässlich einer Deutschlandreise aus dem französischen Exil Ende 1843. Genau dagegen richtet sich etwa die versteckte «Spitze», so Heines Wortspiel, anlässlich der Durchsuchung seines Koffers durch «preußische Douaniers» bei der Einreise nach Deutschland: Diese «Beschnüffelten Alles, kramten herum / In Hemden, Hosen, Schnupftüchern; / Sie suchten nach Spitzen, nach Bijouterien, / Auch nach verbotenen Büchern.» Die Antwort: «Ihr Thoren, die Ihr im Koffer sucht! / Hier werdet Ihr nichts entdecken! / Die Contrebande, die mit mir reist, / Die hab' ich im Kopfe stecken. / Hier hab' ich Spitzen, die feiner sind / Als die von Brüssel und Mecheln, / Und pack' ich einst meine Spitzen aus, / Sie werden Euch sticheln und hecheln. / Im Kopfe trage ich Bijouterien, / Der Zukunft Krondiamanten, / Die Tempelkleinodien des neuen Gotts, / Des großen Unbekannten. / Und viele Bücher trag' ich im Kopf! / Ich darf es Euch versichern, / Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelnest / Von konfiszierlichen Büchern.»

Konfiszierliche Bücher

Mit poetischen «Spitzen» wie dem Witzwort «konfiszierliche Bücher» spielt Heine einen subversiven, listigen Umgang mit der Zensur durch und demaskiert zugleich die plumpen Tendenzen der Zensur. Das Zensierte – die «verbotenen Bücher», die Ideen der Freiheit bzw. ex negativo die Kritik am restaurativen Deutschland – kann zwar nicht direkt ausgesprochen, aber doch indirekt angesprochen werden. Auf diese Weise umgeht Heines Poetik des Witzes die Zensur und stellt diese in ihrer «Dummheit» bloss. Sie fungiert – ganz im Sinn von Leo Strauss – als listige Schreibkunst angesichts von Verfolgung und Verbot. Dass Heines Wintermärchen am 4. Oktober 1844 in Preußen allerdings tatsächlich selber verboten und beschlagnahmt wurde, am 12. Dezember 1844 gar einen Haftbefehl gegen ihn zur Folge hatte und von ihm umgeschrieben werden musste, zeigt freilich nicht nur, wie viel er damit riskierte, sondern auch, dass sein poetisches Risiko (zu) gross, die Zensur (noch) mächtig war. Heines subversiver Triumph blieb dennoch bestehen, denn um so mehr wurde das Buch als Apologie jener vor Zoll und Zensur erfolgreich versteckten «konfiszierlichen Bücher» in Heines Kopf lesbar.

Gegenwart und Restauration

Nachdem Heine in der Erzählung die Grenze von Frankreich nach Deutschland überschritten hatte, kam er über Aachen nach Köln – und an diesem Ort

noch einmal auf das Motiv der zensierten Bücher zurück. Die Szene spiegelt indirekt die Gegenwart der Restauration in der Vergangenheit der Inquisition. Beide systematisierten, was Heine kurz zuvor an der Grenze bei der Einreise nach Deutschland erfahren hatte: die Medienkontrolle, nun aber nicht nach aussen durch den Zoll, sondern nach innen durch die Zensur, oder vormodern und schärfer ausgedrückt: durch die Inquisition, der grossen Bücher-Kontrollinstanz. Heines Kölner Beispiel ist ein ikonischer historischer Streitfall: die Anklage des Humanisten Johannes Reuchlin, der sich in seiner Schrift «Augenspiegel» (1511) gegen Verbot und Verbrennung des Talmuds aussprach. Dies brachte Reuchlin 1513 eine Anklage durch den Kölner Dominikanerprior und Inquisitor Jakob Hoogstraeten ein, 1520 ein Verbot von Reuchlins Büchern durch Papst Leo X. Dagegen stellten sich in der satirischen Streitschrift «Briefe deutscher Dunkelmänner» (1515/16) Reuchlins humanistische Freunde wie Ulrich von Hutten hinter ihn. Heine kannte diesen berühmten Bücherstreit offensichtlich bestens, um darin einerseits die Kontrollmechanismen der Neo-Inquisition der Restauration blosszulegen, andererseits indirekt auch sein eigenes witziges Schreiben in die Nachfolge der Dunkelmännerbriefe zu stellen – beides mit der Stadt Köln verbunden:

Ja, hier hat einst die Klerisei / Ihr frommes Wesen getrieben, / Hier haben die Dunkelmänner geherrscht, / Die Ulrich von Hutten beschrieben. / Der Cancan des Mittelalters ward hier / Getanzt von Nonnen und Mönchen; / Hier schrieb Hochstraaten, der Menzel von Köln, / Die gift'gen Denunziatönchen. / Die Flamme des Scheiterhaufens hat hier / Bücher und Menschen verschlungen; / Die Glocken wurden geläutet dabei / Und Kyrie eleison gesungen. / Dummheit und Bosheit buhlten hier / Gleich Hunden auf freier Gasse; / Die Enkelbrut erkennt man noch heut / An ihrem Glaubenshasse. – / Doch siehe! dort im Mondenschein / Den kolossalen Gesellen! / Er ragt verteufelt schwarz empor, / Das ist der Dom von Kölle. / Er sollte des Geistes Bastille sein, / Und die listigen Römlinge dachten: / In diesem Riesenkerker wird / Die deutsche Vernunft verschmachten!»

Von Heines satirisch-kritischen Einsichten in die inquisitorischen Kontrollmechanismen im Umgang mit Büchern liessen sich schliesslich nicht nur Verbindungslien von der Inquisition zu Heines Gegenwart der Restauration ziehen, sondern darüber hinaus und allgemeiner auch zu analogen Praktiken jüngerer totalitärer Regimes bis in unsere Gegenwart. Dass ihre doppelte Medienkontrolle (Monopol und Verbot) keineswegs harmlos ist, sondern das Epiphänomen von Verfolgung, das formulierte Heine in der Kölner-Passage des Wintermärchens ebenso eindringlich wie zuvor in der Tragödie «Almansor» (1823) – einer von Heines wichtigsten Sätzen überhaupt: «Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.» ■

Andreas B. Kilcher ist seit Juni 2008 ordentlicher Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft an der ETH Zürich und Autor mehrerer Bücher über Kafka.

«Wir müssen immer Partei ergreifen»

In den USA nehmen Buchverbote zu. Jüdische AktivistInnen und Verbände gehen dagegen lokal und regional an. Doch nun verlagert sich die Auseinandersetzung auf die nationale Ebene.

Von Doug Chandler

«Was auch immer im ganzen Land passiert – in Bucks County spielen sich Trends und Debatten zehnmal so intensiv ab», sagt Lela Casey aus eigener Erfahrung. Sie lebt in dem Landkreis nördlich von Philadelphia. Die Region ist in raschem Wandel von einer Agrar- und Industrie-Region zu einem Zentrum für Bio-Tech- und Dienstleistungsunternehmen geworden und zieht immer mehr Menschen in wohlhabende Vororte. Casey ist eine liberale Aktivistin und auch in der jüdischen Gemeinde engagiert. Besonders liegt ihr das Ringen um Bücher und Buchverbote am Herzen, das gerade in Bucks County viele Gemüter erregt. Denn wie in Florida und anderen konservativen Gliedstaaten, wo Gouverneure Zensur-

gesetze über Lehrpläne und Literatur an öffentlichen Schulen erlassen, wollen rechte Eiferer auch im liberalen Bucks County ihre Agenda durchsetzen. Dabei stossen sie hier und landesweit auf Widerstände aus jüdischen Gemeinden, wo Verbote Erinnerungen an Pogrome und die Buchverbrennungen der Nazis auslösen.

Reaktionäre Kräfte

Die Debatte hat Bucks County kurz nach dem Auftreten von Covid erreicht, sagt Casey. Hier hätten Schulen in einem Distrikt die Durchsetzung der von Washington verfügten Maskenpflicht verweigert. Die



Protest in Doylestown, Pennsylvania, gegen die 2023 von Konservativen betriebenen Verbote für Symbole und Literatur zu Gender-Toleranz im Central Bucks School District.

Führungspositionen dieser lokalen Institutionen werden in den USA durch Wahlen besetzt. Im fraglichen «Central Bucks School District» war es einer lokalen Gruppe mit Verbindungen zu den landesweit aktiven «Moms for Liberty» gelungen, den neunköpfigen Schulrat zu kontrollieren – und dieser organisierte den Widerstand gegen die Maskenpflicht. Casey sieht die «Moms» als reaktionäre Kraft, die «schlicht die Uhr zurückdrehen und in Amerika wieder einen traditionellen, christlichen Lebensstil einführen» wolle.

Bei ihr und anderen Linksliberalen schrillten die Alarmglocken, als eine Schule im Bezirk eine Bibliothekarin anwies, Plakate mit einem bekannten Zitat von Elie Wiesel zu entfernen. Dieses stammte aus der

Dankesrede des Holocaustüberlebenden und Autors anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn 1986: «Ich habe geschworen, nie zu schweigen, wann und wo immer Menschen Leid und Demütigung ertragen müssen. Wir müssen immer Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer. Schweigen ermutigt den Peiniger, niemals den Gequälten.»

Neutralität

Stein des Anstosses war das Wort «Neutralität». Denn der Schulrat hatte jüngst verfügt, dass der Unterricht in LGBTQ-Fragen «neutral» zu sein hatte und Pride-

Flaggen nicht mehr gezeigt werden durften. Casey und ihre Verbündeten waren fassungslos, dass aus diesem Grund sogar ein Plakat mit Elie Wiesel verboten werden konnte. Und so wurde Casey in ihrem Heimatort Doylestown aktiv. Die Mutter von drei Kindern – einer 15-jährigen Tochter und zwei Söhnen im College-Alter – nahm fortan an jeder Schularatsitzung teil, um weitere Massnahmen dieser Art zu verhindern. Die Atmosphäre dort sei über lange Zeit ziemlich angespannt gewesen, so Casey.

Der von den «Moms» kontrollierte Schulrat hatte bereits verfügt, dass jedes Buch schon aufgrund einer einzigen Beschwerde aus dem Bezirk aus einer Schulbibliothek entfernt werden konnte. Im Falle einer solchen Beschwerde überprüfte dann ein vom Bezirk ernanntes Bürgergremium den Titel und entschied über einen endgültigen Bann. Noch gravierender sei es aber, dass die Richtlinie so vage formuliert war, dass sie zu «Schattenverbote» führte, so Casey: Lehrer hätten von sich aus in einem vorausseilenden Gehorsam Bücher ohne jede Beschwerde entfernt, die ihnen irgendwie anstössig erschienen. Dahinter steckten Befürchtungen, selbst zur Zielscheibe zu werden.

Öffentliche Kontroverse

Wie in so vielen Gegenden gerieten Schularatssitzungen auch in Bucks County zu albraumartigen Spektakeln und zogen zornige Rechte an, die Lehrer und sogar Kinder beschimpften. Eine Lehrerin wollte ein transsexuelles Kind gegen Anfeindungen schützen und wurde dafür als pädophile «Groomerin» bezeichnet. Der Schulbezirk hat die Frau daraufhin beurlaubt. Aber Bürgerinnen und Bürger wie Casey lassen sich davon nicht einschüchtern. Im Gegenteil. Sie hat gute Nachrichten für ähnlich betroffene Eltern in anderen Bezirken: Die Buchverbieter können überwunden werden. Die Liberalen machten mobil und schafften es schon 2023, die rechte Führungsriege im Schulrat abzuwählen. Die öffentliche Kontroverse hatte das Stimmvolk auf die ansonsten kaum beachteten Schularatswahlen aufmerksam gemacht, und so trafen die Kandidaten der «Moms for Liberty» auf entschlossene und gut organisierte Gegner. Das Ergebnis waren liberale Erfolge, und der neue Vorstand gab die Buchverbote auf. Auch die beurlaubte Lehrerin ist jetzt wieder im Klassenzimmer.

Casey hält den Erfolg jedoch nur für einen Etappensieg. Und sie kritisiert jüdische Gemeindeorganisationen wie die «Jewish Federation of Greater Philadelphia» und deren «Jewish Community Relations

Council» für deren Zurückhaltung bei der Auseinandersetzung. Beide Verbände haben auf Nachfragen des *aufbau* zum Thema nicht reagiert. Gleichwohl bezeichnet Casey die Zahl und das Engagement jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis bei der Kontroverse als beeindruckend.

Größere Sorgen macht Casey indes der Regierungswechsel in Washington: Nun stünde Amerika vor der realen Möglichkeit, dass Präsident Donald Trump seine bereits erlassene Order zum Erziehungs-wesen (vgl. Andrew Feinstein auf Seite 26) energisch umsetzen lässt und nationale Verbote vorantreibt. Denn laut dem Autorenverband PEN America haben Buchverbote an öffentlichen Schulen 2023–2024 um satte 200 Prozent auf rund 10 000 Bannsprüche für 4218 Titel zugenommen. Dabei lagen Florida und Iowa an der Spitze aller Bundesstaaten. Die Liste der betroffenen Bücher wird von «Nineteen Minutes» von Jodi Picoult angeführt, einer jüdischen Autorin aus Long Island. Der Roman handelt von einem Amoklauf mit Feuerwaffen an einer Kleinstadtschule in New Hampshire. Ein weiteres, häufig verbotenes Buch ist Art Spiegelmans Klassiker «Maus», eine Graphic Novel über den Holocaust.

Landschaft der Buchverbote

Die PEN-Sprecherin Suzanne Trimel sieht im Gespräch mit *aufbau* christlich-nationalistische und Gruppen weißer Rassisten als wichtigste Kräfte hinter den Verboten, die vorwiegend Bücher mit LGBTQ- und Rassenthemen treffen. Ihre Kollegin Sabrina Baeta erklärt, die Landschaft der Buchverbote habe sich in ihren drei Jahren bei PEN America erheblich verändert. So habe zugenommen, «was wir als «sanfte» oder «stille» Zensur bezeichnen» – eben der bereits vor Jahren von Casey registrierte vorausseilende Gehorsam der «Schattenverbote». Diese Art der Zensur sei schwer zu fassen, sagt Baeta, die bei PEN America das «Freedom to Read Team» leitet.

Auch Peter Bromberg stellt gravierende Veränderung der politischen Landschaft auf Bundesebene seit dem Machtwechsel in Washington fest. Bromberg ist stellvertretender Direktor der überparteilichen Organisation «Every Library» zur Unterstützung öffentlicher Leihbibliotheken. So habe Trump Schulen auf Militärstützpunkten zur Entfernung von Büchern über «diskriminierende Gleichberechtigungs-ideologie» angewiesen. Bromberg hält den Begriff für absichtlich vage: «Diese Strategie zielt auf die Erzeugung von Ängsten und Unsicherheit bei Büchereianstellten ab.» Flankiert werden diese Erlasse durch einschneidende Änderungen wie Verbote von Feierlichkeiten zum Black History Month, zum Internationalen Holocaust-Gedenktag, zum Martin Luther King Jr. Day und zum LGBTQ Pride Month durch mehrere Bundesbehörden.

Warnzeichen

Für die in Washington ansässige Organisation «Educators' Institute for Human Rights» sind diese Verbote «Warnzeichen» vor einer drohenden Eskala-

**Jüdische Organisationen
sind im Kampf gegen
Buchverbote engagiert.**



Preisverleihung in angespannten Zeiten: Die Gewinner der Auszeichnungen des Jewish Book Council Mitte März bei der jährlichen Gala in Manhattan. Geehrt wurden Titel von Leonard Cohen bis zum Gaza-Krieg.

tion von Zensurmassnahmen bis hin zur Verfolgung missliebiger Personen und Bevölkerungsgruppen, so die Geschäftsführerin Kate English. Buchverbote und abgesetzte Feierlichkeiten würden sozial ausgrenzte Gruppen gefährden. Hier sei Wachsamkeit geboten. English formuliert die Analogie, dass sämtliche Elemente für ein Feuer parat stehen könnten, einschließlich Holz und Benzin zum Anzünden. Dies müsse nicht immer zu lodernden Flammen führen, sagt English: «Aber wir sollten uns dieser Elemente bewusst sein und eingreifen, bevor es brennt.» Das Institut ist der Aufklärung über den Holocaust verpflichtet und hat die ADL Education und mehrere Holocaust-Museen als Partner.

Insgesamt sind jüdische Organisationen durchaus im Kampf gegen Buchverbote engagiert. Dies gilt für das «Jewish Council for Public Affairs» als Teil des nationalen Dachverbandes, etliche Jewish Community Relations Councils oder die «Central Conference of American Rabbis», der rabbinische Zweig des Reformjudentums, und die «Association of Jewish Libraries». Diese ruft in einem aktuellen Statement zum Schutz der «Redefreiheit, der Publikationsfreiheit

und der Lesefreiheit in den USA» auf: «Wir schliessen uns anderen Standesorganisationen an und verurteilen Zensur und Buchverbote aufs Schärfste.»

Kampf gegen Zensur

Das «Jewish Book Council» (JBC) kämpft derweil gegen Zensur aus antizionistischen und antisemitischen Motiven, wie deren CEO Naomi Firestone-Teeter im Gespräch mit *aufbau* erklärt: «Wir haben unsere Arbeit nach dem 7. Oktober ausgeweitet.» Die Organisation feiert heuer ihr hundertjähriges Bestehen und hat bislang Buchpreise organisiert, Autoren gefördert und das Bewusstsein für jüdische Bücher geschärft. Aber jetzt hilft das JBC israelischen Autoren bei Problemen mit der Veröffentlichung oder Förderung ihrer Werke in den USA. Mitunter seien diese Kreativen auch Zielscheiben von Hass geworden, so Firestone-Teeter.

So hat die Organisation als «allerersten Schritt» nach dem 7. Oktober im Rahmen ihres digitalen Magazins «PB Daily» «Witnessing» publiziert, einen Sammelband mit Essays, Gedichten und Kurzgeschichten, der israelischen Stimmen Gehör verschaffen soll. Weitere Projekte waren die Gründung einer Basisgruppe und einer E-Mail-Plattform, unter der sich die Mitglieder gegenseitig Unterstützung und Ermutigung anbieten können, sagt Firestone-Teeter: «Wir haben festgestellt, dass alle Autoren wissen wollen, dass sie nicht allein sind, und dass ihre Erfahrungen bestätigt und wahrgenommen werden.» ■

Doug Chandler ist als freier Journalist in New York vorwiegend für jüdische Publikationen tätig.

Vom Scheiterhaufen zur Bücherverbrennung

Von Katja Behling

Autokratische Herrscher und totalitäre Regime, Politiker und Funktionäre, Hüter des wahren Glaubens, besorgte Eltern und engagierte Aktivisten haben eines gemeinsam: Wenn es um Bücher geht, wird seit jeher um den Interessenkonflikt und Gegensatz zwischen der grossen Errungenschaft Kunstfreiheit und der Bewahrung (vermeintlicher) moralischer, politischer oder religiöser Wahrhei erbittert gekämpft. Verbote und Vernichtung, Verfehlung und Verbannung versperren oder kuratieren den Zugang zu potenziell brisanten Informationen und allzu freien Gedanken. Autoritäten kontrollieren unliebsame Ideen und potenziell umstürzlerische Bewegungen. Obrigkeiten, Fundamentalisten und Regierungen aller Couleur nutzen Buchverbote als Form der Soft Power, um ihre Macht über weite Räume zu projizieren. Weltweit finden sich Zeugnisse, die von willentlicher Zerstörung und Ausmerzung einzelner Manuskripte oder ganzer Bibliotheken sprechen.

Zensur des Geistes

Zensurmassnahmen gab es seit Erfindung des Buchdrucks, und sie erreichen in der Gegenwart in vielen Regionen der Welt neue Dimensionen. Verbrennungen missliebiger Bücher aus religiösen und politischen Gründen, teils angeordnet, teils auch aus Protest, um auf Unterdrückung aufmerksam zu machen, gab es bereits vor Jahrtausenden und überall auf der Welt, bei Heiden, Juden, Christen

und Muslimen, im alten China um 213 v. Chr. und in der Antike. Auch etliche moderne europäische Klassiker – Goethes «Werther», Flauberts «Madame Bovary», Nabokovs «Lolita» – und viele andere Werke, die als fatalistisch, gewagt oder obszön betrachtet wurden, haben erstaunliche Verbotsgeschichten aufzuweisen. Ab 1933 gab es nicht nur in Deutschland schwarze Listen. 1940 verpflichtete sich der französische Verlegerverband, kein Buch von einem in Deutschland verbotenen Autor mehr zu drucken. Nach 1945 wurden in der DDR wie der BRD gewisse Texte als staatsgefährdend verboten, Texte, die den SED-Staat blossstellten, die kommunistische Propaganda enthielten oder Kritik an der Bundesregierung oder den Alliierten übten. Gutachter in Diensten des DDR-Kulturministeriums fungierten als Torwächter, konnten unerwünschte Bücher ausbremsen oder über Papierzuteilungen Auflagen beeinflussen. Leidiger Schriften und Schreiber wusste man sich überall zu entledigen. Gleichwohl fruchtete das Bemühen, Kritiker ruhigzustellen, oft nur vorläufig. Geleitet von der irrgigen Vorstellung, nur mittels gründlicher Vernichtung des physischen Mediums auch gefährliche Gedanken austilgen zu können, war der Massnahmenkatalog vielseitig. Nicht allein Naturgewalten wie Feuersbrünste, Kriege und andere Gewaltakte sind die Feinde schriftlicher Hinterlassenschaften. Verstecken, Versenken, Zerschlagen, Zerreissen, Verbrennen, Schreddern, Löschen sind es auch. Im virtuellen Raum digitaler Clouds

Alles schon dagewesen – schwarze Listen, ketzerische Schriften, missliebige Autoren. Zwischen Kunstfreiheit und der Bewahrung moralischer, politischer oder religiöser Wahrheit sind Bücher bis heute Opfer gezielter Attacken oder diskreter Ausgrenzung.



Das Denkmal am Bebelplatz vom israelischen Künstler Micha Ullman zeigt was fehlt und hätte Platz für 20 000 Bücher.

stossen brachiale Interventionen zwar an Grenzen, vielleicht aber nur bis zum Abschalten der Softwareunterstützung.

Zerstörungsaktion

Im Mittelalter der Glaubensspaltung veranlassten Inquisitionsbehörden Bücherverbrennungen, bei

denen mitunter auch gleich die Verfasser mitsamt ihren ketzerischen Werken dem Scheiterhaufen übergeben wurden. Die katholische Kirche versuchte über Jahrhunderte hinweg auch mit Indexpolitik, den im 15. Jahrhundert aufkommenden Buchmarkt zu kontrollieren. Im Dezember 1530 verbrannte der evangelische Reformator Martin Luther in Wittenberg die päpstliche Bannandrohungs-Bulle. Die

aus den Niederlanden vertriebenen theokratischen Wiedertäufer in Münster verwüsteten 1534 Kirchen und Klöster und liessen alle ihnen nicht genehmen Bücher in Flammen aufgehen. Ähnliches widerfuhr 1660 nach Wiederherstellung der Monarchie in England den Schriften des englischen Dichters und politischen Denkers John Milton («Paradise Lost»), der sich entschieden für Rede- und Pressefreiheit und ein republikanisches Regierungsmodell ausgesprochen hatte. Auf dem Wartburg-Fest 1817 verfuhren Burschenschaften mit mehr als zwei Dutzend ihrer An-sicht nach reaktionären Schriften in ähnlicher Weise. Über Jahrhunderte wurden gemeinschafts- und glau-bensgefährdende Schriften durch Kirche und Staat liquidiert. Buchvernichtungen gab es bei Griechen und Römern, im Abendland, im Alten Orient, in isla-mischen Ländern, im Frühjudentum und in Israel, in Russland wie in Amerika. Ein Hauptmotiv war auch die Vernichtung theologischer Literatur durch Häre-tiker. Unterdrückt wurden zudem aufwiegelnde Uto-pien, sogar Vorhersagen von wetterbedingten Mis-ernten. Letzteres geschah, nachdem Bauern einmal aus Angst vor schlechten Erträgen massiv Getreide zurückhielten, was die Preise hochtrieb und dadurch tatsächlich eine Hungersnot auslöste. Es kam zu Au-todafés von Büchern durch die Verfasser wie zu Buch-zerstörungen durch selbstgerechte Eigentümer. Zu Vernichtungen als Folge von Zwang von aussen und zu Zerstörungsaktionen als Ausdruck von per-so-nlicher Bekehrung. Zu Selbstzensur aus Zweifel wie bei Kafka, der sich gegen die Veröffentlicheung seiner Texte aussprach. Mancher Autor lenkte auch voraus-eilend ein aus Angst: Heinrich Heine strich Provoka-tives in seinen Texten, es sei besser, dass Verse bren-nen als der Verseschmied. Erich-Maria Remarque wiederum hüllte sich im Sinne der Legendenbildung auf der Höhe des Ruhms und auf Rat eines Schweizer Verlegers über einstige Veröffentlicheungen in Life-style-Magazinen in Schweigen und hielt auch andere Teile seines Frühwerk verborgen, um sein Opus «Im Westen nichts Neues» als Solitär umso heller strah-ten zu lassen. Verbergen war nicht nur hier Lösung eines Konflikts. Lesestoff und Archivgut, das als hei-kel oder gefährlich gilt, wird auch heute in geheimen Giftschränken vor falschen Augen verborgen. Die Bayerische Staatsbibliothek etwa legt Texte der «Ro-ten Armee Fraktion» oder Verhörprotokolle des NS-Mannes Adolf Eichmann höchstens Forschern vor. Die folgenschwerste Bücherverbrennung ereignete sich am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz. In der deutschen Hauptstadt und in weiteren Städten liess das NS-Regime unerwünschte Werke ins Feuer werfen. «Entartete Kunst» von jüdischen und von als marxistisch oder pazifistisch etikettierten Schrift-stellern sollten aus dem öffentlichen Bewusstsein gelöscht werden. Das Ausrottungsspektakel als Fina-le einer penibel inszenierten Kampagne geriet zur Kampfansage. Es bildete den Auftakt zu Vertreibung und Verfolgung vieler Autoren und zur Verfemung der Schriften etwa von Sigmund Freud, Erich Käst-ner, Heinrich Mann und Kurt Tucholsky, Ernst Tol-ler, Walter Mehring, Erich Mühsam, Irmgard Keun, Alfred Döblin. Die Bücherverbrennung wirkte über



Die Bücherverbrennung wirkte über den Zusammenbruch des Dritten Reichs hinaus.

den Zusammenbruch des «Dritten Reichs» hinaus, die Geschichte der Wiederentdeckungen ist bis heute nicht auserzählt.

Sieg des Wortes

Die Geschichte, die er erzähle, sei eine vom Über-leben, so Werner Fuld in seinem 2012 erschienenen Standardwerk «Das Buch der verbotenen Bücher». Überleben von Schreibenden, von Ideen, von ver-meintlicher Unwiderlegbarkeit, Gewissheit und Wahrhaftigkeit, vom Überdauern des in Büchern gespeicherten Wissens der Menschheit. Gibt aber die Nachwelt jedem verbotenen Buch die ihm ge-bührende Würde zurück, wie Tacitus angesichts einer Bücherverbrennung vor 2000 Jahren prophe-zeite? Lassen lodern Flammen manch unliebsame Schrift erst in wahrhaft hellem Licht erstrahlen? Ist öffentlicher Bann für die Absicht der Zensoren also letztlich kontraproduktiv? Oft waren es gerade Zen-surmassnahmen, die den Zeitgeist prägten und Long-seller schufen. Der «Ulysses» von James Joyce nahm erst richtig Fahrt auf, als die Buchhändlerin Sylvia Beach von «Shakespeare & Company» in Paris das



Foto: Foto: picture-alliance/brandstaetter image/Schostal Archiv/Anonym

innovative Werk auf eigene Kosten drucken und an Suskribenden wie Hemingway ausreichen liess. Tatsächlich zeigt die Geschichte der verbotenen Bücher auch, wie Vernichtung und Verfemung wieder ins Gegenteil, die Sichtbarmachung, verkehrt werden kann. Unzählige Kultureinrichtungen, Projekte und Initiativen haben sich die Erforschung künstlerischen Dissidententums auf die Fahnen geschrieben. Und es werden immer noch mehr. Das Kunstmuseum Solingen beispielsweise wurde zum «Museum der verfolgten Künste». Das Haus bietet ebenenjenen «verbrannten Dichtern», die im Zeitalter der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts zum Verstummen gebracht werden sollten, ein breites Forum. Kern ist die Sammlung des Hamburger Journalisten Jürgen Serke (1938–2024), der Literaten ins Licht zurückholte, darunter jüdische Lyrikerinnen wie Mascha Kaléko, Claire Goll und Rose Ausländer. Büchervernichtung zum Lebensthema und einst Verfemte wieder sichtbar gemacht hat desgleichen der Sammler Georg P. Salzmann (1929–2013). Er trug 12 000 von den Nationalsozialisten verbotene Bücher zusammen. Auch die 2012 dem Jüdischen Museum Berlin übereignete George-Warburg-Sammlung spiegelt mit Werken von über 350 Autoren die zur NS-Zeit verbotene, verbrannte und vertriebene Literatur. Die unterminierte Freiheit des Wortes ist sogar selbst in ein Kunstwerk übersetzt worden: Für die documenta 14 entstand eine Monumentalinstallation, bestehend aus über 70 000 verbotenen Büchern. Die Gesamtzahl der weltweit verbotenen Bücher ist nicht zu überblicken. Permanent kommen weitere hinzu. Auch heute machen Vorstös-

Die Bücherverbrennung in Deutschland von März bis Oktober 1933 der NSDAP gegen verfemte Autoren steht am Anfang der folgenden Judenvernichtung.

se zu Buchverboten Schlagzeilen, nicht nur jene, mit denen sich das woke akademische Milieu vielerorts konfrontiert sieht. Ziel von Ausgrenzung sind insbesondere Publikationen über Rassismus, Sexualität, Genderfragen oder von nichtweissen Autoren. Konsens herrscht über das berechtigte Verbot von kinderpornographischen Machwerken und elaborierten Gewaltexzessen. Bret Easton Ellis' Horror-Weltbestseller «American Psycho» wurde 2001 erst nach mehreren Gerichtsverfahren freigegeben. Verbote ergingen auch aus Gründen des Persönlichkeitsrechts.

Von Biller bis König

Maxim Billers 2003 erschienener Roman «Ezra» wurde wieder vom Markt genommen, weil Figuren darin auf nicht hin zunehmende Art und Weise nach realen Personen porträtiert wurden: Der Schutz der Intimsphäre setze der Kunstfreiheit Grenzen, begründete das Bundesverfassungsgericht 2007 die Verbotsentscheidung.

Aktuell sorgt der Fall des Berliner Galeristen-Ehepaars Johann und Lena König für Aufmerksamkeit: Der Streit um einen von ihnen beanstandeten Roman geht weiter, nachdem das Landesgericht Hamburg Ende Februar den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen hat. Die Antragsteller monieren die zahlreichen Übereinstimmungen zwischen Roman und ihrer Lebensrealität. Im Fall König fiel die Abwägung zwischen Persönlichkeitsrecht und Kunstfreiheit also zugunsten letzterer aus. Die Kunstfreiheit stösst immer häufiger auch auf Grenzen, wo Sprache als verletzend erlebt wird, wo sprachliche Bereinigung althergebrachter Bücher wie «Winnetou» gefordert wird, deren Wortwahl heute in Teilen als anstössig empfunden wird. Zwar ist Sprache ein sich ständig verändernder Organismus, sie ist aber auch zum Schlachtfeld geworden, um über Neudefinition dessen, was opportun ist, die Gesellschaft zu formen. Buchverbote erzählen in immer neuen Facetten von gehndeter Grenzüberschreitung, von Denkschulen und der Emanzipation des Intellekts. Der Grat ist schmal zwischen Interdikt, Gängelei und Sensibilisierung in sich verändernden Gesellschaften. Und führt manchmal auf den Pfad des Kuriosen. Vor ein paar Jahren wurden in Kalifornien Exemplare des Märchens «Rotkäppchen und der Wolf» beschlagnahmt. Nicht aber wegen des Aufschlitzten eines lebenden Tieres, des Wolfes. Sondern weil Rotkäppchen, das der Grossmutter einen Korb mit Essbarem bringen will, darin auch ein Fläschchen Wein transportiert: Anstiftung zum Alkoholgenuss wollten die Zensoren nicht dulden.

Katja Behling ist Journalistin und Publizistin und lebt in Hamburg.

GOTTFRIED
BERMANN
FISCHER



«Habent sua
fata libelli»



Aus: *aufbau* XXII—No. 44, Freitag, 2. November 1956.

Bücher haben Schicksale. Manchmal sind es ganz kuriose Vorgänge, die sie hervorrufen. Thomas Mann begann seine «Buddenbrooks», wie er mir einmal gestand, um seiner Mutter und seinen Schwestern eine amüsante Familiengeschichte zu erzählen. Als sich das Manuskript schliesslich zu mehr als tausend Seiten ausgewachsen hatte, beschloss er, es dem S. Fischer Verlag, der schon eine Erzählung von ihm, «Der kleine Herr Friedemann», veröffentlicht hatte, per Post zu schicken. Das war ein Wagnis. Denn es war ja natürlich (1901) mit der Hand geschrieben und keine Kopie vorhanden: Als er dem Postbeamten schüchtern eine Versicherung von 1000 Mark vorschlug, schüttelte dieser, besorgt um den Geisteszustand des jungen Mannes, den Kopf. Welche Verschwendug, für dieses beschriebene Papier so viel Geld auszugeben. Lektorat und Verlagsleitung des S. Fischer Verlages, bel denen das Manuskript wohlbehalten eintraf, waren begeistert. Aber die Länge des Manuskripts war entsetzlich. Tausend Seiten und mehr. Wer sollte einen so umfangreichen Roman kaufen? Kürzungen kamen nicht in Frage. Und so kam es, wie es kommen musste, das Buch ging nicht. Im ersten Jahr wurden kaum 1000 Exemplare verkauft. Da entschloss man sich, es mit einer verbilligten Ausgabe in einem Band nochmals zu versuchen. Und plötzlich begann das Interesse zu erwachen. Eine Auflage folgte der anderen, und in wenigen Jahren wurde dieses Buch eines Unbekannten zum klassischen Roman des Bürgertums, nicht mehr fortzudenken aus der Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts, in alle Sprachen übersetzt, in Millionenauflagen verbreitet. Allein in deutscher Sprache sind bisher mehr als 1 3/4 Millionen Exemplare verkauft worden. Das Manuskript, dessen Versicherung mit 1000 Mark dem Postbeamten in München im Jahre 1901 so absurd erschien, hat die Versicherungsspesen gelohnt. Verlorengegangen aber ist es dennoch: im Jahre 1943, als das Haus eines Münchner Anwalts, dem Thomas Mann es in Obhut gegeben hatte, während des Bombardements verbrannte.

Ganz anders entwickelte sich das Schicksal des Werkes Hugo von Hofmannsthals. Obwohl auch hier von Anbeginn seine erstaunliche Erscheinung die Gemüter seiner Zeitgenossen bewegte und Männer wie Stefan George tief beeindruckt von seiner genialen dichterischen Begabung waren, blieb seine Wirkung auf einen relativ kleinen Kreis beschränkt. Die erste Gesamtausgabe in sechs Bänden, die der S. Fischer Verlag im Jahre 1924 herausgab, erreichte keine hohe Auflage. Hofmannsthal war damals in den Ruf eines Ästheten geraten, und nur seine Operntexte, sein «Jedermann» und das eine oder andere seiner Stücke bewahrten im Bewusstsein einer grösseren Leserschaft seinen Namen vor dem Verschwinden. Während der Nazizeit geriet er in Deutschland fast ganz in Vergessenheit. Im Jahr 1944 begann ich in Stockholm mit der Gesamtausgabe seines Werkes, die auf dreizehn Bände berechnet war. Das überragende Werk eines der grösssten Dichter, Dramatiker und Essayisten unserer Zeit durfte nicht verlorengehen. Unermüdlich arbeiteten wir an seiner Wiedererweckung im Bewusstsein Deutschlands. Und es ist gelungen. Seit 1950 fanden 956 Aufführungen von Werken Hofmannsthals statt. «Der Schwierige» wurde 232 Mal gespielt, allein am Berliner Theater am Kurfürstendamm 79 Mal. Häufig gespielt wurden u. a. auch «Das Salzburger grosse Welttheater» (221 Mal) und «Jedermann» (201 Mal). Die inzwischen auf elf Bände angewachsene, sorgfältig editierte Gesamtausgabe hat diesem grossen unvergänglichen Werk den ihm gebührenden Erfolg gebracht.

Ähnlich ging es mit dem Werk Kafkas. Sein Name war 1945 nur noch einem kleinen Kreis von Kennern bekannt. Zu seinen Lebzeiten war die Wirkung seiner Bücher auf wenige in Deutschland beschränkt geblieben. Man wusste in Frankreich und Amerika, insbesondere durch den Einsatz und das mäzenatische Wirken von Salman Schocken, mehr über das Genie Kafkas als in dem Lande, dessen Sprache er so meisterhaft für sein schöpferisches Werk verwandt hatte. Als ich im Jahre 1951 den ersten Band der Gesamtausgabe, den «Prozess», in Deutschland veröffentlichte, rief das eine Sensation von unerwarteten Ausmass hervor. Das Buch, das mehr als dreissig Jahre vor dem Zeitpunkt seines Wiedererscheinens geschrieben und vom Dichter zur Vernichtung bestimmt war, schlug wie ein Blitz in die Gemüter der deutschen Jugend von 1951. Merkwürdiges Schicksal eines Werkes, das nach langer Vergessenheit einen so tiefen, nachhaltigen Eindruck auf eine ganze Generation machen konnte.

Grösster Bucherfolg

Bücher bedeuten auch Schicksal. Als Franz Werfel, der damals in Südfrankreich lebte, 1940 auf der Flucht vor den nun auch dorthin vorstossenden Truppen durch Lourdes kam, gelobte er, im Falle seiner Rettung ein Buch zum Lobe der heiligen Bernadette zu schreiben. Er wanderte zu Fuss mit seiner Frau über die Pyrenäen, rettete sich nach Spanien und gelangte schliesslich mit Hilfe des von Präsident Roosevelt gegründeten «Presidential Rescue Committee» in die Vereinigten Staaten. Ich werde nie vergessen, wie ich ihn im New Yorker Hafen noch recht elend von den Anstrengungen seiner Flucht empfing. Das Buch, das er damals im Kopf trug und an das niemand so recht glauben wollte, wurde einer der grösssten Bucherfolge und

machte ihn in kürzester Zeit zum wohlhabenden Mann. Innerhalb eines halben Jahres wurden in Amerika 650 000 Exemplare verkauft. Die deutsche, zunächst in Stockholm erscheinende Ausgabe, die ich später nach Deutschland brachte, hat insgesamt mehr als eine halbe Million erreicht und wurde in nahezu alle Sprachen übersetzt.

Ganz unerwartet kam der Erfolg eines anderen Buches. Eines Tages erschien in meinem Wiener Büro – es war kurz nach der Eröffnung des österreichischen Bermann-Fischer Verlages im Jahre 1936 – eine mir unbekannte literarische Agentin aus Paris und erzählte mir von dem Plan der Tochter Madame Curies, Eve Curie, die Biographie ihrer Mutter zu schreiben. Eve Curie war ganz unbekannt. Man kannte ihre ältere, berühmte Schwester, Madame Joliot-Curie. Von Eve wusste man nichts, vor allem nicht, ob sie schreiben könne, und ob sie über die für eine Biographie der Entdeckerin des Radiums notwendigen physikalisch-chemischen Kenntnisse verfüge. Aber mich interessierte die Darstellung des Lebens der Forscherin, deren Arbeit unsere Welt so tiefgreifend verändern sollte, und ich schloss einen Vertrag über das zu schreibende Buch mit der Bedingung, dass Madame Joliot die wissenschaftlichen Teile des Buches überprüfe. Anfang 1937 kam das französische Manuskript, eine höchst interessante, gut geschriebene Darstellung. Die Übersetzung wurde schnell fertiggestellt und die Erstauflage mit ängstlichem Zögern auf 5000 Exemplare festgesetzt. Das war ein Wagnis. Denn das Buch konnte ja nicht mehr in Deutschland verkauft werden. Aber als es Weihnachten 1937 erschien, setzte unvermittelt der Erfolg ein. In den wenigen Monaten, die dem Verlag noch in Wien beschieden waren – im März 1938 kam ja schon die zweite Auswanderung nach Stockholm – wurden 40 000 Exemplare verkauft. Das war für das kleine, dem Exilverlag verbliebene Absatzgebiet eine beachtliche Menge. Wie dieses Buch den Anfangserfolg der ersten Exilepoche darstellte, so wurde es auch zum Start des zweiten Exils in Stockholm. Schon zwei Monate nach der Flucht aus Wien begann ich mit der Neuauflage im soeben gegründeten Stockholmer Bermann-Fischer Verlag, und von hier setzte das Buch seinen Siegeszug fort: Es gehört bis zum heutigen Tage zu den stetig fortwirkenden Büchern unserer Zeit.

Mit allen diesen Geschichten aber zeichne ich, nur eine Seite des Bildes die sichtbare, die Erfolgsseite. Die andere liegt im Dunkel des Schweigens der Erfolglosigkeit und Namenlosigkeit.

Ähnlich ging es mir mit einem unserer letzten «Bestseller», dem inzwischen so berühmt gewordenen Roman von James Jones «Verdammte in alle Ewigkeit» (From Here to Eternity). Als ich die Druckbogen der amerikanischen Ausgabe las, war ich sofort beeindruckt von der echten Erlebniskraft des Autors und dem empörten Protest gegen Sturheit und Ungerechtigkeit. Das Buch war ein Aufschrei, ein wildes Umsichschlagen, rücksichtslos gegen sich und den Leser, mit Darstellungen, wie sie vorher wohl noch nicht in solcher Brutalität niedergeschrieben worden waren. Aber hat unsere Zeit nicht alles Frühere an Brutalität übertroffen? Konnte ein junger Schriftsteller das, was ihm Herz und Gemüt versengt hatte, anders als in der gnadenlosen Form seines Erlebens darstellen? Und mit welcher Könnerschaft war es hier gestaltet! Das Obszöne war nicht um der Obszönität willen in seiner Schamlosigkeit beschrieben, nicht um der Sensation willen waren die namenlosen Menschenquälereien, die Entwürdigung des Individuums dargestellt; es ging dem Autor um die Rettung der Menschenseele, der Menschenwürde.

Als die ersten Exemplare der deutschen Übersetzung den Buchhandel erreichten, war man dort zunächst erstarrt vor Schrecken. Und Abscheu. Ich hatte viele Gespräche mit meinen Freunden vom Sortimentsbuchhandel zu führen und viele Briefe zu schreiben, um von dem Ernst des Verfassers zu überzeugen, von seiner moralischen Absicht, von der Notwendigkeit, den Kampf gegen Unmoral, Unmenschlichkeit, Verkommenheit in unserer Zeit mit den stärksten Mitteln zu führen, ohne Maske und ohne falsche Scham. Nur langsam gelang es diesen Bemühungen, den Wall des Widerstandes zu brechen. Der Erfolg des Films, der ein Jahr nach Erscheinen hunderttausende von Menschen in seinen Bann zog, brachte das Buch noch mehr in das Bewusstsein breitester Kreise. Inzwischen hat es die Hunderttausend-Grenze weit überschritten und wird so schnell nicht in Vergessenheit geraten.

Literarischer Wert

Das sind nur ein paar Erlebnisse eines Verlegers mit seinen Büchern, einige wenige mit solchen, von denen man sagen kann, es hat sich der Mühe verlohnt. Ich könnte noch viele ähnliche Geschichten erzählen über die Schicksale des Werkes von Carl Zuckmayer, von Thornton Wilder, Manfred Hausmann oder Albrecht Goes, oder wie ich Christopher Fry fand und um seine Übersetzung Ringkämpfe vollführte. Mit allen diesen Geschichten aber zeichne ich nur eine Seite des Bildes, die sichtbare, die Erfolgsseite. Die andere liegt im Dunkel des Schweigens der Erfolglosigkeit und Namenlosigkeit. Viele Bücher, an deren literarischen Wert der Verleger glaubt, haben trotz aller Bemühungen des Verlags keinen Erfolg, nur Glück und Erfolg müssen diesen Misserfolgen die Waage halten. Sonst ist ja schlecht um das Schicksal des Verlegers bestellt. Oft sind es die schlechtesten Kinder seiner Liebe nicht, die da im Dunkel seines Lagers ruhen müssen. Ein zweites oder drittes Buch des Verfassers mag Erfolg haben und die Vergessenen wieder ans Licht bringen. Es gehört Geduld und Mut dazu, den Glauben an diese Stiefkinder zu bewahren und abwarten zu können. ■

Aus dem Aufsatz «Vom Verlegen der Bücher» des bekannten deutschen Verlegers.

Wir übernehmen Verantwortung.

Francescantonio Candio und Thierry Bloch erarbeiten
Lösungen für philanthropische Engagements.



dreyfus
BANQUIERS
1813

Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers
Basel | Delémont | Lausanne | Lugano | Zürich | Tel Aviv
contact@dreyfusbank.ch | www.dreyfusbank.ch

Verantwortung für Ihr Vermögen.

IMPRESSUM

VERLAG

JM Jüdische Medien AG
Postfach
8027 Zürich
Tel: +41 44 206 42 00
verlag@aufbau.eu

HERAUSGEBER
Michel Friedman

WEBSITE
www.aufbau.eu

REDAKTION
Tel: +41 44 206 42 22
redaktion@aufbau.eu

Chefredaktor Yves Kugelmann

Redaktion Andreas Mink,
Valerie Wendenburg,
Daniel Zuber, Valerie Heim

Korrespondentenbüros
Connecticut (USA), Tel Aviv
(Israel), Frankfurt und
Hamburg (Deutschland)

Ständige MitarbeiterInnen
Sibylle Berg, Doug Chandler,
Susannah Edelbaum,
Gabriel Heim, Monica Strauss
Die gesamte AutorInnenliste
findet sich auf www.aufbau.eu

AGENTUREN

Jewish Telegraphy Agency (JTA)
Keystone-SDA
Schocken Syndication
New York Times Syndicate

Abdruck- und

Lizenzzenehmigungen
Nutzungs- und Rechteanfragen
verlag@aufbau.eu

ARCHIVE

www.aufbau.ch/suche
Die Aufbau-Archive führt der
Verlag in Kooperation mit dem
Leo Baeck Institut New York und
der Deutschen Nationalbibliothek
Die gesamten historischen
Archive der JM Jüdische
Medien AG: Archiv für
Zeitgeschichte der ETH Zürich
www.afz.ethz.ch

ANZEIGENVERWALTUNG

Tel: +41 44 206 42 00
verlag@aufbau.eu

ABONNEMENTSDIENST

Abonnemente
+41 41 349 17 64
Online
abo@aufbau.eu

PRODUKTION

Erika Moser, Margie Schmidli
JM Jüdische Medien AG, Büro
Basel mit Studio ZX GmbH -
Ein Unternehmen des
ZEIT Verlags, Hamburg

Konzept und Layout

Jürgen Kaffer und
Adrian Pickhaus

Bildredaktion

Sari Schildt

DRUCK

Werner Druck und Medien, Basel

DISTRIBUTION

Assendia Press
Schweizer Post

REDAKTIONSSCHLUSS

30. April

RECHTE UND Lizenzen

Für unverlangte Einsendungen
wird vom Verlag keine Haftung
übernommen.
Sämtliche Verwendung, Nach-
drucke oder digitale Nutzung
von Texten, Fotos und übrigen
Inhalten aus den aktuellen Titeln
oder Archiven der JM Jüdischen
Medien AG bedürfen einer
Genehmigung oder werden bei
unerlaubter Nutzung gemäss
Lizenzen verrechnet.

Rechte an den Titeln:
Das jüdische Wochemagazin
Taches,

Jüdische Rundschau,
Israelitisches Wochenblatt,
Jüdische Rundschau,
Revue Juive, Aufbau,
J MAG:books, J MAG:productions,
Legatus

**Die nächste Ausgabe erscheint
im Mai.**



Europas Krieg

Von Regula Heusser-Markun

Der Angriff auf das Wort in der UdSSR und in ihren Nachfolgestaaten führt auf neuen Nationalismus, die Unfreiheit des Denkens und Krieg zu.

Auf die starke Stellung des Wortes in der sowjetischen Realität waren Andersdenkende stolz. Wo sonst kam man ins Gefängnis für schriftliche oder mündliche Äusserungen? Verfolgung als Beleg für Bedeutung; das Schema gilt auch heute unter völlig andern Vorzeichen. Vielen Schreibenden, aber auch MitarbeiterInnen von NGOs wird in Russland das Etikett «ausländischer Agent» angehängt. Ein Verdikt, dass jedes Mal erwähnt werden muss, wenn die betroffene Person sich öffentlich, etwa in einem Interview, zu Wort meldet. Längst hebt die Markierung das Prestige der (Aus)gezeichneten bei einem wachsenden kritischen Publikum im In- und

Ausland. Doch um Literatur geht es nicht, es geht um die Person.

30 Jahre Ende

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine kann nicht ausgeblendet werden, dass beide Parteien Jahrzehnte geteilter Erfahrungen als Bürger der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) hinter sich haben. Von der imperialen Vergangenheit, die vor gut 30 Jahren zu Ende ging, haben sich alle, auch die Russen und die Ukrainer, emanzipiert und unterschiedliche Wege eingeschlagen. Während die russische Föderation sich auch nach 1991 weiterhin als Vielvölkerstaat begreift – auch Tschetsche-

nen, Tataren, Burjaten und viele mehr sind Inhaber des russischen Passes –, wählte die junge Ukraine die Option Nationalstaat mit europäischer Anbindung. Dass beim Zerfall multikultureller Grossreiche Nationalismen blühen, zeigt die Geschichte. Die untergehende Habsburgermonarchie machte diese Erfahrung ebenso wie Jugoslawien in den 1990er Jahren.

Mit der Auflösung der Sowjetunion wurden weitere drastische Einschnitte eingeleitet: Der Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft, der Abschied vom Einheitsparteiensystem zu einem politischen Pluralismus – beides verbunden mit dem Versprechen der Demokratie. Unterstützung für den Systemwech-

Liudmyla Datsenko ordnet Bücher in der vom Krieg zerstörten Wohnung ihrer Tochter in Kiew.

sel leistete die freie Welt. Anfangs voller Hoffnung auf ein besseres Leben, spotteten die Begünstigten schon bald: Ihr im Westen habt Demokratie, wir im Osten Demokratisazija, das ist wie Kanal und Kanalisation. Man fand sich auf der Schattenseite.

Überwachtes Wort

Immerhin verschwand die Zensur, mitunter bis zur Duldung der Publikation von im Westen verbotenen Hetzschriften, auch Klassiker des Rassismus und Antisemitismus. Das Wort, zur Sowjetzeit in Russland wie in der Ukraine vom Kreml, dem zentralen Herrschaftszentrum, überwacht, hatte jetzt freien Lauf. Literatur und Publizistik blühten, was alle postsowjetischen Republiken beflogte. Während in der Staatsbezeichnung der Union zwar der Sozialismus, nicht aber eine Titularnation figurierte – in ihren Teilrepubliken und autonomen Gebieten aber sehr wohl –, fiel jetzt das einende Dach weg. Sowjetisch wurde zu postsowjetisch. Die gemeinsamen Erinnerungen aber blieben. Im Kommunismus geächtete Autoren und Aktivisten liessen sich zwar national zuordnen, viele hatten jüdische Wurzeln, aber sie waren «sowjetische Dissidenten» auch für die freie Welt. Sie hatten das vor über 200 Jahren aus Europa importierte Bildungssystem genossen, fühlten sich europäisch, wurden trotz schwieriger Kommunikationswege vom Westen wahrgenommen und unterstützt.

Inszenierte Schauprozesse

Dass der in Moskau 1925 geborene Juli Daniel sein Geburtsdatum fälschte, um in der Ukrainischen Division gegen die Wehrmacht kämpfen zu dürfen, geschah aus patriotischen Motiven, angegriffen worden war das Vaterland Sowjetunion, die westlichsten Teilrepubliken waren die ersten Opfer. Der Schriftsteller Daniel, verheiratet mit der in Charkiw geborenen Larissa Bogoraz, die später als Menschenrechtlerin in Moskau gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag protestieren sollte, publizierte seine satirischen und antiutopischen Schriften als Nikolai Arschak



im Ausland. Genau wie Andrej Sinjawska, der sein Pseudonym Abram Terz nach einer Gaunerfigur der Odessaer Folklore wählte. Ihre Heimat war zwar ein geschlossenes Land, aber ein weitläufiger, kulturell gemischter Lebensraum.

Der 1966 inszenierte Schauprozess gegen Juli Daniel und Andrej Sinjawska gilt als Beginn der Dissidentenbewegung, die in der Heimat Zuspruch fand und im Westen Menschenrechtler alarmierte. Denn totalitäre Methoden schienen zurückkehren, zehn Jahre nach dem Chruschtschow eine wenn auch halbherzige Entstalinisierung eingeleitet hatte.

1965, am 5. Dezember, dem Tag der sowjetischen Verfassung, fand auf dem Moskauer Puschkinplatz eine Manifestation für die beiden Autoren statt, gefordert wurde künstlerische Freiheit. Die Bürgerrechtsbewegung war geboren. Im Prozess wurde nicht nur das Publizieren herausgeschmuggelter Manuskripte im Ausland inkriminiert, sondern auch der antisowjetische Charakter der Erzählungen. Dass schöngestigte Literatur generell nicht in politische und juristische

Formulierungen gezwängt werden könnte, war ein Argument der Verteidigung. Sinjawska bekannte sich damals ausdrücklich als Sowjetpatriot. Ein Schuldeingeständnis verweigerten beide, bevor sie zu langer Lagerhaft verurteilt wurden. 62 Schriftsteller wehrten sich gegen dieses Verdict, unter ihnen Lydija Tschukowskaja, die mit ihrer mutigen Feder, auch mit offenen Briefen, bis an ihr Lebensende 1996 gegen Zensur und für Menschenrechte kämpfte. Im Nachgang zu dem Prozess von 1966 wurden neue Strafparagraphen erlassen, so § 190.1, «Verleumdung des sowjetischen politischen und gesellschaftlichen Systems». Der Moskauer Journalist Alexander Ginsburg legte im Samisdat ein «Weissbuch in Sachen Sinjawska/Daniel» vor. Als Verfasser dieser Prozessmitschrift landete er selber im Lager. Wladimir Bukowski, der später auf Grund eigener Erfahrung ein Dossier über Strafpsychiatrie erstellte und diesem zur Verbreitung im Ausland verhalf, hatte sich vergeblich gegen Ginsbergs Verhaftung gewehrt.

Kampf für das freie Wort seit 1991

Jelzin lud den 1976 ausgebürgerten Bukowski nach der Auflösung der UdSSR nach Moskau ein, wo er 1993 als Beobachter des Referendums zur Vertrauensfrage für Präsident Jelzin zugegen war – nach dessen blutiger Aktion gegen die Opposition, die sich im Parlamentsgebäude verschanzt hatte. Nach diesem Augenschein äusserte sich Bukowski negativ über die Folgen der Perestroika, was mit einem Einreiseverbot quittiert wurde.

Das von Chruschtschows Entstalinisierungsrede ausgelöste «Tauwetter» (so wurde die Periode von 1953 bis 1968, von Stalins Tod bis zur Niederschlagung des Prager Frühlings genannt) war die grosse Phase der Freiheiten nicht nur für die sowjetische Kunst- und Literatengemeinde gewesen. Ausgerechnet dieses Tauwetter wurde 2017 im längst etablierten Putin-Staat mit einer umfassenden Moskauer Ausstellung gefeiert. Der Soziologe Boris Kagarlitski schrieb im Begleitbuch, heute klängen die Ideale des Tauwetters wie ein Vorwurf an die

ideelle Leere und den Zynismus. Das Bewusstsein der Intellektuellen habe jede philosophische Tiefe eingebüßt, das existenzielle Bedürfnis nach Freiheit und kritischem Denken sei zunichte gemacht.

Inzwischen ist auch Kagarlitski ein ausländischer Agent. Wegen eines satirischen Videos über die Explosion auf der Krimbrücke von 2022 droht ihm eine lange Haftstrafe wegen Anstiftung zu Terrorismus. Doch er sammle Material für ein Buch über den Strafvollzug und sei zuversichtlich, dass alles gut komme, wenn man noch etwas ausharre in dieser für sein Land düsteren Zeit. Als ausländische Agenten – die angeblich Zuschüsse von internationalen Stiftungen wie etwa der Open Society Foundation von Feindbild Georg Soros geniessen – werden Schriftsteller nicht ihrer Texte wegen, sondern nur für ihre Kritik am Krieg stigmatisiert. Die Bücher von angesehenen und auch in Russland seit Jahren gefeierten Autoren wie Ludmilla Ulitskaja oder Boris Akunin wurden deshalb unlängst aus Buchhandlungen und Bibliotheken entfernt. Desgleichen die Werke von Wladimir Sorokin, der im März 2022 einen Aufruf an alle Russischsprachigen, die Wahrheit über den Krieg zu verbreiten, mit verfasst hatte. Sorokin mit seinen Dystopien ist kein literarisches Leichtgewicht. Der «Tag des Opritschniks» erschien bereits 2007 und blickt in ein autoritäres Russland des Jahres 2027, in dem die Leibwächter des Herrschers die privilegierte Oberschicht bilden. Als der Literaturwissenschaftler Wiktor Schenderowitsch, in der Jelzin-Ära Schöpfer der russischen Muppet Show, 2015 in London war, traf er Chodorkowski. Dieser bat ihn, er möge Sorokin überreden, das Schreiben einzustellen, wo er doch stets die Szenarien dafür entwickle, was Putin demnächst unternehme.

Die Zahl der geächteten Schriftsteller und Publizisten wächst. Viele verlassen wie zehntausende Bürger das Land, was rechtlich nicht verhindert, allerdings finanziell zunehmend schwieriger wird. Dass es eine Liste verbotener Bücher gebe, bestreitet das Kulturministerium. Der russische Verlegerverband hat indessen unlängst ein «Expertenzentrum für Bücher» geschaffen.



Sehnsuchtsort Buchhandlung während eines Bombenalarms in der Kiew.

Doch Autoren finden ihre Verleger im Ausland auch dank dort bereits etablierter Kollegen.

Profil der Zensur in der Ukraine

Mit dem Ende der UdSSR im Jahr 1991 änderte sich Situation nicht nur politisch und sozioökonomisch, sondern auch mental abrupt. Bei der Auflösung von Vielvölkerstaaten triumphiert – wie es, wie erwähnt, die Habsburgermonarchie im Zuge des Ersten Weltkriegs, Jugoslawien Ende des 20. Jahrhunderts illustrieren – der Nationalismus. Die Ukraine ist angesichts ihrer bewegten Geschichte zwischen Imperien ein Vielvölkerstaat, wo das Russische in Teilen mehr Sprecher hat als das Ukrainische, das (Krim)Tatarisch als Minderheitensprache ebenso präsent ist wie in Lwiw das Polnische oder im Hinterland Odessas das Rumänische. Was vielen Muttersprache ist, auch jenseits der ethnischen Zugehörigkeit, verschwindet in den letzten zehn Jahren per Gesetz als Idiom für den privaten Gebrauch

hinter einer einzigen Landessprache: dem Ukrainischen. Landes- und Sprachgrenzen kongruent zu machen, ist ein Kraftakt, die Eingriffe in das Schulsystem und den Lesekanon für viele eine Kränkung und ein Irrweg. Die Zensur, zumal in Kriegszeiten, duldet keinen Widerspruch. Dass der Feind «der Russe» ist, verführt zu russophoben Exzessen gegen ein kulturelles Erbe, das politisch nicht erwünscht scheint. Alle Puschkin-Strassen im Land zugunsten von Figuren aus der ukrainischen Geschichte umzubenennen, die Statue von Katharina der Grossen, Gründerin der Stadt Odessa, von ihrem Platz vor der Oper zu verbannen, beleidigt neben Historikern auch viele Bürger. Genau wie das Entfernen des Isaak-Babel-Denkmales, wo dieser doch wie kaum jemand sonst die Stadt und die Bewohner Odessas kannte und in seinem Werk mit liebevoller Ironie porträtierte. Aber eben – auf Russisch. ■

Regula Heusser-Markun ist Slawistin und Journalistin in Zürich.

Die Veröstlichung des Westens



Aufbau | Sie sind 1929 in Budapest geboren, haben Flucht und Gefängnis hinter sich. Wenn Sie auf die aktuellen Entwicklungen in den USA und Europa blicken, holt sie da Ihre Biographie zurück?

Paul Lendvai | Es gibt eine historische, interessanterweise jetzt nirgends erwähnte Dimension, nämlich dass dieser Krieg mit einem jüdischen Präsidenten der Ukraine geschieht. Ich bewundere diesen Mann restlos, und ich verabscheue Trump und seinen Vize Vance wegen der Demütigung des Präsidenten Selenski zutiefst. Das ist ähnlich wie es Hitler mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Hácha gemacht hat. Was jetzt passiert in Amerika, das uns alle gerettet hat, ist unglaublich. Dass die Ukrainer, die wie so viele andere Osteuropäer viele Juden umgebracht haben, jetzt den Juden Selenski als Präsidenten unterstützen, ist ein Wunder. Ich bin indessen insofern nicht nur pessimistisch, als ich jetzt von Starmer und Grossbritannien begeistert bin – so wie Kreisky Churchill bewunderte. Es gibt also zum Teil Parallelen, doch das hängt auch davon ab, wie alt man ist, wenn man es betrachtet. Persönlich ist es für mich natürlich nicht mit 1944 oder 1956 vergleichbar. Es liegt jedoch ein unglaublich bedrohlicher Schatten über uns – aber noch nicht mehr.

Aufbau | Was verstehen wir seit vielen Jahren im Westen nicht, was man aus der Perspektive des Ostens, von Polen oder Ungarn, in Bezug auf Russland verstehen sollte?

Paul Lendvai | Es ist eine Serie unglaublicher Kehrtwendungen. Einerseits wollten wir den Osten verwestlichen und erleben jetzt die Veröstlichung des Wes-

tens. Die andere Geschichte ist, dass 1989/90, als das Sowjetreich zerfiel, niemand so viel gewonnen hat wie die Osteuropäer. Nirgends ist in Europa aber die Unterstützung für Putins Nachfolgediktatur so stark wie in Ländern, die 1989 begeistert waren. Schauen Sie, wie heute Ungarn, die Slowakei, morgen vielleicht auch Tschechien dastehen. Dazu kommt nun Amerika; morgen kann Bosnien explodieren, und wir wissen auch nicht, was in Albanien, im Kosovo und in Serbien passieren wird. Es ist eine ganz, ganz gefährliche Situation und erinnert an eine Aussage des amerikanischen Journalisten Harrison Salisbury in der ersten Zeit der Nach-Stalin-Periode, wonach es so sei wie wenn drei Leute in einem schnell fahrenden Auto um das Lenkrad kämpfen. Diese Situation haben wir nun mit Trump; er kann machen, was ihm einfällt, und die Milliardäre rund um ihn kapitulieren – es ist unfassbar.

Aufbau | Historische Vergleiche haben Konjunktur und sind doch meist falsch. Dennoch die Frage: Kann man das mit 1930 vergleichen, als Hitler die deutschen Industriellen an sich band?

Paul Lendvai | Natürlich, und zum Glück haben wir keinen Hitler und keinen Mussolini. Der Kniefall der Industrie ist heute aber schneller, und das ist verblüffender und empörender. Unfassbar ist auch, dass kaum einer der republikanischen Abgeordneten und Senatoren in den USA es wagt, gegen Trump aufzustehen, wohl aus Angst, bei den nächsten Wahlen eliminiert zu werden.

Aufbau | Gibt es in den USA eine ähnliche Kleptokratie, wie sie in Ungarn von der verstorbenen



Der Publizist und Osteuropaexperte **Paul Lendvai** über die assymetrischen Bedrohungen Europas durch Russland und USA.

Von Yves Kugelmann

ungarischen Philosophin Agnes Heller kritisiert wurde und vor der sie so lange als demokratiegefährdend gewarnt hat?

Paul Lendvai | Da gibt es einen Unterschied insofern, als Trump und Musk ihren Reichtum hatten, bevor sie an die Macht gekommen sind. In Ungarn war es umgekehrt, ein Kontrast auch etwa zu Berlusconi.

Aufbau | Aber auf der ideologischen Metaebene sind sich Trump und Orbán doch sehr ähnlich.

Paul Lendvai | Orbán war 2016 der Erste, der sagte, dass Trump gewählt würde und er ihn unterstützte. Die Freundschaft mit Trump wird ihm jetzt ange-sichts der Staatsschulden und der Isolierung Ungarns in der EU nicht sehr viel helfen, zumal er gleichzeitig mit Putin sympathisiert, mit dem er seit 2009 eine sehr enge Zusammenarbeit aufgebaut hat. Ich fürchte, dass Orbán nun, wenn er Schwierigkeiten hat, die Glacéhandschuhe ausziehen wird, dafür gibt es schon Anzeichen etwa mit dem Amt für den Schutz der Demokratie. Dieses wird, wie er gesagt hat, die NGOs «ausmisten», welche dann sowieso ihr Geld verlieren. Trump hat ja auch die grösste Agentur für internationale Hilfe praktisch aufgelöst.

Aufbau | Gibt es unter der Trump-Orbán-Matrix des Verständnisses für Putin betrachtet eine ideologische, vielleicht sogar rassistische oder antisemitische Komponente?

Paul Lendvai | Nein, das glaube ich nicht. Dahinter steht nicht Antisemitismus, sondern die Kleptokratie – Hitler und Mussolini waren ja keine Kleptokraten –, und es ist ja nicht bekannt, über was alles Putin oder

Aussenminister Lawrow verfügen, von kostbaren Uhren über Luxuswohnungen bis zu Palästen und so weiter. Auch sind sehr viele Oligarchen in Russland jüdisch. Man sieht es auch an der Abstimmung jüngst in der UNO: Amerika, Belarus, Israel und Ungarn stimmten gegen die Ukraine. Und der israelische Präsident Herzog lobte in Budapest die Orbán-Regierung. Von Orbán gibt es nichts offen Antisemitisches, und Trump hat den Vater seines jüdischen Schwiegersohnes zum Botschafter in Paris gemacht und steht Netanyahu positiv gegenüber. Unter dem Orbán-Regime sind allerdings die Geschichts- und Schulbücher umgeschrieben worden, um zu zeigen, dass die Ungarn nichts mit der Judenvernichtung zu tun gehabt haben sollen, während auch noch gleichzeitig grosse Summen für die Renovierung von Synagogen ausgegeben werden.

Aufbau | Wie viel Judentum ist in ihren Perspektiven, Texten, ethischen Haltungen enthalten?

Paul Lendvai | Für mich gilt, was der Historiker Saul Friedländer von sich sagte: Mein Verhältnis zum Judentum kommt im Kampf gegen den Antisemitismus zum Ausdruck. Mein Judentum zeigt sich aber ganz sicher darin, dass ich die Gefahr sofort spüre. Und heute fühle ich diese durch die Extremisten – da bin ich wie ein Wachhund. Ich spüre das von links, angefangen bei den Diskussionen über Kolonialismus, und ich bin empört, wenn ich sehe, was durch die Linken in den Universitäten – selbst in der von Soros gegründeten «Central European University» – vorgeht. Aber bei den Rechten, die wir ja auch haben, und natürlich bei den Muslimen spüre ich es ebenso.

Aufbau | Der Populismus und die Tendenz nach rechts haben sich in den letzten Jahren stark verschärft. Haben diese Parteien alle auch eine antisemiti sche Komponente?

Paul Lendvai | Nicht alle. Gert Wilders in Holland etwa ist proisraelisch. Aber es ist kompliziert und hängt auch mit dem Verhältnis zwischen Israel und dem Weltjudentum zusammen. Der Sechstagekrieg hat eine unglaubliche Solidarität zwischen den beiden erzeugt, aber dann kam diese fehlerhafte Politik der Besatzung nach 1967. Das ist so geblieben, und der Terroranschlag der Hamas hat noch vor der Zerstörung in Gaza einen starken Antisemitismus wieder angestossen.

Aufbau | Der Konflikt spaltet nicht nur die Welt, sondern auch die jüdische Gemeinschaft. Was ist denn im Verhältnis zwischen dem Judentum und Israel seit Herzls Zionismus falsch gelaufen?

Paul Lendvai | Ich war nie ein Zionist, auch wenn ich in Israel eine Wohnung geerbt hatte und in Tel Aviv hätte leben können. Ich hatte eine Tante, Verwandte und Freunde in dem Land. Letztlich sind wir als Juden und Israeli nicht gleich, aber auch nicht unterschiedlich – es gibt ein unsichtbares Band, das uns verbindet. Aber schon Weizmann wird in einem Brief an Isaiah Berlin zitiert, dass dieser Staat wegen der Politik zugrunde gehen wird, weil die Juden nicht zur Politik geeignet seien.

Aufbau | Was ist für Sie denn unter heutigen Bedingungen ein Zionist?

Paul Lendvai | Zionist kann von mir aus gesehen nur sein, wer dort lebt und ausschliesslich für den Staat Israel wirkt. Und was können Sie heute sagen, wenn Sie Bilder der Panzer sehen, die im Westjordanland auffahren?

Aufbau | Gibt es heute einen Konflikt zwischen Israel und den Juden?

Paul Lendvai | Ja, sicher. Natürlich wird die Politik Israels in Israel gemacht – die leben dort, die sind verantwortlich. Aber das Schlimme, wo es sich deutlich gezeigt hat, ist diese ungeheuer starke Welle des Judenhasses nach dem Hamas-Terrorangriff, und wir Juden werden überall für die aus den Fugen geratenen Gegen schläge in Gaza, ausgesprochen oder nicht, verantwortlich gemacht. Deshalb sage ich, dass es diese unsichtbaren Bände gibt. Natürlich sind wir auch stolz auf die Erfolgsgeschichte Israels.

Aufbau | Dabei wird Österreich generell mit einem speziellen, untilgbaren Antisemitismus konnotiert. Fühlen Sie diesen, oder ist das mehr nostalgische Referenz?

Paul Lendvai | Persönlich kann ich nur sagen: Seit dem 4. Februar 1957 habe ich hier nie persönlich Antisemitismus erlebt – ausser zwei antisemitischen Bemerkungen von arabischstämmigen Taxichauffeuren. Da hätte ich sofort aussteigen sollen. Aber jeder kennt hier heute meine Biografie, und sie kommen zu meinen Vorträgen, kaufen meine Bücher und applaudieren mir.

Aufbau | Aber hat Wien einen speziell zur Stadt gehörenden Grund-Antisemitismus?

Paul Lendvai | Natürlich ist das alles da, es wird ja darüber berichtet, und es wird aufgearbeitet im positiven Sinne in Büchern, Filmen und so weiter. Ich sehe die Leserkommentare im «Standard», wenn ich etwas schreibe, wobei ich wenig über Israel – Judentum schreibe. Aber schon vor eineinhalb Jahren habe ich über Netanyahu, Israel und das Judentum einen kritischen Artikel verfasst.

Aufbau | In Wien ist der Ukrainekrieg viel näher als im Westen Europas. Was, glauben Sie aus Ihrer Erfahrung, wird mit Russland bis in fünf Jahren passieren?

Paul Lendvai | Das weiss kein Mensch. Ich habe das, was 1956 in Ungarn passiert ist, nicht erwartet, und ebenso wenig 1968, 1989 – auch in Deutschland wusste das niemand. Kreisky sagte einmal in einem Vortrag in New York, dass Chruschtschow der beste Kremlinologe war und trotzdem nicht wusste, dass er gestürzt würde. Und ich habe nicht einmal eine Ahnung, was in den nächsten Monaten passieren wird. Einverstanden bin ich mit Leszek Kołakowski, dem grossen polnischen Philosophen, der einmal sagte, dass die Futurologie der grösste Schwindel sei.

Was in der Ukraine passiert, ist eine Generalprobe.

Aufbau | Können Sie als Kenner sich aber vorstellen, was in Putin bezüglich seiner grossen ideologischen Pläne vorgeht? Worum es ihm geht?

Paul Lendvai | Es ist einfach so, dass er ein gestandener Oberstleutnant des KGB war, der das alles in Dresden erlebt hat. Er hat als Frontmann eine unglaubliche Karriere gemacht, und gleichzeitig ist er ein russischer Nationalist, der auch mit grossrussisch-faschistischer Ideologie wieder ein grossrussisches Reich herstellen will. In diesem Sinne ist es natürlich so, dass die am meisten gefährdeten Staaten Litauen, Lettland und Estland sind, indirekt auch Kasachstan. Was in der Ukraine passiert, ist eine Generalprobe. Aus dem grössten Fehler von Putin, nämlich aus dem missglückten Blitzkrieg gegen die Ukraine, könnte dank solcher Idioten wie Trump sein grösster Erfolg werden.

Aufbau | Fürchten Sie sich vor einem grossen Krieg?

Paul Lendvai | Nein, jetzt nein. Die Russen haben in der Ukraine solche Erfahrungen gemacht, dass diese Armee weder in der Ausrüstung noch betreffend Mannschaften wirklich fähig wäre, grosse Kriege zu führen – wenn die andere Seite nicht total die Augen zumacht. Und da habe ich den Eindruck, dass es nicht passiert.

Aufbau | Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang Europa: Hat man die Lektion verstanden, wird Europa geeint auftreten können?

Paul Lendvai | Das weiss ich nicht, und jeder will gewählt werden. Was jetzt in Deutschland passiert halte ich für sehr wichtig, und es verbessert meine Meinung über Merz wesentlich, dass noch mit dem alten Parlament die Schuldenbremse gelockert werden wird. Sehr wichtig ist auch, dass Grossbritannien trotz der Idiotie des Brexits in der NATO wieder eine wesentliche Rolle spielt. Aber ob da alle mitspielen werden, weiss ich nicht. Ich hoffe es, und jedenfalls gibt es zwar nicht viele, aber auch nicht wenige Hoffnungsschimmer.

Aufbau | War es ein Irrtum, wenn man dachte, dass mit der Wende 1989 der Kalte Krieg vorbei sei: Dauert dieser immer noch an, oder sehen wir etwas ganz Neues?

Paul Lendvai | Es ist etwas ganz Neues, denn damals war es ideologischer Sowjet-Kommunismus. Jetzt ist es nackter russischer Nationalismus; es geht nicht darum, mit einer Ideologie die Welt zu verändern. Aber es zeigt die Stärke des Nationalismus, worüber schon Isaiah Berlin seinerzeit geschrieben und was man immer unterschätzt hat. Ich allerdings nicht, und das gehört zu den wenigen Dingen in meinen Schriften, auf die ich ein bisschen stolz sein kann. Aber es ist nicht zu vergleichen, denn es entsteht jetzt nicht ein Block. Es werden gefährliche Zeiten kommen, wenn in einzelnen Ländern wie Serbien oder Bosnien die Nationalisten die Spannungen zur Explosion bringen. Und vor allem auch, wenn der Westen nicht gemeinsam auftritt oder die amerikanische Führungsmacht jetzt mit dem expansiven Russland kooperiert. Was jetzt passiert, ist vielleicht eine historische Wende in Amerika und zwischen Amerika und Russland – unfassbar, und wir wissen nicht, was die Folgen sein könnten. Es ist brandgefährlich – nicht Putin an sich, sondern dass jetzt in diesem Dreieck China-Russland-USA eine von allen guten Geistern verlassene Führung in Washington ohne derzeit wirklichen innenpolitischen Widerstand eine als Kooperation getarnte Kapitulation betreibt. Heute angeblich noch gegen China, morgen vielleicht nicht mehr. Ich wäre jedenfalls nicht glücklich, in Taiwan zu sein bei dieser Art von amerikanischer Unterstützung.

Aufbau | Seit Ihrer Kreisky-Biografie hat sich vieles verändert. Immer wieder wurde ihm aber Antise-

mitismus vorgeworfen, er sei ein selbsthassender Jude. Greift das zu kurz?

Paul Lendvai | Ich hatte das Glück, mit ihm eine enge Beziehung zu pflegen, und ich bin sicher, dass diese durch zwei Dinge bestimmt wurde. Einerseits, dass ich wie er ein Flüchtling war und durch Schreiben ein neues Leben aufbaute. Andererseits aber, dass wir beide Juden waren. Wir hatten grosse Auseinandersetzungen, als ich seine Biografie schrieb; er beschimpfte mich, weil ich immer meine Meinung sagte und auch schrieb, dass in der Regierung vier ehemalige Nazis Platz hatten. Als es dann innerparteiliche Intrigen gegen ihn gab, sagte er mir aber, dass dabei wahrscheinlich auch antijüdische Affekte eine Rolle spielten. Er war ein Mensch mit Widersprüchen, aber er wollte etwas vollbringen und war in mancher Hinsicht vorausblickend. Dass er ein Antisemit war, ist Blödsinn. Seine besten Freunde waren der Unternehmer Karl Kahane und ich. Und er war der herausragendste österreichische Politiker – niemand sonst hat fünf Wahlen, wovon drei mit absoluter Mehrheit, gewonnen, obwohl er zum Anfang als «nicht echter Österreicher» plakatiert wurde.

Aufbau | Wie optimistisch blicken Sie auf die nahe Zukunft?

Paul Lendvai | Wenn man all das durchlebt hat, was ich durchlebt habe, verliert man für immer das Sicherheitsgefühl. Dann hat man immer tief in sich die Angst, dass alles passieren kann: Zusammenbruch des Friedens, des Wohlstands und vieles mehr. Je älter man wird, desto mehr fragt man sich: Wie habe ich das eigentlich alles überstanden? Woher hatte ich den Mut, zu flüchten? Wenn man jung ist, sieht man alles anders, aber mit zunehmendem Alter kommen die Gespenster der Vergangenheit zurück. Man vergisst die nie. Aber wenn ich nachts wachliege, denke ich an die guten wie die schlechten Sachen. Und verglichen mit meinen Freunden und Familienmitgliedern, die in Auschwitz oder Buchenwald waren, ist mein Schicksal etwas anderes. Ich hatte Glück. Meine Wohnung in Budapest wurde 1956 zerstört, aber ich war im Keller. Ich hatte Glück, dass Stalin starb, als ich im Gefängnis war. Ich hatte Glück, dass ich mit jemandem zusammen war, dessen Vater reich war und dessen Hausbesorgerin uns half, von dem Todesmarsch im November 1944 zu flüchten. Ich habe bis zum Alter von 25 Jahren so viel erlebt wie andere mit 75. Aber dann kam ich 1957 hierher, wurde gut aufgenommen und habe in Österreich nur Helles und nicht Finsternes erlebt. ■

Paul Lendvai

Paul Lendvai wurde 1929 in Budapest geboren. Der ungarisch-österreichische Publizist und Autor gilt bis heute als eine der prägendsten Stimmen zur politischen Lage in Mittel- und Osteuropa. 1944 wurde er als jüdisches Kind von den ungarischen Pfeilkreuzlern verschleppt, schliesslich durch das Eingreifen des Schweizer Diplomaten Carl Lutz gerettet. Nach dem Krieg studierte er in Budapest und begann als Journalist zu arbeiten. 1953 wurde er vom kommunistischen Regime für acht Monate verhaftet und drei Jahre einem Berufsverbot unterworfen. Nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands 1956 floh er nach Wien, wo er zu einem der führenden Osteuropa-Experten wurde. Er schrieb für die «Financial Times», den ORF und zahlreiche Medien. Seine zwanzig Werke, darunter «Die Ungarn» und «Orbáns Ungarn», analysieren die politischen Entwicklungen Osteuropas. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter das «Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst». Sein letztes Buch «Die Heuchelei» erschien 2024.

Der Konsens mit der Normalität



Ich vermute, dass vor allem Menschen, die nicht lesen (Zeitungen, Heftchen, PR, Gebrauchsanweisungen nicht mitgemeint), die Bücher bekämpfen. Vielleicht tue ich Fundamentalisten Unrecht, eventuell sitzen sie in Lesekreisen in Utah oder Kirchengemeinden, in Kreisen Ultrarechter oder des Staatschutzes, schmökern sich durch Orwell, Joyce, Altwood und befinden danach, dass gewisse schädliche Werke aus Bibliotheken und Schulen entfernt werden müssen.

Vermutlich haben sie jedoch eher mal von den Inhalten gehört. Neben der drastischen Massnahme ist es aber eher die kleine alltägliche Dummheit, die der Literatur schadet. In Zeiten von vorauselender Hysterie leisteten sich die meisten deutschsprachigen Verlage eine Prüfung ihres Bestandes. Die Werke wurden auf Trigger, sensible Sprache und eine Form der Korrektheit untersucht. Ich erinnere mich, dass Sätze, in denen ein Faschist Faschistensachen äussert, zur Diskussion standen. Sollte der Faschist korrekt gendern und sensibel im Sinne des Universalismus über Menschen reden?

Um diese Arbeit zu vermeiden – sie hatten schon genug mit der Sprachanpassung sehr alter Werke zu tun – gingen einige Verlage dazu über, Sensitive Readers zu beschäftigen, die Manuskripte auf Korrektheit und Shitstormsicherheit lasen. Ich erinnere mich an erschütternde Interviews in den damals noch vorhandenen Kulturprogrammen, in denen Schriftsteller diese neue Art der intellektuellen Zensur bejubelten. Hurra, ich lerne, wie ich mich ordnungsgemäss verhalte, meine Kunst zu etwas Konformem mache, das nirgends eine Verunsicherung hinterlässt.

Triggerwarnungen

Auf den ersten Buchseiten standen mithin Triggerwarnungen: dieses Buch kann Spuren von irgendetwas enthalten, im Zweifel kann es gefährlich sein und sich auf ihre Gedanken auswirken. In dieser Zeit konnte eine Art Meinungs- und Kunstopolizei auf Plattformen die Karrieren von Künstlern kurz- oder langfristig beschädigen,

weil irgendwer irgendwo gehört hatte, das in Buch X ein Satz stand, der in irgendeinem Universum, losgelöst aus dem Kontext, etwas Menschenfeindliches bedeuten konnte. Es war die Zeit, in der Menschen, die ausser Kinderbüchern wenig Literatur konsumiert hatten, die Erwachsenen in Verlagen und Literaturwissenschaftsminaren mit ihrem Bullshit unter Druck setzten. Es war die Zeit der Beschädigung, denn in diesem Klima der Verunsicherung und Sorge um die Existenz passten sich viele SchriftstellerInnen an. Sie zensierten ihre Gedanken. Unsicher über die Verwendung von Worten, Doppelpunkten, Inhalten wurde das, was wir deutschsprachige Literatur nennen, noch öder als vor der Zeit der Zensur – oh weh, Zensur, wer redet denn von Zensur – hast du schon einmal Zensur erlebt?, hiess es – und ja, habe ich. Ich komme aus dem Osten, und dort waren wir Meisterinnen in der Kunst des Unklaren, Versteckten, Angedeuteten.

Zerfall von Anstand

Egal, zurück zu dieser Zeit, die dann aus der kleinen Blase der Kunst in die Allgemeinheit überging. In die Massen, die sich wegen falschen Worten und Gedanken verdammten; sie schienen nur auf etwas zu warten, was sie als Fehler, falsche Haltung, falsche Meinungen ausmachten, um schreiend auf innere Balkone zu treten. Gegen den Zerfall von Anstand und Menschlichkeit, dem sie machtlos ausgeliefert waren, den Lügen, den Kriegen, der Verarmung schrieen sie. Die Menschen waren verrückt geworden – und die Literatur hatte sich in die Bedeutungslosigkeit befördert. Nichts, was eine Verbrennung fürchten musste. Als kleine Randnotiz bemerkenswert nur, dass die eingeforderte Korrektheit genau jene traf, die mit ihrer Arbeit ohnehin nur eine Minderheit der Lesenden erreichen, die meist in finanziell prekärer Situation leben, und nicht Banker, Investmentverwalter, Rüstungsproduzenten, Plattformfaschisten oder Politiker.

Nachdem fast jede und jeder, der Bücher schreibt, die Erfahrung der Selbstzensur bei einem künstlerischen Prozess macht, hat sich vermutlich ein Teil daran gewöhnt, freundliches Mittelmass ohne Relevanz zu produzieren. Wieder andere sind untergegangen, verarmt durch Pandemie, Inflation und leer wegen des Zerfalls von allem, an das sie geglaubt hatten. Der Rest hat sich geschüttelt und erkannt, das mit Selbstzensur nichts Grossartiges entstehen kann. Sie vertrauen auf die geistige Mündigkeit ihrer LeserInnen, vermeiden Worte, die sie als eindeutig altmodisch verstanden haben, bleiben sich treu und wagen sich wieder ans Licht, wie Affen, die aus einem Labor befreit wurden, nach einer kurzen dunklen Periode für die Kunst. Kurz Luftholen bis die nächste harte Zeit kommt, und in diesen Jahren ist es das Einzige, was sicher ist: Eine Konstante wird es nicht mehr geben. ■

Von Sibylle Berg

Sibylle Berg gehört zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Autorinnen und lebt in der Schweiz.



Nationales Traumazentrum für alle.

Von Kindern, die vor Raketen fliehen, bis hin zu Soldatinnen und Soldaten in Kampfsituationen – die Zahl der traumatisierten Israelis steigt in alarmierendem Masse.

In der Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) ist Israel und insbesondere die Tel Aviv University (TAU) herausragend. Wissenschaftlerinnen und Praktiker der TAU haben ihr Wissen über die Auswirkungen von traumatischem Stress vertieft und auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse wirksame Interventionsmodelle entwickelt. Im neuen National Center for Traumatic Stress and Resilience soll dieses Wissen erweitert und angewendet werden.

Das Zentrum ist noch nicht vollständig finanziert und benötigt dringend Spenden, um den Betrieb sicherzustellen.

Jede Spende erleichtert den betroffenen Menschen ganz direkt den Zugang zu professioneller Hilfe. Auch Privatpersonen, die nicht von der staatlichen Versicherungsanstalt (Bituach Leumi) überwiesen werden, können sich mit Ihrer Unterstützung gegen eine minimale Gebühr behandeln lassen.

Für Ihren Support sind wir Ihnen sehr dankbar.

**BITTE SPENDEN SIE JETZT.
Ihr Beitrag kommt ganz direkt den traumatisierten Menschen zugute.**

Spenden können von den Steuern abgezogen werden.



Einzahlungsschein
CH95 8080 8006 7147 2222 3



Kreditkarte/Paypal

GALERIE KARSTEN GREVE



JANNIS KOUNELLIS